

**BEITRÄGE**  
**ZUR KONJUNKTURFORSCHUNG**  
HERAUSGEGEBEN VOM  
**ÖSTERREICHISCHEN INSTITUT**  
**FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG**  
Nr. 5

---

---

**DIE GRENZEN**  
**DER WIRTSCHAFTS-**  
**POLITIK**  
VON  
**OSKAR MORGENSTERN**



---

---

VERLAG VON JULIUS SPRINGER IN WIEN

# BEITRÄGE ZUR KONJUNKTURFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN VOM  
ÖSTERREICHISCHEN INSTITUT  
FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

5

## DIE GRENZEN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

VON  
OSKAR MORGENSTERN



WIEN  
VERLAG VON JULIUS SPRINGER  
1934

# **DIE GRENZEN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK**

VON

**OSKAR MORGENSTERN**  
PRIVATDOZENT AN DER UNIVERSITÄT WIEN  
LEITER DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR  
KONJUNKTURFORSCHUNG



WIEN  
VERLAG VON JULIUS SPRINGER  
1934

**FÜR DEN INHALT DER VOM ÖSTERREICHISCHEN INSTITUT FÜR  
KONJUNKTURFORSCHUNG HERAUSGEBENEN „BEITRÄGE  
ZUR KONJUNKTURFORSCHUNG“ TRAGEN DIE VERFASSEN  
DER EINZELNEN ARBEITEN ALLEIN DIE VERANTWORTUNG**

ISBN-13:978-3-642-93778-1  
DOI: 10.1007/978-3-642-94178-8

e-ISBN-13:978-3-642-94178-8

**ALLE RECHTE, INSBESONDERE DAS DER ÜBERSETZUNG IN  
FREMDE SPRACHEN, VORBEHALTEN**

**COPYRIGHT 1984 BY VERLAG VON JULIUS SPRINGER, VIENNA  
SOFTCOVER REPRINT OF THE HARDCOVER 1ST EDITION 1984**

## VORWORT

Die herrschende Ungewißheit über die Bedeutung der Nationalökonomie für das praktische Wirtschaftsleben und über ihre Brauchbarkeit für die Zwecke der Wirtschaftspolitik läßt es angemessen erscheinen, die zwischen der theoretischen Forschung und ihrer Anwendung auf konkrete Aufgaben schwebenden Fragen zu untersuchen. Da sich die nachfolgende Abhandlung auch an einen breiteren Kreis wendet, erschien es zweckmäßig, von der Anführung des zugrunde liegenden wissenschaftlichen Apparates Abstand zu nehmen, da er die schlichte Darstellung des Gedankenganges unnötig erschwert hätte. Die unumgänglich notwendigen Anmerkungen wurden in einen Anhang verwiesen.

Die Schrift hat ihren Zweck erreicht, wenn sie neuerlich klargemacht hat, daß sich die theoretische Ökonomie gegenüber allen ihren möglichen Anwendungen neutral verhält und niemals zu irgendwelchen beliebigen wirtschaftspolitischen Ideen und Stellungnahmen in ein Abhängigkeitsverhältnis geraten kann. Sorge um die Zukunft der Forschung im Bereiche der Wirtschaftswissenschaft läßt das Bedürfnis nach Klarstellung dieses Sachverhaltes lebhafter denn je empfinden. Die Abhandlung soll ferner zeigen, daß den wissenschaftlichen Aussagen über die Wirtschaftspolitik zwar Grenzen gesetzt sind, daß man aber ohne die Nationalökonomie keineswegs das Auslangen finden kann, falls die

Wirtschaftspolitik einen selbst nur bescheidenen Grad von Rationalität tragen soll: Die Hindernisse, die das wissenschaftliche Denken nicht überwindet, können auch durch keine andere Bemühung oder Anstrengung bezwungen werden.

Wien, im Dezember 1933.

OSKAR MORGENSTERN.

# INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort . . . . .	V
ERSTES KAPITEL: Einleitung . . . . .	1
ZWEITES KAPITEL: Das Anwendungsproblem . . . . .	6
DRITTES KAPITEL: Die starren Systeme der Wirtschaftspolitik .	15
VIERTES KAPITEL: Die Streuung der Wirkungen der Wirtschaftspolitik . . . . .	27
FÜNFTES KAPITEL: Die gegenseitigen Abhängigkeiten der wirtschaftspolitischen Maßnahmen . . . . .	44
SECHSTES KAPITEL: Die durch Macht gesetzten Grenzen . . .	60
SIEBENTES KAPITEL: Immanente Schwierigkeiten der Wirtschaftspolitik . . . . .	68
ACHTES KAPITEL: Die Besonderheiten der Konjunkturpolitik .	79
NEUNTES KAPITEL: Die Gefahren der Nationalökonomie . . .	102
ZEHNTES KAPITEL: Schluß: Staat und Wirtschaftspolitik . . .	129
ANHANG . . . . .	134

# DIE GRENZEN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

## ERSTES KAPITEL

### EINLEITUNG

Wirtschaftspolitik besteht in der Gesamtheit aller Handlungen und Maßnahmen, die zum Ziele haben, über den wirtschaftlichen Interessenbereich des Handelnden hinaus oder von letzterem ganz unabhängig, einer beliebig großen Gruppe von Wirtschaftlern oder Unternehmern Vorteile (selten Nachteile) zu bringen, bei welchen Handlungen der Beweggrund vornehmlich in dieser Gemeinschaftswirkung liegt.

In den Vorstellungen aller derer, die mit Ausübung der in Erwägung gezogenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen befaßt sind, müssen Ansichten über die Wirkungen dieser Maßnahmen enthalten sein. Von der Zielsetzung selbst ist zunächst abzusehen, vielmehr davon auszugehen, daß diese bereits gegeben sei. Die Abschätzung der Wirkungen beruht *erstens* auf einer Beurteilung des schon bestehenden tatsächlichen Zustandes der Volkswirtschaft, also auf einer Kenntnis der Tatsachen, und *zweitens* auf einer Ansicht über den Verlauf, der den Wirtschaftsereignissen durch die verschiedenen Eingriffe gegeben wird gegenüber demjenigen, den sie sonst genommen hätten. Aus beiden Ansichten zusammen fließt dann die tatsächlich getroffene Maßnahme, oder unterbleibt eine solche (falls sich unter den betreffenden Verhältnissen die Nichtanwendung als am vorteilhaftesten er-

weist). Zur Beurteilung der Tatsachen gehört eine große Erfahrung, die noch durch gesonderte, meist statistische Erhebungen erweitert werden kann. Dies ist fast immer nötig, da der persönliche Erfahrungsbereich eines einzelnen dann um so weniger ausreicht, die Tatsachen auszuschöpfen, je weitgehender die Ziele und je umfassender demnach die Maßnahmen sind.

Die Abschätzung der Wirkungen geht zunächst ebenfalls auf unmittelbare Erfahrung zurück, da z. B. ähnliche Methoden schon bei anderen Gelegenheiten angewendet wurden. Diese Erfahrungen verdichten sich häufig zu festen, formulierbaren Aussagen allgemeiner Natur über den Kausalzusammenhang von Maßnahme und Wirkung. Die so gebildeten Regeln gehen von einem Wirtschaftspolitiker an den anderen über und bilden sich um zu einem Grundstock von Maximen für ihr Verhalten.

Die auf diese Weise entstehenden Theorien — denn um etwas anderes handelt es sich nicht — unterscheiden sich von den Lehrsätzen der allgemeinen ökonomischen Theorie keineswegs durch den Aufbau oder die Gewinnung, denn auch die reine Theorie ist, wie einmal zutreffend bemerkt wurde, „geronnene Erfahrung“, wohl aber dadurch, daß zwischen den einzelnen Sätzen keine systematische Verbindung — was die darin enthaltenen Erkenntnisse anbelangt! — besteht. Überdies weisen sie untereinander nicht die gleiche logische Haltbarkeit auf, weil sie der bloßen Anschauung konkreten Geschehens entstammen und im allgemeinen keinerlei Gewähr dafür bieten, daß die Isolierung der als „Wirkungen“ bezeichneten Ereignisse auch richtig ist und tatsächlich einen Kausalzusammenhang mit den getroffenen Maßnahmen darstellt. Es besteht also stets die Vermutung, daß ein und derselbe Satz gleichzeitig verschiedenen Abstraktionsstufen angehören soll, was unmöglich ist. Daraus erklärt

sich der stets widerspruchsvolle Zustand, in dem sich die in diesem guten Sinne volkstümlichen Meinungen über den Erfolg wirtschaftspolitischer Maßnahmen jederzeit und überall befinden. Als volkstümlich müssen auch die Ansichten der ausübenden Wirtschaftspolitiker, unbeschadet der Höhe ihrer Stellung im Staate, bezeichnet werden, solange nicht der strenge Maßstab wissenschaftlicher Methode und Erkenntnis an sie gelegt werden kann. Das schließt nicht aus, daß diese Ansichten den Formalcharakter von Theorien tragen; aber nicht alles, was diesem Charakter Genüge tut, muß richtig sein.

Handelt es sich bei den eben besprochenen Vorgängen um Theorienbildung, so liegt für die Wissenschaft, genannt „politische Ökonomie“ oder „Nationalökonomie“, das Problem gerade umgekehrt: theoretische Erkenntnisse sollen angewendet werden. Die Anwendung einer Wissenschaft auf konkrete Aufgaben schafft stets ein eigenes *Anwendungsproblem*, das bei einigen Wissenschaften, z. B. bei der Chemie oder Physik, sehr gering ist, bei anderen überaus schwer wiegt. Zu letzteren gehört namentlich die Nationalökonomie; das Problem ist als solches für diese so gut wie niemals untersucht worden. Dabei liegt der Kerngehalt nationalökonomischer Erkenntnis gerade darin, eine unmittelbare Verbindung zwischen den Deduktionen, die auf Grund empirischer Annahmen vorgenommen wurden, und den dazugehörigen weiteren empirischen Daten herzustellen. Anwendung und Verifizierung fließen also oft genug ineinander über und — was bei einer Erfahrungswissenschaft wie der Nationalökonomie von größter Bedeutung ist — dieses Anwendungsproblem taucht auf jeder Stufe und in jedem Abschnitte der Theorie wiederum von neuem auf. Daher gehört es zu den Grundvoraussetzungen wissenschaftlicher und praktischer Arbeit auf diesem Gebiete, sich über

diese Verhältnisse Klarheit zu verschaffen. Dies ist — soweit es die Wirtschaftspolitik angeht — Aufgabe der nachfolgenden Ausführungen. Es muß noch hervorgehoben werden, daß die gesamten Überlegungen unter der Annahme geführt werden, daß es sich hier lediglich um die Erörterung der Fragen handelt, die bestehen bleiben, wenn von dem *allgemeinen* metaökonomischen Wertproblem, also von der Zielsetzung abgesehen wird. Ziele werden als gegeben angenommen; ihr Sinn unterliegt nur dann der wissenschaftlichen Prüfung, wenn sie als Zwischenziele für andere, höhere Zwecke, von den Zielsetzenden selbst, betrachtet werden. Die unmittelbare endgültige Zielsetzung jedoch, auf die es letzten Endes ankommt, bleibt notwendigerweise, weil dem Bereich der Werte angehörig, außer Betracht, da über sie ökonomische Aussagen nicht gemacht werden können. Dagegen ist es stets von Bedeutung, jeweils festzustellen, wann scheinbar rein ökonomische Zwischenziele in Wirklichkeit zusätzliche Wertmaßstäbe in die Wirtschaftspolitik hineinragen.

Von dem eben erwähnten Zwange zur stufenweisen Verifizierung der Theorie ganz abgesehen, besteht noch ein ganz anderes — wenn man will: moralisches — Verhältnis zwischen der reinen Ökonomie und der Praxis: die Nationalökonomie als solche wäre eine traurige Angelegenheit, wenn sie, da sie eine empirische Wissenschaft ist, keine Handhabe zur Meisterung der Wirklichkeit böte. Sie wäre ein intellektuelles Spielzeug, bestenfalls geistiges Training, dem Schachspiel ähnlich, und würde nur der Befriedigung eines verdorbenen Erkenntnistriebes dienen, wenn ihre Anwendungsmöglichkeit nicht ständig untersucht und erweitert werden würde. Es wird sich im späteren Verlaufe dieser Darlegungen zeigen, von welcher weittragender Bedeutung die Befolgung dieser scheinbar so naheliegenden und einfachen Forderung für

die tatsächliche Gestaltung der konkreten Wirtschaftspolitik werden müßte. Ihre Aufstellung heißt aber außerdem das Persönlichkeitselement des Forschers berühren, denn es bedarf eines besonderen Instinktes für die Wirklichkeit und eines entwickelten Sinnes für Maß und Gleichgewicht, um aus den — natürlich unvermeidlichen — Spekulationen der Theorie zeitgerecht zum Erfahrungsgegenstand zurückzufinden und andererseits sich dort nicht zu verlieren. Hierin kommt das Element der künstlerischen Geisteshaltung, das in jeder Wissenschaft ruht, in ganz deutlicher Weise zur Geltung. Daher kann man auch Nationalökonomie und ihre Anwendung nur in geringem Ausmaß „lernen“ oder durch „lehren“ vermitteln. So befremdlich es auch klingen mag: der Einschlag des künstlerischen Elementes ist, da es sich um die Erkenntnis und Lenkung *menschlichen* Verhaltens handelt, in den Sozialwissenschaften besonders groß und weil die entsprechende Begabung so selten ist, gibt es wohl viele berufsmäßige Nationalökonomien und Wirtschaftspolitiker, aber nur wenige, die beweisen, daß sie berufen sind.

## ZWEITES KAPITEL

### DAS ANWENDUNGSPROBLEM

Das Grundproblem der Wirtschaftspolitik besteht in der Anwendung der ökonomischen Theorie. Von diesem Satze muß ausgegangen werden. Die moderne Erkenntnislehre läßt keine Zweifel darüber, daß es ohne die Bildung theoretischer Sätze nicht möglich ist, die Wirklichkeit einzufangen und daß jede Außerachtlassung der Theorie die schwersten Folgen mit sich zieht. Kaum ein zweiter hat diesen Zwang so klar gefaßt wie A. N. Whitehead: „The paradox is now fully established that the utmost abstractions are the true weapons with which to control our thought of concrete facts.“ (Science and the modern world, New York 1927, S. 48.) Mehr noch, Goethe hat das klassische Wort geprägt „das Höchste wäre, zu begreifen, daß alles Faktische schon Theorie ist“, und damit einen Tatbestand zum Ausdruck gebracht, auf den der wirtschaftspolitisch Tätige stets hingewiesen werden sollte. Denn wenn die offizielle Wirtschaftspolitik in diesem und jedem Sinne Theorie treibt und Theorie anwendet, dann begibt sie sich in die Arena, in der der ökonomische Theoretiker mit ihr fechten kann und — sie muß sich stellen lassen, was sie nur allzu ungern tut.

Die Anwendung der Theorie bedeutet, daß „planmäßig“ gehandelt werden soll. Nun besteht in der modernen Geldwirtschaft *alles* sozialökonomische Geschehen nur aus menschlichem Handeln und Verhalten und das, woran man es erkennt — Preise, Gütermengen, Produktion u. dgl. —, sind alles nur seine Niederschläge. Wirtschaftspolitische Maßnahmen richten sich daher letzten Endes auf eine Beein-

flussung dieses Verhaltens. Sie sollen diesen Zweck im allgemeinen aber nicht etwa dadurch erreichen, daß an die handelnden Menschen unmittelbar, etwa durch Zureden oder Befehl, herangetreten wird, sondern auf dem Wege, daß Schranken gesetzt oder geöffnet werden oder indem durch die Gestaltung der komplexen Wirtschaftsgrößen selbst — man denke an die Festsetzung von Preisen — sich zwangsläufig die gewünschte Verhaltensart ergeben soll. *Der Weg der Wirtschaftspolitik ist also immer ein indirekter, auch dort, wo „direkte“ Maßnahmen getroffen werden*<sup>1</sup>. Dieses planmäßige Handeln stützt sich auf bestimmte Erwartungen über die psychische Reaktion, die seine Maßnahmen bei den von ihm betroffenen Menschen hervorrufen werden. Hier klafft bereits die erste Lücke, die die reine Theorie für sich im Wege der Isolierung überbrückt hat: Diese menschliche Psyche unterliegt in der Wirklichkeit noch ungezählten anderen Einflüssen, als denen, die jetzt für sie gesetzt werden und daher ist es nötig, diese mit in Rechnung zu stellen. Diese Lücke, die nur als Beispiel angeführt werden sollte, darf aber nicht der ökonomischen Theorie zur Last gelegt werden, da es sich um Dinge handelt, die einem ganz anderen Abstraktionsgrade entsprechen.

Die reine theoretische Ökonomie besteht aus einer Anzahl von Sätzen sehr hohen Abstraktionsgrades. Dies trifft in anderen Wissenschaften, die empirische Anwendung finden, auch zu, aber der Grund, warum dort im allgemeinen der Weg zur Praxis trotzdem so rasch durchheilt werden kann, liegt darin, daß diese (Natur-) Wissenschaften eine große

<sup>1</sup> Diese „indirekte“ Art der Wirtschaftspolitik darf jedoch nicht mit jener explicite indirekten Politik verwechselt werden, die z. B. darin besteht, daß eine Lohnsenkung nicht durch Herabsetzung der Nominallöhne, sondern durch Zollerhöhungen oder Währungsentwertung angestrebt wird.

Reihe von Konstanten aufweisen und errechnen können, die die Pfeiler sind, auf die sich diese Wissenschaften im Bereiche des Praktischen zu stützen vermöge. Solche Konstanten — von Siedepunkten angefangen bis zum Plankschen Wirkungsquantum  $h$  —, die den mathematischen Gleichungen in den Naturwissenschaften sozusagen Halt und Rückgrat verleihen, fehlen in den Sozialwissenschaften und daher in der Nationalökonomie. Das Wort, das an ihre Stelle tritt und alle Schwierigkeiten heraufbeschwört, heißt: „*Verhältnismäßig*“. Mittels der ökonomischen Theorie ist es immer nur möglich, Beziehungen zwischen Größen (die selbst wieder nur Relationen darstellen), aufzuzeigen und auch das gelingt nur, wenn ein festes „*ceteris paribus*“ zugrunde gelegt wird, das Stabilität der Konstanten vortäuscht, dem aber in Wirklichkeit nur eine solche der Gleichförmigkeit des Abstraktionsgrades entspricht. An Stelle von Konstanten müssen historische Daten eingesetzt werden, wenn selbst nur die bescheidene Beleuchtung eines Lehrsatzes unternommen wird, und bei diesen historischen Daten ist eine Isolierung im strengen, wissenschaftlichen Sinne bereits unmöglich. Der Umstand, daß alle ökonomische Erkenntnis nur die Form der Feststellung von bloßen Beziehungen nehmen kann, trägt wesentlich zu der Schwierigkeit bei, ihr verständige Anhänger zu gewinnen. Da aber der Ausgangspunkt aller theoretischen Untersuchungen die Erfahrung ist, und alles darauf angelegt sein muß, rasch wieder zu ihr zurückzufinden, so ist die Gewähr gegeben, daß *aprioristische* Konstruktionen, die notwendigerweise in leere, keinen Erkenntniswert gebende Tautologien münden, keinen Anspruch haben, in den Kreis dieser Erörterungen überhaupt einbezogen zu werden. Sie sind nur insofern zu berücksichtigen, als sie irrtümlicherweise zu Zielsetzungen wirtschaftspolitischer Art Anlaß gegeben haben.

Baut man die theoretische Ökonomie auf der Erfahrung auf, so verändert dies keineswegs ihren *theoretischen* Charakter, denn es wird ja von den untersten Erfahrungstatsachen im Wege der Abstraktion zu den allgemeinsten Aussagen fortgeschritten. Diese sind allerdings ebenso wie die aus ihnen gewonnenen Gesetze ständig der Gefahr von Korrekturen ausgesetzt, wie in allen anderen Wissenschaften, die den gleichen Aufbau haben. Alle Erfahrungsgesetze lassen stets Ausnahmen zu. Die obersten Sätze können am zweckmäßigsten mittels der Methode der Axiomatik behandelt werden. Sie stehen daher anderen Wissenschaften nicht nach; gewiß nicht, was die „Würde“ angeht. Gänzlich irrtümlich ist es, den Rückgriff auf Erfahrung und Tatsachen irgendwie in Zusammenhang zu bringen mit den längst überholten Lehren, oder besser: dunklen Vorstellungen, der sogenannten historischen Schule. Diese hielt es für unmöglich, auf Grund von Tatsachen überhaupt zu Allgemeinaussagen zu gelangen, sie wollte sich mit dem Beschreiben begnügen. In früheren Jahrzehnten geschah dies mittels der Geschichte, heute bei den übriggebliebenen verhüllten Anhängern mittels der (modernerer!) Statistik. Über diese alten Streitfragen ist kein Wort mehr zu verlieren, da sie längst erledigt sind und man begriffen hat, daß Theorie der Volkswirtschaft nicht nur möglich, sondern zur Erkenntnis auch unentbehrlich ist. Wohl aber kann nicht eindringlich genug auf den durchaus empirischen Charakter dieser Theorie hingewiesen werden. Apriorische Theorie wäre sehr bequem, würde sie es doch unnötig machen, sich mit der Wirklichkeit, mit dem sich stets wandelnden wirtschaftlichen Geschehen zu befassen; ginge es doch an, in ein Zimmer gesperrt, sich die Welt der Tatsachen aus den Fingern zu saugen. Stimmt dann Theorie und Wirklichkeit nicht überein, um so schlimmer für die Wirklichkeit. Solche „Theorie“ kann weder

bestätigt noch widerlegt werden; bequemer kann man es sich nicht wünschen. Nur, leider, handelt es sich um ein Unding. Der Trennungsstrich gegenüber dem Apriorismus in der Nationalökonomie muß mit unerbittlicher Schärfe gezogen und eingehalten werden. Es ist übrigens beachtenswert, daß die Differenz, die hier besteht, sich praktisch auf das Methodische beschränkt, da die wenigen Aprioristen, die es gibt, im Sachlichen so viele Zugeständnisse machen müssen, daß sie in den einzelnen Theoremen selbst ihre Ausgangsstellung aufgeben und beide *eine* Sprache reden. Das Verhängnis, zu dem ihre methodische Haltung führt, liegt letzten Endes lediglich in der Identifizierung der Theorie mit irgendwelchen wirtschaftspolitischen Systemen.

Die erste Frage, die sich erhebt, sobald an die Anwendung der Ergebnisse der ökonomischen Theorie geschritten werden soll, ist die nach der Vollständigkeit dieser Wissenschaft. Die Vermutung etwa, daß die Nationalökonomie bereits vollendet sei und nur der praktischen Ausnutzung harre, wäre töricht. Keine Wissenschaft vermag jemals in diesen Zustand zu geraten, der sie sich höchstens wie einer Kantischen Idee nähern kann. Es werden immer nur Bruchstücke und Teilsätze aus dem ideellen System herausgegriffen werden können. Für diese Teilgebiete jedoch hat die Frage nach der Vollständigkeit einen guten Sinn, da sie nämlich besagt, daß festzustellen sei, ob die Theoreme, für den Bereich, den sie decken, und nur für diesen, in dem Sinne „vollständig“ sind, daß sie die gesamten Möglichkeiten des empirischen Geschehens in diesem Felde zu umfassen und zu erklären vermögen. Mit einem Fachausdruck: ob das System der theoretischen Ökonomie „*Leerstellen*“ aufweist. Solche Leerstellen können zunächst in jedem, also auch dem höchsten Abstraktionsgrade in bezug auf den nächst tieferen feststellbar sein. Je mehr man sich aber konkreten Wirtschafts-

daten nähert, diese in das System der Theorie einzusetzen versucht, desto größer muß der Bereich jener Fragen werden, die durch die Verallgemeinerungen der Theorie nicht mehr gedeckt werden. Die Ermittlung solcher Leerstellen setzt voraus, daß vorher die Daten in entsprechender Weise geordnet werden. Hierin liegt die eigentliche, praktische Kunst. Diese kann wahrscheinlich nur im Laufe langjähriger Studien und mühevollen Probierens, wie im chemischen oder physikalischen Laboratorium erworben werden. Daher ist Wirtschaftspolitik nichts für allzu „theoretische“ Köpfe, die meist übermäßig eilig sind mit ihrem Urteil über die Wirklichkeit. Ihre Handhabung erfordert im Grunde nicht nur völlige Vertrautheit mit dem gesamten System der ökonomischen Theorie, sondern wegen der Leerstellen — wo die Theorie also den Wirtschaftspolitiker im Stiche läßt — eine ununterbrochene Neugestaltung der Theorie, die noch dazu, weil die Zeit stets drängt, *ad hoc* vorgenommen werden muß. Dies gilt — wie später ersichtlich werden dürfte — zumindest für verfeinerte Maßnahmen oder außergewöhnliche Umstände.

Die hauptsächlichste Schwierigkeit bei dieser für einen konkreten Anlaß vorgenommenen Theoretisierung liegt namentlich darin, daß eine solche neugeschaffene theoretische Sondererklärung bestenfalls nur die Aufdeckung der inneren Zusammenhänge des historischen Einzelfalles erfaßt, aber weder Gewähr dafür bietet, daß sie auf andere, ähnliche anwendbar bleibt, noch sofort einen sicheren Platz im gesamten System der Theorie zu finden vermöchte. Wären diese Schwierigkeiten geringer, so wäre die Nationalökonomie verhältnismäßig einfach und könnte durch eine genaue, stets bis in die Gegenwart fortgesetzte Wirtschaftsgeschichte bald zum raschen Abschluß gebracht werden.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die Nationalökonomie

jedoch nicht nur aus den eben angeführten Gründen einer ständigen Wandlung — von der man annehmen muß, daß sie eine Entwicklung sei — unterworfen ist, sondern daß die Dynamik unseres allgemeinen Erkenntnisprozesses sich auch in ihr auswirken muß. Nun will es ein eigentümliches Paradox, daß die meisten Vertreter dieser Wissenschaft die Endgültigkeit der Lehren (*notabene*: ihrer Lehren!) hervorzuheben trachten. Das könnte auf das Konto menschlicher Schwäche gebucht werden, muß aber doch tiefere Ursachen haben, denen hier nicht nachgeforscht sei. Immerhin ist die geringe Demut vor der eigenen Wissenschaft und vor der Größe des menschlichen Geistes, die sich in dieser Haltung ausdrückt, bemerkenswert und peinlich. Ganz seltsam ist jedoch, daß das breite Publikum und unter diesem gerade die hauptsächlichsten Verächter der Theorie, nämlich die Mehrzahl der Unternehmer und Wirtschaftler, von ihr Ewigkeitscharakter fordern. Keinem Ingenieur wird es beifallen, von der Physik Unwandelbarkeit ihrer Erkenntnisse zu verlangen, aber die gesamte Öffentlichkeit fordert mehr oder minder ausgesprochen, daß die Nationalökonomie alles, was möglicherweise geschehen kann, schon *vorher* vollständig erklärt haben solle. Widerspricht irgendein Ereignis auch nur scheinbar einer — meist populär gefaßten — ökonomischen Erkenntnis oder viel häufiger noch: einem Aftersatz oder einem nationalökonomischen Mißverständnis, so ist damit wieder einmal sofort die ganze Wissenschaft „erledigt“ und sie hat einen neuen „Beweis“ ihrer Nutzlosigkeit erbracht. Es dürfte sich hier in der Tat um ein Unikum handeln, da es keine zweite Wissenschaft gibt, der eine ähnliche Behandlung von seiten der Forscher wie des Publikums zuteil wird. Daher ist es in besonders hohem Maße nötig, ehrlich einzugestehen, daß die ökonomische Theorie dem Wissenschaftler oft genug Anlaß gibt, zu einem

späteren Zeitpunkt eine andere als die bisher verfügbare Lösung einer Aufgabe zu vertreten, ohne daß er deswegen charakterlos oder unwissend zu nennen wäre.

Vielfach beruht dieser Zwang, eine andere Stellung beziehen zu müssen, auf einer später erweiterten und verbesserten Kenntnis der Daten oder auf einer gänzlich anderen Entwicklung der als „konstant“ eingesetzten Rahmenbedingungen. Die wichtige Möglichkeit, daß die ursprüngliche Einsicht in die Daten wegen äußerer Schranken oder ungenügender Bildung behindert gewesen sei, lassen wir völlig beiseite, denn das eigentliche Argument ist viel schwerwiegender. Es stammt aus der modernen Konjunkturforschung. Dort hat sich kritischen Köpfen bald gezeigt, daß die Wirklichkeit des ökonomischen Geschehens statistisch zur Gänze gar nicht abbildbar ist. Dabei sei angenommen, daß sich dieses vom allgemeinen sozialen Prozeß in zufriedenstellender Weise trennen ließe. Es walten stets Kräfte, vor allem durch das *Zeitelement* verkleidet, die zur Zeit, da sie wirken, die Gegenwart und die Zukunft bereits formen, aber noch keinen faßbaren Niederschlag gefunden haben. Dies gilt nicht nur für den Bereich der menschlichen Psyche, an die mit Recht zuerst gedacht werden muß. Vielmehr verfälscht das *Zeitelement* die der Erfahrung zur Verfügung stehenden Daten oft in hohem Grade, aber es wirkt stets dahin, zu einem späteren Zeitpunkt die wahren Kräfte aufzudecken. Zu jedem Zeitpunkt wird also eine *Demaskierung der Vorvergangenheit* erfolgen. Da aber alles Handeln sich nicht in ihr, sondern, auf die Zukunft gerichtet, in der Gegenwart abspielt, ist eine ungeheure Fehlerquelle eröffnet. Das wirtschaftliche Geschehen scheint in jedem Augenblicke immer in eine bestimmte Richtung zu drängen; erst die Zukunft zeigt, oft durch das, was wider Erwarten geschehen ist, welche zahlreichen

anderen Möglichkeiten, damals unsichtbar, noch vorhanden waren.

Die unzulängliche Datenerkenntnis, die in der Konjunkturforschung die Form annimmt, daß es nur selten gelingt, den Ort der jeweiligen Wirtschaft auf dem wellenförmigen, zyklischen Ablauf ihrer Lagenveränderungen zu bestimmen, ist also ein Wesensbestandteil der Wirtschaftspolitik, aus dem ein guter Teil ihrer Irrationalität herrührt. Sie wird offenbar um so größer sein, je feinere Methoden der Politik zur Anwendung gelangen sollen und — so widerspruchsvoll das an sich klingen mag — für je kürzere Zeiträume Entscheidungen getroffen werden müssen. Daß die ökonomische Theorie „in the long run“ desavouiert wird, kommt ungleich seltener vor.

Die „Leerstellen“ der Theorie, der dadurch hervorge-rufene Zwang zur ständigen Umformung bei konkreten wirtschaftspolitischen Anlässen und die grundsätzlichen Schwierigkeiten der Datenerkenntnis (von der Datenbeschaffung ganz abgesehen) sind also die hauptsächlichsten Gründe, warum die Wirtschaftspolitik Unbestimmtheiten ausgesetzt ist. Es würde jedoch ein unentschuldbarer Irrtum sein, zu glauben, daß sie geringer wären, wenn Wirtschaftspolitik ohne die Hilfe der theoretischen Erkenntnis und mit geringerem Einsatze von laufender statistischer und sonstiger Beobachtung und Bearbeitung unternommen werden sollte. Eine flackernde Fackel ist völliger Finsternis vor-zuziehen.

### DRITTES KAPITEL

## DIE STARREN SYSTEME DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Unheil pflegt immer zu kommen aus überschwänglichem Gebrauch von Gefühl oder Vernunft. Zwei wirtschaftspolitische Systeme, als wissenschaftlich auftretend, gibt es zumindest, die in diesen Fehler verfallen: Sozialismus und Liberalismus.

Diese beiden Ideenrichtungen seien hier keineswegs zum Gegenstande einer Untersuchung gemacht, die auch die weiteren Zusammenhänge und ihre sachlichen Forderungen berücksichtigt, sondern es seien nur ihre wesentlichen Beziehungen als wirtschaftspolitische Systeme — solche positiver und negativer Natur — zur theoretischen Ökonomie umrissen. Es bleibe namentlich der Umstand außer Betracht, daß viele ihrer Vertreter sich, was bei letztlich sozialphilosophischen Systemen begreiflich ist, eines sogenannten „Methodensynkretismus“ schuldig machen, d. h. verschiedenartige wissenschaftliche Methoden miteinander vermischen, um „beweisen“ oder „widerlegen“ zu können. In diesen Fehler zu verfallen, ist ihnen nicht als einzigen vorbehalten geblieben, aber nirgends findet er sich so in Reinkultur.

Man muß von dem Tatbestand ausgehen, daß es sich bei beiden wirtschaftspolitischen Richtungen um *Systeme* handelt. Darunter sei der eindeutige, strenge und — zumindest für die jeweilig in Frage stehende Überlegung — lückenlose Zusammenhang aller behaupteten wirtschaftspolitischen Einzelsätze in der Art zu verstehen, daß er aus einer klaren

Stellungnahme zur ökonomischen Theorie und ihrer Anwendung auf die Wirtschaftspolitik hervorgeht. Da eine solche bestimmte und, wie sich zeigt, unbeirrte Meinung vorliegt, ist es zweckmäßig, diese Systeme als „starre“ von allen anderen, möglichen, zu unterscheiden. Beiden Systemen ist aber vor allem gemeinsam, daß sie zu wissen vorgeben, was für die Gesamtheit, den Staat, die Wirtschaft oder was das angerufene Ganze jeweils sein möge, das „Beste“ sei. Beide müssen eine klare Vorstellung davon haben, worin sich dieses „Beste“ ausdrückt, soweit der Begriff eine Klarheit zuläßt; auch muß es möglich sein, für Schwankungen in dem Wohlfahrtszustand der Allgemeinheit ein gleichermaßen wissenschaftlich und praktisch brauchbares *Maß* anzugeben. Dies alles setzt voraus, daß die Wohlfahrt zunächst überhaupt einmal definiert werden kann. Damit beginnt bereits die erste Schwierigkeit. Die moderne, auf Methodenreinheit bedachte Forschung hat, wie hier als bekannt vorausgesetzt werden kann, in einwandfreier Weise gezeigt, daß alle Begriffe, die letzten Endes auf die Vorstellung eines „sozialen Wertes“ als die einfachste zurückgeführt werden können, als wissenschaftliche Begriffe unhaltbar sind. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob diese sozialen Wertvorstellungen von Anhängern der modernen Theorie oder von älteren sozialistischen Schriftstellern stammen. Das eine Mal wird eine Apologetik, das andere Mal eine Anklage des Kapitalismus geliefert. Beide Deutungen sind wissenschaftlich belanglos, weil sie sich nur auf Beurteilungen, Wertmaßstäbe, Gefühle usw. stützen können, niemals aber auf die ökonomische Wissenschaft und mit ihr nichts zu tun haben. Ihren Halt jedoch suchen diese wirtschaftspolitischen Systeme nicht dort, wo sie ihn wirklich haben können — jenseits der Wissenschaft —, sondern so gut wie ausschließlich in der Nationalökonomie, wo sie ihn

keinesfalls finden können. In welche logischen Schwierigkeiten sie sich dadurch verstricken, ist niemals recht klar gemacht worden. Diese seien am Beispiel der liberalistischen Wirtschaftspolitik aufgezeigt.

Aus den früheren Darlegungen ist klar hervorgegangen, daß sich bei jedem Versuche der praktischen Anwendung der Nationalökonomie der Zwang zur Neugestaltung und Fortbildung ergibt. Diese Notwendigkeit ist auch unter der Annahme vorhanden, daß die ökonomische Theorie als solche in ihren obersten Abstraktionsstufen vollendet sei, denn es handelte sich lediglich um die Korrekturen, die durch die Anwendung nötig werden. Eine solche Voraussetzung konnte nur einleitend gemacht werden; sie muß jetzt dahingehend umgeändert werden, daß es eine zweifache Dynamik zu berücksichtigen gibt: a) die Entwicklung der Theorie selbst und b) diejenige der Wirtschaft. Es kommt — wovon noch zu sprechen sein wird — außerdem die Änderung der wirtschaftspolitischen Ideale und der Wirtschaftsgesinnung in Betracht. Die Verschiebungen im Aufbau der Wirtschaft mußten stärkste Beachtung finden, wie dies vielfach auch der Fall ist. Die gesamte historische Schule hat darauf beruht und heute sind es die ihr eng verwandten amerikanischen Institutionalistens, die dieses Gebiet besonders zu pflegen beabsichtigen, ohne daß sie — infolge ihrer inneren Schwierigkeiten — über löbliche Pläne hinausgekommen wären. Die dabei von ihnen gegen die Theorie gerichteten Angriffe beruhen auf einer Verkennung ihres Wesens und auf einer Überschätzung des eigenen, zufälligen Arbeitsgebietes und fallen daher nicht in den Rahmen der gegenwärtigen Erörterungen. Immerhin ist es bedauerlich, daß die vielfachen Bemühungen zu keinem annehmbaren Schema der Wirtschaftsstufenlehre geführt haben. Es wäre sehr vorteilhaft, in konkreter Weise die Unterschiede an-

geben zu können, die den Aufbau der heutigen Wirtschaft gegenüber derjenigen von vor 50 oder 100 Jahren kennzeichnen. Eine solche Stufenlehre ist jedoch keineswegs Voraussetzung dafür, um zur Erkenntnis der allgemeinen Tendenz einer sogar sehr stürmischen Entwicklung der Volkswirtschaft während der letzten Jahrzehnte zu gelangen! Dabei ist auch deren Richtung gleichgültig, spielt es für unseren Zweck weiter keine Rolle, daß diese Entwicklung im Sinne einer gesteigerten Kapitalsverwendung verläuft, daß technische Fortschritte erzielt werden und in fast allen Ländern die freie Konkurrenzwirtschaft zusehends von einer stärker monopolgewendeten abgelöst wird, denn alle diese Momente könnten genau umgekehrt liegen und doch den Tatbestand der fortdauernden *Änderung* der Empirie, auf die unser nationalökonomisches Wissen angewendet werden soll, liefern.

Solange es sich, wie hier, lediglich darum handelt, die erwähnten formalen Beziehungen zu betrachten, genügen diese Tatbestände durchaus, um zu der Formulierung der wesentlichen Erkenntnisse zu gelangen. Es ist nun nur noch auf den Fortschritt der Nationalökonomie selbst hinzuweisen. Dies mag schwierig erscheinen, da es nur wenige Wissenschaften gibt, die sich in einem derartig unbefriedigenden Zustand befinden, wie diese, zumal sie sich dadurch auszeichnet, daß es nur wenige Vertreter dieser Wissenschaft gibt, die sich auf einige spärliche Sätze einigen werden. Es sei ausdrücklich bemerkt, daß dieser Zustand nicht der wirkliche, innere ist, sondern der, wie er sich nach außen hin darstellt, wenn man die Inhalte der Vorstellungen der Einzelnen über die Wissenschaft summiert, denn in der Tat kann es nur *eine* Erkenntnis, nur *eine* Wissenschaft und daher nur *eine* Lehre geben; alle anderen müssen falsch sein oder implicite dasselbe sagen. Um aber solche materielle

Aussagen vermeiden und außerhalb des Streites der engeren Fachmeinungen — worin sich, wie in jeder Wissenschaft eben die Entwicklung kundgibt — verbleiben zu können, muß der Fortschritt der ökonomischen Wissenschaft *indirekt* erwiesen werden, derart nämlich, daß man die Forscher, um die es sich hier handelt, die von der Identität der Nationalökonomie mit dem Liberalismus, bzw. Sozialismus überzeugt sind, vor eine unausweichliche Alternative stellt.

Diese ist einfach, nur wird sie nie aufgeworfen: Die grundsätzliche Forderung des Liberalismus ist die der Nicht-Intervention, ist das Verlangen, es solle allen wirtschaftlichen Vorgängen völlige Freiheit gelassen werden, auf daß sich das Maximum der Wohlfahrt für alle und damit für die Gesamtheit einstelle. Diese Forderung ist — von ganz unwesentlichen Schwankungen der Formulierung abgesehen — seit Anfang die gleiche geblieben; sie ist die einzige, die den Anforderungen der Strenge und Folgerichtigkeit der liberalen Wirtschaftspolitiker Genüge tut. Es ist sogar gleichgültig, welche der beiden Varianten der liberalen Einstellung man wählt, ob es die ist, nach welcher die Forderung der richtigen Wirtschaftspolitik zu lauten hat, daß den Wirtschaftsgeschehnissen gänzlich freier Lauf gelassen werden müsse, auch auf die Gefahr hin, es könne dadurch der Ausgangszustand der völlig freien Konkurrenz beseitigt werden, oder ob verlangt wird, der Staat dürfe kein „Nachtwächterstaat“ sein, sondern müsse vielmehr darüber wachen, daß gerade der Urzustand der freien Konkurrenz ungeschmälert aufrechterhalten bleibe.

Die Entstehung des wirtschaftlichen Liberalismus fällt in die Zeit der klassischen Nationalökonomie und datiert mehr als hundert Jahre zurück. Sofern er auf einer Anwendung der ökonomischen Theorie beruht, konnte

er sich nur auf die damals vorhandene „klassische Schule“ von Adam Smith-Ricardo stützen und es konnte sich ferner nur um deren Anwendung auf die damaligen Wirtschaftsverhältnisse handeln. Sofern, schließlich, die Nationalökonomie auch seinerzeit nur eine empirische Wissenschaft war, wie sie es heute ist, und daher des Glorienscheines einer „Wesenserkenntnis“, einer aprioristischen Schau oder dgl. entbehrte, konnte sie nur durch Beobachtung und wissenschaftliche Verarbeitung der damals tatsächlich vorhandenen Erfahrung entstanden sein. Wohl mag es in dieser frühen und sonst ruhmvollen Epoche schon gelungen sein, einige ganz allgemeine tautologische Sätze zu formulieren, aber es war auch zu jener Zeit, so wie heute, unmöglich, anzunehmen, diese Tautologien könnten unmittelbar etwas über die Wirklichkeit aussagen, oder eine Maxime für die Wirtschaftspolitik abgeben. Tautologien können solches niemals leisten.

Es ergibt sich daher das seltsame Dilemma, daß der Liberalismus entweder durch die moderne Theorie nicht beweisbar ist, oder daß diese angeblich auf die theoretische Ökonomie gegründete Inthronisierung des wirtschaftlichen Liberalismus *unabhängig* von aller ökonomischen Theorie entstanden sei, oder gleichsam *intuitiv*, in Vorahnung, daß er später von der Nationalökonomie, wenn diese einmal vollendet sei, Bestätigung finden werde. Zunächst sei von der außerdem in dieser Haltung sich auswirkenden Prognose der Geschichte — es könnten nämlich alle späteren Veränderungen der Wirtschaft auf das einmal aufgestellte wirtschaftspolitische Prinzip keinen Einfluß haben — ganz abgesehen.

Wenn die Wirtschaftswissenschaft zur Zeit Adam Smith's und David Ricardos bereits so weit fertiggestellt war, daß ihre eigentliche moralisch-philosophische Aufgabe — da sie

doch eine Wissenschaft vom Leben ist! — die darin liegt: Anwendung zu finden, schon gelöst war, so kann alle spätere Arbeit an dem Ausbau dieser Wissenschaft nur eine ganz unwesentliche Ausschmückung, Detailmalerei u. dgl. m. sein, niemals aber auch nur ein Körnchen weiterer Erkenntnis liefern, die für die Wirtschaftspolitik *relevant* zu sein vermöchte. Wäre man nur darauf bedacht, das wirtschaftspolitische Resumé der Nationalökonomie zu ziehen, so könnte man einen Kanon verfassen, in dem nichts enthalten zu sein brauchte als die Regel, daß alle Eingriffe in die Wirtschaft schaden und daher unterlassen werden müßten. Wenn sich der Staat daneben noch den Luxus eines nationalökonomischen Unterrichtes leisten will, dann gut und schön, aber er muß wissen, daß dies nur zur Befriedigung intellektueller Bedürfnisse geschieht, die etwa von der Art sind, wie das Studium der Lautverschiebungen der altindischen Sprachen. Diese Konsequenz dürfte zur Genüge zeigen, in welcher unhaltbaren Position der wirtschaftliche Liberalismus gedrängt wird, wenn er sich auf eine starre Formel einläßt, sich auf „die ökonomische Theorie“ beruft und behauptet, daß sich diese Situation niemals ändern könne. Wird aber auch nur ein einziges Mal zugegeben, daß es möglich sei, durch die spätere Entwicklung der ökonomischen Theorie seit Ricardo zu *anderen*, zunächst rein theoretischen, von Ricardo abweichenden Einsichten in den Ablauf ökonomischer Prozesse zu gelangen, dann wankt auch die wirtschaftspolitische Grundforderung. Aus einer apriorischen, durch nichts erschütterlichen Erkenntnis des „Wesens“ der Wirtschaft wandelt sie sich zu der Chance, zu der bloßen mit einem Wahrscheinlichkeitsgrad ausgestatteten Möglichkeit, daß sich das ursprüngliche Prinzip auch weiterhin bewahrheiten würde. Damit ist aber der wirtschaftspolitische Liberalismus seiner Einzigartigkeit, die

er sich selbstherrlich beigelegt hat, entkleidet und in endgültige Abhängigkeit von der jeweiligen *Entwicklung* der ökonomischen Theorie geraten.

Es wäre in der Tat ein merkwürdig Ding geschehen: Wie Pallas Athene aus dem Haupt des Zeus, so hätte der klassischen Nationalökonomie das ewige Prinzip der „richtigen Wirtschaftspolitik“ entspringen müssen. Aber fast alles, was die Klassiker und Physiokraten an Fundamentalem lehrten, wurde von der späteren ökonomischen Theorie verbessert, verändert, verworfen und neugestaltet. Das klassische System als solches, als innerer Zusammenhang von Lehrsätzen hat einem anderen System weichen müssen und trotzdem sollte die Nutzenanwendung die gleiche geblieben sein? Also vor dem Erkennen schon die Anwendung? Das ist so, wie wenn Archimedes, als er in der Badewanne das Grundgesetz der Hydromechanik entdeckte, ein physikalisches Wunderwerk, wie etwa den Rundfunk, sofort praktisch hätte daraus postulieren können, man aber erst 2000 Jahre später die Hertzschen Wellen entdecken und theoretisch hätte erklären können.

Daraus allein ergibt sich die prinzipielle *theoretische* Unsinnigkeit irgendeines fixen, angeblich auf Anwendung der Wissenschaft beruhenden wirtschaftspolitischen Postulates, also auch des Sozialismus — bei dem der Gott lediglich anders heißt —, dessen logische Situation die gleiche ist. Sie tritt dort, vor allem im Marxismus, sogar noch krasser zutage und erledigt sich auf gleiche Weise.

Es ist ganz besonders wichtig, diese Beziehungen klar zu erfassen, weil sich sofort eine weitere Erkenntnis daran schließen läßt: Die behauptete Notwendigkeit politisch-moralischen Liberalismus als unweigerliches Korrelat zum Wirtschaftsliberalismus, die derart sein soll, daß der letztere nur gedeihen könne, wenn auch der erstere in seinem Ge-

folge auftrete, ist historisch wie auch theoretisch unhaltbar. Ein politischer Liberalismus kann ein für allemal begründet werden, ganz anders als der wirtschaftliche; denn hier handelt es sich um *Werte* und — angenommenermaßen — um die sich ewig gleichbleibende menschliche Natur, im Gegensatz zu dem sich stets wandelnden Artefakt der Wirtschaft.

Wenn angesehene Verfechter des Wirtschaftsliberalismus diesen damit zu begründen versuchen, daß sie seine Identität mit der ökonomischen Theorie behaupten, so begeben sie sich in doppeltem Sinn auf abschüssigen Boden: erstens opfern sie die Einzigartigkeit ihres Prinzipes und unterwerfen ihre wirtschaftspolitische Stellungnahme dem jeweiligen Stande der ökonomischen Erkenntnis und zweitens setzen sie sich implicite dem Vorwurfe einer Verwischung der Sein- und Sollenebene aus. Das letztere Element bezeugt, daß die Reinigung der Sozialwissenschaften, die von einigen deutschen Methodologen mit großem Erfolg begonnen worden war, leider noch nicht auf allen Gebieten zu Ende geführt worden ist.

Mehr noch: die souveräne Verachtung der wirtschaftsgeschichtlichen Veränderungen, die mit der tautologischen Formulierung der Wirtschaftsgesetze und dem starren wirtschaftspolitischen Dogmatismus sehr wohl einhergehen konnte, darf nicht länger zugelassen werden. Da die Nationalökonomie eine rein empirische Wissenschaft ist, müssen die Veränderungen im Aufbau der Wirtschaftsverfassung — wovon oben schon gesprochen wurde — eine bedeutsame Rolle für den Ausbau der Theorie spielen. Heute erleben wir, daß die halbmonopolistischen Wirtschaftsformen auf ihre theoretischen Zusammenhänge hin immer eingehender untersucht werden, um nur ein einziges Beispiel anzuführen, dem sich viele weitere zwanglos anreihen ließen.

Von den anderen, jenseits der Ökonomie liegenden Gründen für die Unzulänglichkeit starrer Systeme in der Wirtschaftspolitik, sei nur andeutungsweise die Rede. Ganz offenbar nehmen diese Systeme keine Rücksicht auf zwei Dinge: die Änderung der gesamten wirtschaftspolitischen Zielsetzung und die Wandlungen des sogenannten „Wirtschaftsgeistes“ oder der „Wirtschaftsgesinnung“. Die Geschichte, namentlich der jüngsten Zeit, liefert genug Beispiele dafür, daß die Menschen einfach nicht mehr selbständig und selbstverantwortlich sein wollen, sondern verlangen, der Staat möge ihnen ihren Unterhalt gewährleisten und sie schon von Geburt an pensionsberechtigt erklären, oder dafür, daß sie sich von solchen Gedanken wieder abwenden. Manchmal gilt es nicht als ehrenhaft, sich überhaupt mit wirtschaftlichen Dingen zu befassen, ein andermal ist die Leidenschaft einer ganzen Welt darauf gerichtet. Daher schwankt der Bereich der Staatsaufgaben, daher auch das Ausmaß seiner Eingriffe, seiner Inanspruchnahme der Einkommen der Bürger usw., ganz abgesehen davon, daß diese Schwankungen schon durch die quantitative Ausdehnung des Staates selbst, die Vermehrung der Bevölkerung und die neuen technischen Gegebenheiten zu gutem Teile zwangsläufig mitbestimmt werden.

Diese quantitativen oder qualitativen Veränderungen im Gesamtgebiete der Staatsaufgaben bedeuten jeweils andere Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der ökonomischen Theorie. Es ist klar, daß es nicht gleichgültig ist, ob sich die Nationalökonomie bereits vorher eingehend theoretisch damit befaßt hat, welche Wirkungen es hat, wenn solche große Veränderungen der Wirtschaftsgesinnung festzustellen sind, oder ob sie erst in letzter Minute eine ergänzende neue Erklärung liefern soll. „Wirtschaftsgesinnung“ ist natürlich kein klar umrissener Begriff, aber die Vorstellungen, die sich

darán knüpfen, sind hinlänglich genau, um den gemeinten Sachverhalt zu kennzeichnen.

Natürlich muß man sich wohl hüten, in den viel verbreiteten Irrtum zu verfallen, der in der absonderlichen Meinung liegt, die ökonomische Theorie werde unanwendbar, weil sie z. B. aus der Vorkriegszeit stamme und daher die Gegenwart nicht erklären könne. Wenn betont wird, daß wichtige Veränderungen in der Wirtschaft vor sich gehen, so ist darüber nicht zu vergessen, daß die Mehrheit der Dinge und Verhältnisse *unverändert* bleibt und damit die Mehrheit der Erkenntnisse und Lehrsätze Anwendungsmöglichkeit behält. Auch hier muß man sich vor Extremen hüten. Das Schwergewicht der obigen Ableitung liegt also nicht in den wirtschaftshistorischen Veränderungen, die durch die starren Systeme vernachlässigt werden, sondern in der Entwicklung der Theorie, namentlich insoweit diese die Form annimmt, daß über ein *gleichbleibendes* Erfahrungsobjekt gegenüber früher andere Aussagen gemacht werden. Nur um Mißverständnissen vorzubeugen, sei nochmals hervorgehoben, daß gar kein Zweifel darüber zu lassen ist, daß die historische Methode nicht anwendungsfähig wird. Wer allerdings dem hier abgelehnten Apriorismus das Wort redet, sieht in jeder Berufung auf die Erfahrung und die Wirklichkeit schon das Gespenst der Verneinung theoretischer, wissenschaftlicher Arbeit.

\* \* \*

Die Frage, ob es überhaupt ein *System* der Wirtschaftspolitik geben kann, wird noch aufzuwerfen sein. Sie kann nur dahin lauten, ob es möglich sei, daß die einzelnen Maßnahmen

a) untereinander *sinnvoll* zusammenhängen, d. h. ob sie einem einzigen Leitgedanken untergeordnet werden, derart,

daß die Erlassung einer Maßnahme in einen *objektiven Sinnzusammenhang* mit allen anderen gebracht wird, oder ob nur

b) ein *Wirkenszusammenhang* festgestellt werden kann, eine Interdependenz der ökonomischen Auswirkungen, wodurch die einzelnen Akte aufeinander abgestimmt werden würden.

## VIERTES KAPITEL

### DIE STREUUNG DER WIRKUNGEN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die folgenden Überlegungen sind zunächst der Frage gewidmet, ob es möglich ist, festzustellen, in welcher Weise sich Eingriffe in die Wirtschaft verteilen. Zu diesem Zwecke ist es nötig, von der Annahme auszugehen, daß von einem bestehenden Zustand der Wirtschaft zu einem anderen übergegangen werden soll, der sich auf Grund neu zu setzender Daten — eben die vorzunehmenden Eingriffe — erwartungsgemäß bilden müssen. Nach den Ausführungen über die Wertfreiheit der wissenschaftlichen Aussagen ist zu betonen, daß es nicht darauf ankommt, *allgemein* zu sagen, ob der Zustand B „besser“ oder „wertvoller“ sei, als der Zustand A (denn das ist das Postulat), weswegen es auch nicht nötig ist, zu zeigen, ob eine größere oder geringere Gesamtwohlfahrt eingetreten ist. Es soll hier vielmehr der *Weg* der Wirkungen gezeigt werden. Dabei ist es möglich, diese durch Erhaltung, Gewinn oder Verlust wirtschaftlicher Positionen, ausgedrückt in Geld, Gütern oder Chancen anzugeben. Das ist die ausschließliche Aufgabe der Wissenschaft, nicht aber, festzustellen, ob die Gesamtheit dieser Verschiebungen ein Plus oder Minus für die *Allgemeinheit* darstellt; die Politik hat zu bestimmen, ob sie die von der Wissenschaft beschriebenen Wirkungen für gut oder schlecht hält. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedarf es der Anwendung der ökonomischen Theorie; in der Praxis wird eine Populärmeinung oder die Vulgärökonomie, jenes eigentümliche Gemisch banausischen Besserwissens und praktischer Erfah-

rung an deren Stelle treten. Die Untersuchung der Verteilung der Wirkungen ist auch deswegen von Bedeutung, weil dadurch fast automatisch die Artung der Interessenvertretung aufgedeckt wird. Im allgemeinen wird derjenige der Betroffenen für die Maßnahme sein, der einen sichtbaren Vorteil erzielt, derjenige sich zur Wehr setzen, der sich benachteiligt glaubt. Solange die einzelnen, seien es Individuen, Unternehmungen, Industriegruppen, soziale Gruppen, Klassen usw. in irgendeiner Form ein Mitbestimmungsrecht an (dem Aufbau und den Zielen) der Wirtschaftspolitik haben, sind diese Zusammenhänge von oberster Bedeutung. Nur in einem absolutistischen Staat vermögen sie in den Hintergrund zu treten; allerdings nur so lange, als diese Wirkungen nicht zu einem gewaltsamen politischen Umsturz oder auch zum allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruch führen.

Die erlassene wirtschaftspolitische Maßnahme hat örtliche (d. h. bei verschiedenen Wirtschaftlern auftretende) und zeitliche (d. h. entweder bei diesen Wirtschaftlern nacheinander verteilte oder bei verschiedenen gleiche, jedoch zeitlich verschobene) Wirkungen. Von der Art der Verteilung hängt es nun ab, wie die Rückwirkung sein wird und — was zunächst das wichtigste ist — wie es um die Erkennbarkeit der Folgen des wirtschaftspolitischen Schrittes steht. Die Gesamtheit der Maßnahmen möge als Wirtschaftspolitik schlechthin bezeichnet werden, wogegen unter „Interventionismus“ eine Gesinnung zu verstehen ist, in der sich das Verlangen nach ständigem Schutz und fortwährendem Eingriffe kristallisiert. Immer handelt es sich, wie eingangs schon bemerkt, um das Setzen von neuen Daten, die sich von den übrigen Daten der Wirkung nach prinzipiell nicht unterscheiden. Geänderte Daten der Wirtschaft können der Natur entstammen (z. B. schlechte Ernte und hoher Getreidepreis) oder menschlichen Handlungen entspringen

(z. B. Getreidepreiserhöhung wegen Bildung eines „Pools“). Für die Getreidekonsumenten ist es gleichgültig, ob dies oder jenes die Ursache der Preiserhöhung ist, oder ob sie drittens auf eine Intervention (z. B. Zoll) zurückgeht. Für den Theoretiker liegt die Interessenahme jedoch ganz anders; sie hängt nicht zuletzt davon ab, ob die im günstigen wie ungünstigen Sinne Betroffenen an der wirtschaftspolitischen Willensbildung teilhaben und wenn, in welcher Form dies geschieht, da es nicht gleichgültig ist, ob die Einflußnahme generell an irgendwelche Stellen (Parlament, Kammern) übertragen wird, oder ob den einzelnen Gruppen bei den sie unmittelbar oder mittelbar betreffenden Maßnahmen eine Mitsprache ermöglicht bleibt. Als Normalfall darf der letztere angesehen werden; aus Gründen der Einfachheit sei zunächst davon abgesehen, sondern angenommen, der Wirtschaftspolitiker wolle zunächst seine eigene Meinung bilden.

Ausgegangen sei von einem Gleichgewicht; die wirtschaftspolitische Aufgabe sei beispielshalber, dieses zu erhalten gegenüber Bedrohung von außen, etwa hervorgerufen durch einen im Ausland erzielten sehr großen produktionstechnischen Fortschritt, der eine wesentliche Verbilligung des auch im Inlande erzeugten Produktes zur Folge habe. Unserer methodologischen Voraussetzung gemäß ist es nun nicht möglich, „wissenschaftlich“ zu beweisen, daß etwas getan werden müsse oder nicht, da die Wissenschaft keine Programme zu machen hat. Immerhin ist dies die Alternative: (1 a) Entweder vermag die heimische Industrie ihre Kosten sofort entsprechend herabzusetzen, eine ähnliche fortschrittliche Produktionsmethode einzuführen, oder (1 b) nicht; oder (2) es wird der Einbruch in ihren Markt durch einen genügend hohen Zoll oder ein Einfuhrverbot abgewehrt. Daraus ergibt sich folgendes: Im Falle (1 a) ist alles in bester Ordnung; lediglich diejenigen Einkommen,

die identisch sind mit den Preisen der herabgedrückten Kostenelemente (z. B. Löhne, Unternehmergeinn) werden eine Einbuße erfahren haben. Diese wird gänzlich oder teilweise durch die infolge der Preissenkung des Produktes hervorgerufene Nachfragesteigerung wettgemacht und es wird von der sogenannten Elastizität der Nachfrage nach diesem Gute abhängen, ob die Verschiebungen einander die Waage halten. Bei (1 b) bleibt nichts anderes übrig, als die heimischen Fabriken mehr oder minder rasch — etwa nach dem Grade der schon erfolgten Abschreibungen — stillzulegen. Dies bedeutet Entlassung der Arbeiter und Angestellten, Kapitalsverlust, sinkende Aktienkurse der Unternehmungen dieser Industrie, Steuerausfall, Konsumrückgang bei den unmittelbar Betroffenen. Wird jedoch die Alternative (2) gewählt und ein Zoll aufgelegt, so ändert sich in der betreffenden Volkswirtschaft *anscheinend* gar nichts, denn der Preis bleibt der gleiche, die Arbeiter behalten ihre Arbeit, das ausländische Produkt wird vielleicht zur Gänze vom Binnenmarkte verdrängt, und alles scheint in bester Ordnung zu sein. Dies sind — *ceteris paribus* — die drei möglichen Abläufe. Der Wirtschaftspolitiker hat nun zu entscheiden erstens, welchen er für den technisch möglichen hält (z. B. festzustellen, ob, wie bei (1 a) erforderlich, die Löhne und sonstigen Kostenfaktoren tatsächlich rasch und ausreichend gesenkt werden können oder ob Gewerkschaften und andere Einflüsse dies zu verhindern wissen) und zweitens, welcher ihm als der wünschenswerte erscheint, der angestrebt werden muß, weil ein übergeordnetes Ziel, das Interesse der Gesamtheit, dies oder jenes gebietet. Es kann also sein, daß obwohl die Möglichkeit der sofortigen Anpassung bestünde, ein Zoll eingeführt wird, weil das „Allgemeinwohl“ oder die politische Konstellation die Hochhaltung der Löhne verlange.

Aus dieser Sachlage geht folgendes hervor: Zunächst ist festzustellen, daß jeder Vorteil mit einem Opfer erkaufte werden muß. So ist der Preis für die Erleichterung des Konsums der betreffenden Ware (bei 1 a) gleich dem Einkommenrückgang bei den Trägern der geschmäleren Kostenfaktoren und umgekehrt, das Hochhalten des Preises der Ware bei der Zolleinführung die Kosten, die die Konsumenten zu tragen haben, damit die — sonst bei 1 a verringerten — Arbeits-einkommen in der betreffenden Industrie gleichbleiben. Das sind zunächst die mit Bedacht als „sichtbar“ zu bezeichnenden Wirkungen; da aber in der Wirtschaft eine allgemeine gegenseitige Abhängigkeit besteht, werden auch unsichtbare vorhanden sein, die der gewissenhafte Wirtschaftspolitiker in seine Rechnung einstellen muß. Selbst bei den soeben angeführten Wirkungen pflegt es in aller Regel so zu sein, daß sich dem Bewußtsein alles das stärker einprägt, was in der Linie einer Schädigung und eines Verlustes liegt, hier also der Ausfall bei den Löhnen mehr als die Annehmlichkeit der Konsumenten, billiger einkaufen zu können. So einfach dieses Prinzip auch ist, so wirkt es sich in der Wirtschaftspolitik dennoch richtunggebend aus.

Ließe man — um bei dem angezogenen Beispiel zu verbleiben — den Dingen freien Lauf nach (1 b), so zeigt sich, daß zwischen sogenannten günstigen und ungünstigen Wirkungen eine zeitliche und örtliche Verteilung besteht, die als *typisch* anzusehen ist, und von größter psychologischer Bedeutung wird. Örtlich fallen die ungünstigen Wirkungen auf einem engen, leicht angebbaren Bereich zusammen (die stillgelegte Fabrik, die Arbeitslosen, die wertlos gewordenen Maschinen usw.); zeitlich gilt dasselbe, da diese Schäden in dem Augenblick eintreten, da die ganze Angelegenheit überhaupt akut wird. Nun lehrt einer der wichtigsten Erfahrungssätze des menschlichen Lebens, der daher auch in der

Nationalökonomie Eingang gefunden hat und dort eine große Rolle spielt, daß alles Geschehen, das der Gegenwart angehört, wie alle gegenwärtigen Ereignisse, höher veranschlagt und empfunden wird, als solches, das in der Zukunft liegt. Künftige Dinge werden in stets schwächer werdendem Maße in Rechnung gestellt und als Grundlage des Verhaltens genommen, bis sehr fernliegende Möglichkeiten schließlich überhaupt nicht mehr ins Kalkül gezogen werden. Daher kommt der örtlichen Häufung und der ausschließlich gegenwartsgelagerten Natur der nachteiligen Wirkungen (wobei „nachteilig“, „günstig“ usw. immer im oben definierten Sinne einer Geld- oder Einkommensveränderung, also keineswegs metaökonomisch zu verstehen ist) psychologisch eine viel größere Bedeutung zu, als der Fall wäre, wenn sie sich gleichmäßig mit den anderen Wirkungen verteilen. Solche nachhinkende Schädigungen können außerdem noch vorhanden sein, aber selbst wenn sie größeren Umfangs als die direkten wären, stünde ihre Einschätzung nur selten dazu im Verhältnis.

Was nun die mit diesen Vorgängen erkaufte Vorteile anbelangt, so zeigt sich — abermals typisch — das Gegenteil: Die Begünstigungen, die die Konsumenten in Gestalt des niedrigeren Preises genießen, verteilen sich auf eine Anzahl von Menschen, die nur in den seltensten Fällen festgestellt und identifiziert werden können (sehr im Gegensatz zu den konkret angebbaren arbeitlos werdenden Fabrikarbeitern), der Konsum vollzieht sich in der Zeit, nur allmählich, zum überwiegenden Teile in der Zukunft, die mangelhaft in Rechnung gestellt wird. Psychologisch ist die Situation also ungleich ungünstiger. Dies gilt selbst dann, wenn wie hier zunächst nur an die Erkennbarkeit und nicht bereits an die Bewertung der Zusammenhänge gedacht wird. Schließlich gibt es auch dafür psychologische Elemente; der

um Erkenntnis ringende Wirtschaftspolitiker sollte derartige Hemmungen natürlich überwinden können, aber selbst wenn der Geist willig und fähig ist, wird das Fleisch bekanntlich oft schwach.

Es sei, ohne hiermit ein Werturteil auszusprechen, im Sinne des Laissez-faire der eben besprochene Verlauf der Dinge als der „richtige“ bezeichnet, um eine Abkürzung einzuführen. Ihr gegenüber steht die „interventionistische“ Wirtschaftspolitik, die — auf Grund der skizzierten psychologischen Umstände und mangels sachlicher Einsicht in die Weiterungen — die Schwierigkeiten durch die Einführung eines Zolles zu beheben gedenkt. Es ist nun abermals typisch, daß *diesmal die Verteilung von Vor- und Nachteilen genau umgekehrt liegt*: örtlich-zeitliche Häufung der Vorteile, da die Fabriken sofort weiter beschäftigt bleiben, örtlich-zeitliche Dispersion der Schädigung der Konsumenten, die noch dazu anscheinend keinen „echten“ Schaden, d. h. einen positiven Entgang von etwas, das sie schon besitzen haben, erleiden, sondern lediglich nicht in den Genuß einer Verbilligung treten, die ihnen sonst zuteil geworden wäre. Es ist überflüssig, diese Beziehungen weiter auszumalen, da sich das genaue Spiegelbild der oben geschilderten Verhältnisse ergibt.

Bisher wurde nur von den direkten, mehr oder minder unmittelbar zu erkennenden Wirkungen gesprochen. Aufgabe der Nationalökonomie ist es aber, darüber hinausgehend die Nebenwirkungen und Begleitumstände, die sich notwendigerweise auch einstellen, auf das genaueste zu untersuchen, denn sonst wäre es ja im allgemeinen einfach, die Zusammenhänge zu überschauen und man bedürfte hierzu nicht der Wissenschaft. Um die Überlegung abzukürzen und zugleich die großen Verwicklungen, die sich schon bei der Untersuchung eines ganz einfachen Falles

aufdecken lassen, doch ins rechte Licht zu rücken, sei die bisher gemachte Annahme des Gleichgewichtes als Ausgangspunkt beseitigt. Bis nun war vorausgesetzt, daß die erörterte Störung die einzige sei, so daß alle Bewegungen, die in der betreffenden Wirtschaft vom Gleichgewicht wegdrängten, auf diese einzige, bekannte Ursache zurückführbar waren. In der konkreten Wirklichkeit allerdings, für die unsere Aussagen gemacht werden sollen, sieht es wesentlich anders aus: die Vorstellung, daß man es als Anfangspunkt mit einem Gleichgewicht zutun habe, ist unzulässig. Es muß vielmehr ein Zustand angenommen werden, den man mit einiger Berechtigung als den eines *Ungleichgewichtes* bezeichnen darf, d. h. als einen solchen, der nach einem Gleichgewicht lediglich tendiert. Aber auch das Wort „Zustand“ ist nicht recht am Platze, da es sich bloß um eine Phase eines sich meist sehr rasch abwickelnden Prozesses handelt. So wichtig das wirtschaftspolitisch relevante Ereignis des obigen Beispiels auch sein mag, es kann in seiner Bedeutung erst abgeschätzt werden, wenn außerdem die Kräfte ermittelt sind, die den Prozeß bis zu dieser Phase, in der es vorfällt, getrieben haben. Welche Schwierigkeit! Sobald Bewegungen der wirtschaftlichen Größen vorhanden sind, die auf andere, oft unbekannte Ursachen zurückgehen, ist es meist überhaupt unmöglich, zu erkennen und zu unterscheiden, ob Vorgänge, die als direkte oder mittelbare Wirkungen anzusehen wären, tatsächlich solche sind, oder ob sie nicht als Nachwehen ganz anderer Umstände eintreten. Hier die richtige Wahl zu treffen, ist eine Angelegenheit des größten Wissens, der weitesten Erfahrung und der Gabe der kunstvollen Kombination.

Es sei, um weiterhin zu verdeutlichen (leider nur die Schwierigkeiten!), nochmals auf das Beispiel der Einführung eines Zolles zurückgekommen. Ein direkter Schaden konnte

unter den gestellten Annahmen nicht erwiesen werden; wohl aber muß die Nationalökonomie den Wirtschaftspolitiker darauf hinlenken, daß durch die Verdrängung der ausländischen Ware vom heimischen Markt eine Schrumpfung des Gesamtvolumens des zwischen den beiden Ländern sich abspielenden internationalen Handels hervorruft, derart, daß nun das Ausland nicht mehr in der Lage ist, die gleiche Menge eines anderen Gutes einzuführen. Ware wird nur gegen Ware getauscht; aber welches Gut der andere Staat nicht mehr kaufen wird, ist eine *quaestio facti*, wie es ebenso eine solche ist, ob durch die Einbuße, die die Exportindustrie des Landes, das den Zoll einführt, erleidet, nicht viel mehr Arbeiter brotlos gemacht werden, viel mehr Kapital entwertet wird, als die Stilllegung des ursprünglich konkurrenziierten Betriebes bedeutet hätte. Auf was es hier aber von vornherein ankam, nämlich die örtliche und zeitliche Verteilung der Wirkungen festzustellen, zeigt sich wieder in voller Klarheit, selbst wenn es wegen der Natur der Sache nicht ganz befriedigend gelingt, volle Sicherheit bei der Zurechnung der einzelnen Ereignisse auf andere, ursprünglichere, zu erreichen. Die Schädigung der Exportindustrie ist nicht ganz sicher, verteilt sich auf viele und vielerlei Unternehmen und Industrien, erstreckt sich über unbekannte Zeiträume und — die Betroffenen selbst vermögen zu dem frühen Zeitpunkt ihr Schicksal selbst weder vorauszusehen, noch sich darauf einzurichten.

Die ökonomische Theorie schaltet mit Recht aus ihren Überlegungen die sogenannten „Friktionen“ oder „Reibungen“ aus, d. h. ihre Überlegungen gelten im allgemeinen nur unter der Voraussetzung, daß während des Zeitraumes, der zur Auswirkung der verschiedenen Ursachen bei den einzelnen Prozessen angesetzt werden muß, keine Hemmnisse auftreten, die nicht schon in die Annahmen einbezogen wer-

den konnten. Wenn es also z. B. heißt, daß bei Lohnsenkung in einer Industrie die Arbeiter von dieser Industrie weggehen und anderen Industriezweigen zuwandern werden, dann wird eben bei allen Schlußfolgerungen, die sich auf diese Aussage stützen, angenommen, daß diese Wanderungen tatsächlich erfolgen. Im Bereiche der Wirtschaftspolitik ist es nicht möglich, so zu verfahren, da in Rechnung zu stellen ist, daß der hohe Abstraktionsgrad nicht gilt, da sich zeigt, daß die Leute nicht sofort abwandern, teils weil sie von den anderen Arbeitsbedingungen nichts erfahren, weil sie durch außerwirtschaftliche (z. B. verwandtschaftliche) Beziehungen zum Verbleib auch bei viel niedrigerem Lohn veranlaßt werden, nicht über die Mittel verfügen, die ein Umzug erfordern würde, usw. Diese Umstände (die man in der Art eines in der modernen Logik so genannten „Quantifikators“ in die Formeln der reinen Theorie einführt) bedeuten mehr, als eine bloße Verschiebung des Abstraktionsgrades, da bei dessen Herabsetzung noch immer das Prinzip waltet, daß die behaupteten Tendenzen zwar eingeschränkt und verlangsamt, jedoch nicht umgebogen und etwa ins Gegenteil verkehrt werden.

Die Rolle der Friktionen ist in der Nationalökonomie noch nicht genügend untersucht worden. Wenn in jüngster Zeit die noch sehr unklare Idee aufgetaucht ist, man müsse neben die bisherige ökonomische Theorie, die eine solche des „*long run*“ sei, d. h. jeweils so große Zeitperioden betrachte, daß die zu einem neuen Gleichgewicht tendierenden Kräfte sich zur Gänze ungestört durch andere auswirken können, eine zweite Theorie, die des „*short run*“ setzen, so mögen ähnliche Wünsche dafür maßgebend sein. Einem solchen Trennungsversuche muß man von vornherein skeptisch gegenüberstehen, da er in seiner gegenwärtigen Form darauf hinauslaufen würde, zweierlei Wahrheit finden

zu wollen. Vielmehr wird es nötig sein, dem *Zeitmoment* in der Theorie endlich *allgemein* zur Geltung zu verhelfen, womit die Schwierigkeiten von selbst in Wegfall kommen, falls diese Weiterbildung der Wissenschaft gelingt. Bekanntlich wird das Zeitelement seit langer Zeit als die größte *cruz* der Nationalökonomie angesehen. Immerhin mag schon jetzt beachtet werden, daß man so lange von „Friktionen“ ungestört sprechen darf, als nicht die Hindernisse, die man mit dieser Bezeichnung versieht, *selbständige* Ursachen wirtschaftlicher Art von der gleichen Kategorie und Ordnung werden, wie diejenigen, die den Ausgangspunkt der Untersuchungen bildeten.

Wirtschaftspolitisch liegen die Dinge freilich etwas anders: Wenn es auf die Beurteilung wirtschaftspolitischer Entschlüsse ankommt, so spielt der Zeitraum, über den man zu disponieren hat, meist eine ganz entscheidende Rolle. Wir wissen aus dem oben Gesagten, daß eine Einrechnung langer Zeiträume nicht nur immer eine sehr schwierige Angelegenheit ist, da die Zahl der jeweils zu berücksichtigenden, im Laufe der Zeit hinzutretenden Unsicherheitskoeffizienten stets steigt, sondern weil alles Geschehen, das in der ferneren Zukunft liegt, diskontiert wird. Der Begriff des „Zeitraumes“ ist natürlich rein relativ zu fassen, bezogen auf den Zweck der Maßnahme. Der Wirtschaftspolitiker — nehmen wir an, die Regierung — steht oft vor einem schweren Dilemma: Es mag eine Maßnahme als prinzipiell richtig erkannt worden sein, aber der Zeitraum, der ihren Erfolg sicher stellen würde, ist so groß, daß vorher unerwünschte vorübergehende Nebenwirkungen auftreten, die es praktisch unmöglich machen, den als richtig erkannten Weg einzuschlagen. Der Nationalökonom ist, solange er sich nur mit allgemeiner Theorie abgibt, immer in einer besseren Lage, da er es nicht nötig hat, sich damit zu befassen. Er läßt Industrien ver-

gehen, wandern, entstehen, ohne sich kümmern zu müssen, was mit den Beteiligten als *Individuen* geschieht. Er ist in einer ähnlichen Lage, wie jeder Statistiker, der Massenerscheinungen beobachtet, also etwa einen Unfallsprozentsatz zu errechnen hat, der aber in arge Verlegenheit käme, wenn er eine bestimmte Gruppe von Menschen, oder gar ganz bestimmte Individuen auswählen müßte, die diese Unfälle erleiden sollten.

Als typisch möge die sogenannte Kompensationstheorie angesehen werden, die lehrt, daß die durch technischen Fortschritt ersetzten Arbeiter wiederum im Laufe der Zeit an anderer Stelle, namentlich zur Anfertigung gerade der arbeitsparenden Maschinen (auch indirekt) Verwendung finden würden. Diese These als richtig gesetzt, bedeutet sie doch, wenn ihr zufolge gehandelt wird, daß man sich über das *individuelle Schicksal* der Betroffenen, arbeitslos Gewordenen hinwegsetzen muß. Dies würde einen schweren Entschluß fordern. Ja, er wird sogar meist dadurch unmöglich gemacht, daß eben dieser Prozeß, den der Theoretiker mit Recht in höherem Sinne als „harmlos“ und „unwesentlich“ ansehen darf, überhaupt erst eine Handlung und Stellungnahme verlangt, da es gerade die betroffenen Individuen sind, die an die Öffentlichkeit appellieren. Solche Ereignisse sind aus der Wirtschaftsgeschichte unzählige bekannt, von den Maschinenstürmern der ersten industriellen Revolution bis zu den neuesten Fortschrittsfeinden, den Technokraten. Die populären Meinungen, die zu solchen Zeiten entstehen, sind sehr charakteristisch, was z. B. von der heute umlaufenden Lehre der „Technokratie“ gilt, durch deren Unsinnigkeit von den wirklichen Fragen abgelenkt wird. Wie dann die Entscheidung auszufallen hat, wird nur von den allgemeinen Wertideen abhängen, die der Regierung als Grundlage ihrer allgemeinen Politik dienen. Oft genug

wird die Lage derart sein, daß man erkennen kann, daß ein Wirtschaftszweig zur Gänze unrettbar dem Untergang geweiht ist — nehmen wir an die Fuhrwerkserzeuger oder Segelschiffswerften — und daß ein Verbot der Automobile und Dampfschiffe ein völlig unsinniges Unterfangen wäre. Trotzdem wird die Entscheidung nicht immer so eindeutig sein, weil etwa an der sich auf absteigender Linie befindlichen Industrie zu viele Menschen (die nicht zuletzt Wähler sind!) hängen, zu viel Sentiment hängt, in ihr zu viel Kapital investiert ist, kurz zu viele „vested interests“ bestehen, so daß in der vagen Hoffnung, es werde noch irgendein Wunder geschehen, die klare Stellungnahme ausbleibt. Es genügt, an den gegenwärtigen internationalen Kampf zwischen Eisenbahn und Automobil zu erinnern.

Die hier berührten Fragen haben einen überaus bedeutsamen allgemeinen, politischen Aspekt. Je labiler eine Regierungsform und je größer der Einfluß von Tagesproblemen auf ihr Verhalten, je näher sie den wechselnden Geschicken der Konjunkturen aller Art — einschließlich den politischen — gerückt ist, desto weniger wird sie geneigt sein, langfristige Wirtschaftspolitik zu treiben. Sie wird es auch nur selten vermögen, da niemals sicher ist, ob die nachfolgende Regierung nicht eine ganz andere grundsätzliche Haltung einnimmt und die von ihr etwa auf lange Sicht getroffenen Maßnahmen durchbricht, was zur Folge hätte, daß die schon investierten Mittel verloren wären. Nur dort, wo eine langfristige Politik auf ganz allgemeinen Gesichtspunkten beruht, ist einige Kontinuität gewährleistet, z. B. bei der staatlichen Forstwirtschaft, wo es kaum einer Regierung beifallen wird, plötzlich alle Wälder abholzen zu lassen. Die Finanzpolitik pflegt jedoch bereits wesentlich beweglicher geartet zu sein! Man muß daher, ohne eine politische Wertung vornehmen zu wollen, feststellen, daß jene Regierung bei ihren wirt-

schaftspolitischen Entschlüssen die Erkenntnisse der Nationalökonomie in stärkstem Maße wird zur Geltung kommen lassen können, die für einen unveränderlichen materiellen Staatszweck arbeitet. Daher ist die liberale Demokratie in vielen Ländern die theoriefeindlichste Regierungsform, was sich besonders in Zeiten eines Konjunkturabstieges bemerkbar macht. Dafür liefert die Gegenwart eine Reihe von auffallenden Beispielen. In Epochen ansteigender Konjunktur spielen diese Dinge keine so große Rolle; das gilt jedoch nur, wenn man nicht — wie es sich als richtig herausstellen dürfte — die eigentliche Ursache für die Krisen in der Existenz eines zu weit getriebenen Konjunkturaufschwunges zu erblicken hat.

Diese Ausführungen seien nun dazu verwendet, um die Bedeutung der oben gezeichneten Verteilung und Häufung der wirtschaftspolitischen Eingriffe und sonstigen Maßnahmen für den tatsächlichen Lauf der Wirtschaftspolitik abzuschätzen. Es lassen sich nämlich — so paradox dies auch klingen mag — für den „Trend“ der Wirtschaftspolitik, d. h. für ihre allgemeine Entwicklungsrichtung, Aussagen machen, ohne daß man sich mit ihrem jeweiligen konkreten Inhalt näher befaßt. Diese Feststellungen sind daher notwendigerweise allgemeiner Natur, aber es wäre nicht schwer, tagtäglich Beispiele zu finden, die die Beobachtungen stützen: *Die Wirtschaftspolitik wird in erster Linie durch die Art der technischen Vertretbarkeit und erst in zweiter Linie durch die daraus gegebene tatsächliche Vertretung der verschiedensten Interessen in ihre Bahnen gebracht.* Dies gilt auch für in sehr hohem Grade autokratisch und absolutistisch regierte Staaten, ja in solchen ist häufig zu beobachten, daß es gerade einer oder wenigen Interessentengruppen gelungen ist, in der Form der Staatsführung selbst ihren Einfluß entscheidend zur Geltung zu bringen. Im allge-

meinen hängt dies davon ab, *ob eine Organisierbarkeit der Interessen möglich ist oder nicht*. Sie fehlt praktisch vollständig bei den sogenannten „Konsumenteninteressen“, die sich nicht einmal scharf begrifflich abgrenzen lassen. Die in den verschiedensten Ländern immer wieder scheiternden Versuche städtischer Konsumentenkreise, sich z. B. gegen eine durch eine agrarisch-protektionistische Wirtschaftspolitik hervorgerufene Verteuerung der Lebenshaltung zur Wehr zu setzen, zeigt bereits das Grundsätzliche: diejenigen Interessen sind leicht durchzusetzen (den geeigneten Apparat [Verbände usw.] natürlich vorausgesetzt), die klar ausgedrückt werden können, die sich der Öffentlichkeit leicht mitteilen lassen und bei deren Verletzung *gehäufte, in die Gegenwart oder nächste Zukunft fallende Wirkungen* eintreten. Wie wir wissen, sind bei solchen Umständen die anderen, bei ungehindertem Lauf der Dinge „begünstigten“ Interessen schon erkenntnismäßig ungünstiger gelagert, sie sind in viel geringerem Maße wertakzentuiert und wegen der zeitlichen Verlagerung ist es denen, die glauben, ihre zukünftige Schädigung (z. B.) voraussehen zu können, fast immer unmöglich, ihre Leidensgefährten zu einer Aktion aufzurufen, die sich an Schlagkraft mit derjenigen ihrer in doppelter Hinsicht begünstigten Gegner messen könnte.

Da sich gezeigt hat, daß die Häufung der Wirkungen und ihre Gegenwartslagerung stets in der Linie von Eingriffen liegt, so *ergibt sich hieraus* — den herrschenden Ansichten diametral entgegengesetzt — ebenso, wie aus dem angeführten Organisationsprinzip der Interessenvertretungen, *daß beim freien Spiel der Kräfte eine zunehmende Erstarrung der Wirtschaft durch fortgesetzte schützende Eingriffe festzustellen ist*. An diesem Zustand würde selbst dann nichts geändert werden, wenn etwa zwangsweise eine Vertretung

und Koordinierung aller Interessen, z. B. in Wirtschaftskammern, Wirtschaftsräten oder ständischen Körperschaften erfolgte. Sowie ein solcher Zustand geschaffen wird, pflegt — worauf im Rahmen dieser Abhandlung nicht eingegangen werden kann — der Vorgang derart zu sein, daß jede Gruppe sich von allen anderen die fallweise Zustimmung zu Maßnahmen, die den ihren nicht entsprechen, abkaufen läßt, mag der Vorgang noch so sehr in schöne Allgemeinheiten eingekleidet sein. Diese Beobachtung kann namentlich auf handelspolitischem Gebiete gemacht werden, aber sie ist, wie die Praxis lehrt, auch für alle anderen zutreffend. Wenn also in einer solchen Körperschaft auch die Konsumenten als organisierte Gruppe vertreten wären, so würde das an dem erwähnten Prinzip nicht das mindeste ändern; ja, es ist im Gegenteil anzunehmen, daß die bloße Erwähnung des „Kaufkraftargumentes“ den anderen Gruppen die völlige Überhand sichert, denn vor nichts haben „Konsumenten“ mehr Respekt, als vor Bedrohung der Kaufkraft. Und daß solche oft genug lokal zerstört wird, wurde eben gezeigt, so unhaltbar auch sonst die Kaufkraftstheorie ist. Es bedarf daher einer höheren Instanz, soll dem Prozeß der immer weitergehenden Eingriffe — die, wie nochmals wiederholt werden mag, alle der Wirtschaftspolitik die Tendenz zur Erstarrung der Wirtschaft aufprägen —, Einhalt geboten werden. Diese Instanz kann nur in der allgemeinen Staatsführung selbst liegen, die die Ziele setzt, welche durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen angestrebt werden sollen, wogegen es sich hier schon um die Schaffung solcher Ziele und Zwecke, nicht länger bloß um die Frage der Tauglichkeit verschiedener Mittel für gegebene Zwecke handelt, sowie darum, welche Dienste die ökonomische Theorie dabei zu leisten vermag. Der Zwang, bei der Untersuchung dieser Fragen den gesteckten Rahmen zu überschreiten, ist

selbst wiederum von größter Bedeutung, denn es kommt darin eine Tatsache zum Ausdruck, die bei wirtschaftspolitischen Diskussionen fast völlig vernachlässigt worden ist, daß nämlich Wirtschaftspolitik *eo ipso* Politik im weiteren Sinne ist, d. h. daß alle wirtschaftspolitischen Eingriffe zugleich solche in das gesamte soziale Gefüge darstellen und daher noch unter wesentlich größerem Gesichtswinkel als dem der eventuellen Anwendung einer einzigen Disziplin betrachtet werden müssen. Darüber wird später noch ein Wort zu sagen sein.

FÜNFTES KAPITEL  
**DIE GEGENSEITIGEN ABHÄNGIGKEITEN  
DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN MASS-  
NAHMEN**

Die Frage, ob ein *starres, unwandelbares System* der Wirtschaftspolitik auf einer sinnvollen Anwendung der theoretischen Ökonomie beruhen könne, wurde oben verneint. Damit ist aber die weitere Frage, ob die Maßnahmen der Wirtschaftspolitik ein sinnvolles Ganzes bilden, noch nicht beantwortet. Diesem Gegenstand sind die Überlegungen dieses Abschnittes gewidmet.

Es ist zweckmäßig, zwei Arten eines solchen Gesamtzusammenhanges zu unterscheiden: einen *Sinnzusammenhang* und einen *Wirkenszusammenhang*. Zunächst sei die Bedeutung des ersteren untersucht. Im Prinzip ist von einem solchen bereits bei Erörterung der möglichen starren Systeme die Rede gewesen. Es hat sich gezeigt, daß bei ihnen ein solcher Zusammenhang besteht, da eine Sinnverbundenheit aller Maßnahmen postuliert wird. Die Erfüllung des Postulates ist nur möglich, wenn es gelingt, das Problem des „sozialen Wertmaximums“ zu lösen. Diese Aufgabe besteht nicht nur für die starren Systeme, sondern für jedes beliebige, weswegen hier nochmals darauf eingegangen werden muß. Voraussetzung eines Sinnzusammenhanges ist, daß alle Maßnahmen der Wirtschaftspolitik untereinander abgestimmt sind, derart, daß der Vorteil, der der Gruppe A gewährt wird, z. B. als ebenso groß angesehen wird, wie derjenige, den — vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt — die Gruppe B erfährt, wobei die beiden Gruppen nach Art und

Zahl sehr verschieden zusammengesetzt sein mögen. Eine solche Aussage bedeutet wissenschaftlich, daß alle Behauptungen dieser Art von einer klaren Vorstellung des „sozial Besten“ abhängen. Dieses mag im Bereiche der Werte, der Zielsetzung, möglich sein, keinesfalls handelt es sich um irgend etwas, das mit der ökonomischen Theorie zu tun hat, sich aus ihr „ableitet“ u. dgl. m. Aber auch die wertende Zielsetzung ist äußerst ungenau; die Probe dafür gibt die Unsicherheit ab, in der alle wirtschaftspolitisch tätigen Stellen sich letzten Endes stets befinden, sowie der Umstand, daß es unter keinem Regierungssystem jemals dazu gekommen wäre, wirklich eine Skala der Wertigkeit der Zwischenziele und Zwischenzwecke aufzustellen. Darin ist deswegen kein Zufall zu erblicken, weil das wirtschaftliche Geschehen dynamischer Natur ist und sich die wirtschaftspolitischen Aufgaben, was immer auch für eine Werteskala festgelegt sein möge, erst durch diese Dynamik herausbilden. Die Vielfalt des empirischen Geschehens ist so groß, daß es niemals möglich ist, vorher sämtliche allgemeinen und detaillierten Richtlinien auszuarbeiten, deren man später bedürfte. Es gibt also ebenso, wie für die ökonomische Theorie, auch quasi ein Anwendungsproblem für den Zielbereich der Wirtschaftspolitik.

Es soll damit nicht geäußert werden, daß ein sinnvoller Aufbau der wirtschaftspolitischen Zwecksetzungen möglich sei; es muß jedoch dabei sein Bewenden haben, daß er (1) sich nicht aus der ökonomischen Theorie ableitet, ferner (2) auch keinen aprioristischen Charakter trägt, sondern (3) die Gesamtheit aller möglichen oder schon bestehenden konkreten Maßnahmen (bezogen auf eine tatsächlich gegebene, empirische Volkswirtschaft) umschließt. Daraus ergibt sich, daß ein gleiches Problem der fallweisen Vervollständigung der Ziele auftritt, sobald die entsprechen-

den Änderungen in der Wirtschaft selbst vorgefallen sind. Daß die Situation dann derjenigen völlig analog ist, die bei der Anwendung der ökonomischen Theorie eintritt, braucht hier nicht weiter ausgeführt werden. Es genügt, als Ergebnis festzuhalten, daß, mag auch ein theoretisches Wertsystem gegeben sein, *empirisch-faktisch keine eindeutige Bestimmtheit des „sozialen Wertmaximums“ vorliegt*. Daher heißt es andere Möglichkeiten der Einheit der Wirtschaftspolitik zu finden. Die Erfordernisse des Tages sind zu vielgestalt und wandelbar, als daß man der lückenfüllenden Kasuistik in der Theorie und der täglichen Neugestaltung des Wertbereiches entbehren könnte. Es verbleibt noch, darauf aufmerksam zu machen, daß diese Ausführungen unter der Annahme stehen, daß die Wertgesichtspunkte, auch während der Zeit der empirisch bedingten Veränderungen und der dadurch nötig gewordenen Ausbildung der Wertesphäre keineswegs zu einer Verschiebung des Wertbereiches selbst, im Sinne einer Änderung der obersten Prinzipien, von denen sich alle anderen ableiten sollen, Anlaß gegeben hätten. Dies kann zweifellos eintreten; es ist sogar oft zu beobachten, aber es genügt, hier auf die früheren Darlegungen zu verweisen.

Will man den Abstraktionsgrad der eben entwickelten Gedankengänge verringern und an die Wirklichkeit enger anpassen, so muß festgestellt werden, daß es kaum eine einzige Volkswirtschaft gibt, für die die Wirtschaftspolitik nach einem derartig strengen Wertschema eingerichtet wäre. Vielmehr zeigt sich, daß die Wirtschaftspolitik gleichzeitig unter den verschiedensten Gesichtspunkten geführt wird, daß sie sich in ihren Motiven fortwährend ändert, daß für die einzelnen, angestrebten Zwecke sehr ungleichartige Mittel im Sinne ihrer technischen Tauglichkeit aufgewendet werden und daß die Rationalität der getroffenen Maßnahmen im Hinblick auf die angestrebten Ziele von Mal zu Mal

heftig schwankt. Es verhalten sich die Dinge in der Wirklichkeit etwa so, als ob man im Dunkeln bei flackerndem Licht mit stets wechselndem Material und nach fortwährend anderen Plänen und Ideen über einen reißenden Strom eine Brücke nach einem unbekanntem Ufer zu bauen versuchte.

Der gezeichnete Zustand ist keineswegs befriedigend. Sind die Möglichkeiten, einen Sinnzusammenhang festzustellen, sehr gering, hat vielmehr die Vermutung weitgehender (z. B. durch verschiedene, sich stets ablösende Regierungsformen geförderte) Anarchie der Maßnahmen eine gewisse Berechtigung, so bleiben immer noch Fragen offen, die um so eher wissenschaftlich erfaßt werden müssen, als sie sich der Praxis fortgesetzt stellen; es sind dies die beiden Fragen, ob es nicht doch ein Vereinheitlichungsprinzip gibt und falls ja, ob aus ihm nicht weitere abgeleitet werden können.

Die entscheidende Antwort lautet dahin, *daß es einen Systemzusammenhang im übertragenen Sinne gibt, der in der sachlichen Interdependenz aller getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen besteht*. So wie beim einzelnen Individuum alle Wirtschaftsakte untereinander verbunden sind und wie bei der Tauschwirtschaft wiederum alle Individuen miteinander verknüpft sind, und jeder Tausch- (Kauf-) Akt jeden anderen irgendwie beeinflusst, so geht auch von jeder wirtschaftspolitischen Intervention eine Wirkung auf alle anderen — ob schon bestehend oder eben erst geplant — über. Daraus erhellt sofort eine wichtige Erkenntnis: es ist etwas ganz anderes, ob eine Maßnahme gesetzt wird, wenn die Anfangsbedingungen die eines völlig freien Gleichgewichtes sind, oder wenn eingangs nur eine Tendenz zum Gleichgewicht besteht, wobei aber bereits verschiedenartige und ungleich „alte“ wirtschaftspolitische Interventionen erfolgt sind. Diese können, wie aus den bisherigen Ausführungen klar geworden sein dürfte, nicht als beliebige

„Datenänderungen“ betrachtet werden, da die durch sie geschaffenen Daten anderer Art sind, als die früher vorhandenen. Die jeweils getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen wirken sich außerdem ungleich schnell innerhalb derselben Wirtschaft aus, worauf besonders Gewicht gelegt werden muß. So ist die Forstpolitik auf viele Jahrzehnte angelegt, aber die Devalvierung der Währung z. B. ist eine Angelegenheit von wenigen Stunden und kann zum Teil alle übrigen Maßnahmen illusorisch machen, andere in ihrer Wirkung verstärken usw.

Diese Interdependenz ist das Charakteristikum aller tatsächlich gesetzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Es ist daher angängig, vom „Prinzip der *faktischen Verschmelzung der Wirtschaftspolitik*“ zu sprechen. Dies bedeutet also weder das Vorhandensein eines streng eingehaltenen Planes, noch das Gelingen einer völligen Abstimmung der einzelnen Schritte und Maßnahmen im Sinne einer Vereinheitlichung, sondern ist lediglich der Ausdruck dafür, daß eben alle wirtschaftlichen Größen und Ereignisse in strenger Weise, und in hohem Maße (wenn auch nicht durchwegs) wechselseitig, miteinander verschmelzen und so *auch ohne Absicht, ja wider Erwarten* des Handelnden miteinander verbunden sind. Man hat es also mit einem Wirkenszusammenhang zu tun. Es wäre nun die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, diesen jeweils schon gegebenen Zusammenhang bei neuen Maßnahmen in Rechnung zu stellen. Das ist eine überaus schwere, exakt jedenfalls unlösbare Aufgabe. Nehmen wir an, es sei eine Anzahl  $x$  wirtschaftspolitischer Akte in einer Volkswirtschaft ergangen; so ist es ein völlig anderes, ob der  $x + 1$ -te Akt bald oder nach geraumer Zeit erfließt, da das Ausmaß der Verschmelzung aller früheren Akte ineinander und in das Gesamtgefüge der Wirtschaftsdaten in beiden Zeitpunkten sehr verschieden

sein wird. Die Wirtschaftspolitik hätte aber diese Verschmelzung selbst wieder als neues Datum in Rechnung zu stellen. Es bedarf keines weiteren Wortes, die Schwierigkeiten noch näher zu beschreiben, obwohl sich in dieser Situation die bemerkenswertesten theoretischen und methodologischen Probleme gleich den Häuptern der Hydra erheben. Für die Praxis, um die es sich hier allein handelt, sind sie deswegen so gut wie unerheblich, weil der Genauigkeitsgrad der Wirtschaftspolitik im allgemeinen so gering ist, daß es sich einer argen Selbsttäuschung hingeben hieße, würde man an diesen irgendwelche bedeutsamen Erwartungen knüpfen.

So negativ diese Gedankengänge auch vorläufig scheinen mögen, ein wichtiges positives Ergebnis liefern sie doch, von dem aus noch eine Reihe weiterer abgeleitet werden können: Der Gesamtzusammenhang jeglicher Wirtschaftspolitik drückt sich in den Preisbewegungen und relativen Preisverschiebungen aus; es ist daher notwendig, die Wirtschaftspolitik *widerspruchsfrei* zu halten. Geschähe dies nämlich nicht, so würden sich die Wirkungen der einzelnen Maßnahmen durchkreuzen, was sich in unvorhergesehenen Preisbewegungen äußern müßte, die die Grundlagen einzelner Maßnahmen beseitigten. Hier ist nun der Angelpunkt, an dem die wissenschaftliche Kritik mit Nutzen und Aussicht auf Erfolg (auch bei breiteren Schichten der Bevölkerung) einsetzen kann. Selbst wenn zugegeben wird, daß die vielen Erschwerungen, die sich einer rationellen Wirtschaftspolitik in den Weg türmen, alle vorhanden sind, so bleibt dennoch die Möglichkeit immer bestehen, auf verschiedenen Abstraktionsstufen und — wenn die Dinge günstig liegen — für die jeweiligen konkreten Fälle, zu prüfen, ob sich Maßnahmen widersprechen oder nicht. Wenn man die Absicht hat, die Lebenskosten zu

senken, und gleichzeitig Agrarzölle einführt, wenn man die Währung intakt halten will und doch in irgendeiner Weise den Geldumlauf vermehrt, wenn man die Arbeitslosigkeit vermindern will und dabei die Hochhaltung der Löhne predigt, so wird man sein Ziel nicht erreichen. Es gibt in diesen und in tausend anderen Fällen immer nur ein entweder—oder: „*you can't have the cake and eat it*.“ Bei den angeführten Beispielen liegt die Unverträglichkeit wegen ihres handgreiflichen Charakters zutage; im allgemeinen jedoch sind die Beziehungen viel verwickelter und es bedarf oft einer wahren Spürnase, um die Widersprüche auf entlegeneren Gebieten aufzufinden. Welch weites Feld für die ökonomische Theorie!

*Das „Prinzip der Widerspruchsfreiheit der Wirtschaftspolitik“ ist das einzige wissenschaftlich-wirtschaftspolitische Prinzip, das sich ohne Fällung von Werturteilen aufstellen läßt. Ihm kommt Geltung zu, die von allem Inhalt der Maßnahmen unabhängig ist.* Dieses Prinzip gewinnt dadurch eine ganz besondere Bedeutung, daß sich aus ihm weitere Regeln ableiten lassen, die der Wirtschaftspolitik einen gewissen Halt und einigermaßen eine Richtlinie zu geben vermögen, ohne daß das Gebot der Wertfreiheit auch später verletzt werden würde. Da die eben aufgezeigte außerordentliche Schwierigkeit besteht, Wirkungen ökonomischer Maßnahmen erstens überhaupt einwandfrei festzustellen und auf bestimmte Ursachen zurückzuführen, sowie zweitens ein halbwegs verlässliches Maß derselben zu finden, so ist klar, daß die Erfüllung dieses Prinzipes keine Angelegenheit ist, die von Laien besorgt werden könnte.

<sup>1</sup> Die Aufzählung einiger solcher Widersprüche in bezug auf die Wirtschaftspolitik eines bestimmten Landes kostete vor etlichen Jahren einem international rühmlichst bekannten Nationalökonomem seine Professur.

Wenn jemals die ökonomische Wissenschaft einen Platz in der Welt erhalten soll, so ist es dieser hier. Welch großes Gebiet liegt nicht vor dem Wissenschaftler, der sein Laboratorium von Gedanken, Theorien und Erfahrungen dem Praktiker zur Verfügung hält!

Erst wer den hier gezeichneten Zusammenhang gedanklich völlig erfaßt hat, wird mit Schrecken begreifen, in welchem Zustande sich die sogenannte „Wirtschaftspolitik“ in den meisten Ländern befindet. Es dürfte kaum ein zweites Gebiet des gesellschaftlichen Daseins geben, das neben edlem Streben so sehr zum Tummelplatz brutalster und zugleich kurzsichtiger Vertretung selbstsüchtiger Interessen geworden wäre, auf dem sich Unwissenheit jeglicher Art mit solcher Dreistigkeit immer wieder breitmachen könnte. Man ginge fehl und gäbe sich romantischem Optimismus hin, würde man glauben, daß dieser Zustand sich im wesentlichen jemals dauernd und allgemein bessern werde. Die Gründe dafür liegen tief im Aufbau der Verkehrswirtschaft als solcher verankert, wovon später noch wird ein Wort gesprochen werden müssen; sie reichen außerdem bis ins Innerste der menschlichen Natur, bis dorthin, wo sie im wesentlichen unveränderlich ist.

Bisher haben wir nur formale Sätze gebildet, d. h. solche, die unabhängig sind von dem konkreten Inhalt der Wirtschaftspolitik, Sätze, die sich anwenden lassen, was für wirtschaftspolitische Ziele auch immer verfolgt werden mögen. Als wichtigstes, jedoch keineswegs überraschendes, sondern wohlthätig selbstverständliches Resultat ergab sich die „*Invarianz der ökonomischen Theorie*“ gegenüber allen denkbaren Zielsetzungen und somit die Unrichtigkeit aller derjenigen Meinungen — auf Methodensynkretismus beruhend —, die eine Identifizierung von Nationalökonomie mit Liberalismus oder Sozialismus wahr haben möchten.

Hieran ist ganz streng festzuhalten. Es handelt sich auch um einen Zustand, der sich niemals wird ändern können, der ebenso aufrecht bleibt wie die Tatsache, daß  $2 \times 2 = 4$  ist. Diese ist einfach; der Beweis dafür ist, laut der modernen Mathematik, sehr kompliziert; es ist gut, daß der Beweis für die scheinbar sehr schwierige These der wirtschaftspolitischen Invarianz der ökonomischen Theorie ganz einfach ist und — immer so bleiben wird.

In diesem Punkte der Unabhängigkeit der theoretischen Ökonomie von der tatsächlichen Ausnutzung ist völlige Übereinstimmung mit allen anderen Wissenschaften gegeben. Es liegt hier eine Situation vor, die so allgemein ist, daß es befremdet, in der Nationalökonomie noch immer darauf hinweisen zu müssen. Für die Physik ist es völlig gleichgültig, ob das Fallgesetz so oder so angewendet wird; es ändert sich gar nichts, ob die Gasgesetze für den Bau von Motoren benützt werden, die landwirtschaftliche Maschinen oder Tanks betreiben sollen. So ließe sich Beispiel an Beispiel reihen und alle Wissenschaften könnte man Revue passieren lassen, um doch immer wieder nur dasselbe zu finden. Es beruht wahrscheinlich auf einem Willensfehler, gerade für die Nationalökonomie eine Ausnahme wahrhaben zu wollen. Für die *Gültigkeit* der ökonomischen Aussagen ist es in gleicher Weise irrelevant, ob man auf ihnen aufbauend Zölle einführt oder den Freihandel proklamiert: das Gesetz von Angebot und Nachfrage ist in beiden Fällen wirksam; die Austauschverhältnisse zwischen den Ländern regeln sich immer nach den Gesetzen der komparativen Kosten.

Was nun den konkreten Gehalt der Wirtschaftspolitik anbelangt, so ist mit einer wichtigen Beobachtung anzufangen: Wie immer die praktische Situation auch geartet sein mag, ob die zu verändernde Wirtschaftslage als gut,

schlecht oder „katastrophal“ zu beurteilen ist, immer sind es im Grunde nur wenige Mittel und Methoden, die zur Anwendung vorgeschlagen und benützt werden. Faustregeln grober Art, wie Zölle, Einfuhrverbote, Höchstpreise, Betriebsverbote, Subventionen, Währungsverschlechterung, Moratorium, Streik, Aussperrung, Inflation und was dergleichen mehr ist, sind der Weisheit letzter Schluß. Auch die Art, wie die Begründungen der Entscheidung für oder gegen eine solche Maßnahme gegeben werden, ist in entsprechender Weise primitiv, bedient sich immer der gleichen Argumente. Die Entwicklung der Nationalökonomie geht fast völlig unbeachtet vor sich, nur auf dem Gebiete des Geldwesens zeigen sich Ansätze zu einer engeren Verknüpfung zwischen dem Fortschritt der Theorie und der praktischen Geld- und Währungspolitik, die allerdings nicht immer die fruchtbarste ist. Hier war es in den Jahren der Nachkriegszeit namentlich die unglückselige Idee der Stabilisierung der Preise und der Wirtschaft, die allerdings bald den verdienten Schiffbruch erlitten hat. (Nicht zu verwechseln mit der Währungsstabilisierung!) Wenn sie heute neuerlich in der Fassung auftaucht, daß nicht die Stabilisierung aller Preise, sondern „nur“ diejenige der Produktionsmittelpreise Ziel einer rationellen Wirtschaftspolitik darstelle, so zeigt ein solches Verlangen, daß die Lehren der großen Krise von 1929 bis 1932 offenbar an denen, die diese Forderung erheben, spurlos vorübergegangen sind.

Der Umstand, daß lediglich diese „Faustregeln“ Mittel der Wirtschaftspolitik werden, ist in vieler Hinsicht tröstlich. Es gibt ihrer richtige (d. h. zweckentsprechende) und falsche. Die ökonomische Theorie wird schon viel geleistet haben, wenn sie, oder besser ihre Vertreter, erreicht haben werden, daß immer nur die richtigen angewendet werden! Darüber ist hier weiter kein Wort zu verlieren. Man darf davon

überzeugt sein, daß es nur eine Frage der Technik der Darstellung, des Persönlichkeitswertes der Nationalökonomien und namentlich der Anwendung moderner Mittel der Statistik ist, die hier in einem Lande mit gebildeter Bevölkerung langsam aber sicher Wandel schaffen können. Aber auch darüber hinaus lassen sich linde Hoffnungen hegen: die bloße Tatsache, daß man über Faustregeln nicht hinauskommt, ist keineswegs Ausfluß eines unabänderlichen Prinzips, sondern legt nur Zeugnis dafür ab, daß es um das Vermögen, eine neue Situation besser als bisher zu lösen, schlecht bestellt war. Warum sollen nicht besser geschulte Menschen neue Wege finden können, indem sie eben die Leerstellen, die sich bei der Anwendung der Theorie ergeben mögen, durch neue Schlüsse rasch ausfüllen? Freilich der Realist (in solchem Falle: Skeptiker genannt) wird genug Gründe finden, dies als unwahrscheinlich hinzustellen und deren manche, die wir auch noch besprechen werden, dürften für ihn sprechen. Allein methodisch gesehen, bestehen hier keine grundsätzlichen Schwierigkeiten und die Hoffnung, daß sie überwunden werden könnten, soll niemandem geraubt werden.

Wenn es gestattet ist, eine Analogie aus der Mathematik zu verwenden, so müßte man die wirtschaftspolitische Aufgabe folgendermaßen beschreiben: Es gilt ein bestimmtes Ziel zu erreichen, z. B. Maximierung des Handelsverkehrs mit einem anderen Staat. Die ideale Lösung wäre die Einführung des völligen Freihandels, auch wenn er einseitig wäre. Praktisch ist dieser Weg aber angenommenermaßen nicht gangbar, weil er als Nebenwirkung z. B. die Vernichtung einer wichtigen Bevölkerungsgruppe brächte, die aus staatspolitischen Gründen unter allen Umständen in ihrer gegenwärtigen Lage belassen werden soll. Dieses Gebot muß daher in die Daten eingesetzt werden und bestimmt die wirt-

schaftspolitische Aufgabe inhaltlich dahingehend, daß jene Methode gefunden werden soll, die sich so eng wie irgend möglich an die ideale — theoretisch beste — Lösung anschmiegt, aber gerade noch die Existenz dieser Bevölkerungsschichten unter den verlangten Mindestbedingungen gewährleistet. Statt der kürzesten soll also die „geodätische Linie“ gefunden werden. So bezeichnet man in der Mathematik jene Linien, die die kürzeste Verbindung zweier Punkte liefern, wenn der Raum, in dem sie vorkommen, nicht mehr der Euklidische ist. Diese geodätischen Linien tragen den neuen Bedingungen Rechnung; sie gehören den Systemen der „elliptischen“, bzw. „hyperbolischen“ Geometrie an. Genau so liegen die Dinge in der Nationalökonomie, bei der die allgemeinen Sätze sozusagen in „elliptische“ oder „hyperbolische“ umgeformt werden müssen, sollen sie konkret-praktische Nutzenanwendung haben. Der Irrtum vieler hat darin bestanden, daß sie doktrinär die einfachen Beziehungen der Theorie in der Praxis wiederfinden wollten. Es ist wohl überflüssig, zu erwähnen, daß die durch diese Analogie beleuchteten Zusammenhänge zu den eingangs ausführlicher besprochenen Unterschieden der verschiedenen Abstraktionsstufen hinzutreten, keinesfalls jedoch mit ihnen zusammenfallen.

Ein Schulbeispiel für die Mißdeutungen, die die Nationalökonomie seitens der Laienwelt in dieser Hinsicht ständig erfährt, ist leicht zu finden. Man denke nur an die übliche Freihandelsdiskussion. Diese spielt sich gewöhnlich derart ab, daß den Freihändlern zugegeben wird, daß sich bei Freihandel die volkswirtschaftlichen Umsätze ganz erheblich steigern würden und eine viel bessere Versorgung der Wirtschaft mit Gütern festzustellen sein würde, aber — so geht das Argument weiter — „man könne doch nicht den Freihandel mit einem Schlage von heute auf morgen ein-

führen.“ Die Unterstellung, daß dies so rasch geschehen müsse, entsteht durch das Anhören einer Theorie, die unter den für sie günstigsten (d. h. auch: abstraktesten) Bedingungen formuliert wurde, und durch deren naive, unmittelbare Anwendung auf konkrete Verhältnisse. In dieser Anwendung liegen nun aber gerade die Probleme, die hier interessieren, was durch das Beispiel der geodätischen Linie sinnfällig gemacht werden sollte. Es ist überaus lästig, immer wieder den gleichen unsinnigen Einwendungen zu begegnen. Man zeige doch einmal, wo jener sagenhafte Freihändler ist — um bei dem angezogenen Beispiel zu bleiben —, der die Rolle des Elefanten im Porzellanladen spielen möchte, indem er sich so zu verhalten gedenkt, wie es das Publikum ihm unterschiebt!

Zu der gleichen Gruppe von Mißverständnissen gehört es, wenn gelegentlich darauf hingewiesen wird, daß jemand z. B. radikale wirtschaftspolitische Ansichten habe, diese aber immer wieder verrate, wenn er in die Lage versetzt werde, dieselben durchzusetzen. In der Tatsache, daß alle Radikalen, sobald sie auf dem Ministersessel sitzen, zahm werden, liegt eben nicht unbedingt ein „Verrat“, sondern nichts anderes beschlossen, als daß auch sie selbst ihre „Anwendungsprobleme“ für ihre Radikalismen zu lösen haben und dadurch, daß sie ihre Methoden in die anderen einbauen müssen, um vieles zurückzustecken haben. Große Reformen in der Wirtschaft können immer nur allmählich geschehen.

Es sei an dieser Stelle die Bemerkung eingeschaltet, daß der geringe Widerhall, den die ökonomische Theorie in der Öffentlichkeit zu finden pflegt, nicht zuletzt auf die Nationalökonomien selbst zurückgeht. Mehrere Umstände sind daran schuld: die Öffentlichkeit verträgt es nicht, daß ein Wissenschaftler, der über die Wirtschaft Theorien aufstellt, nicht

in engster Fühlung mit dieser Wirtschaft selbst steht, daß er oft kaum weiß, was vor sich geht; sie verträgt dies so wenig, wie ein Kranker sich von einem Arzt behandeln läßt, der selbst krank ist. „Lebensfremdheit der Theorie“ ist — wenn diese richtig ist — ein Unsinn; Lebensfremdheit der Theoretiker dagegen leider eine häufige Erscheinung und unerträglich. Mag die Diskrepanz zwischen dem theoretischen und dem praktischen Menschen noch so groß sein, in *diesem* bescheidenen Sinne muß sie überbrückt werden. Der weitere, viel gewichtigere Grund ist aber der, daß die Nationalökonomien, die gegen den Geist ihrer Wissenschaft gesündigt haben, entweder ihre Erkenntnisse unter dem Druck staatlicher Mächte oder starker Interessen immer wieder preisgegeben haben (dieser Gefahr sind namentlich alle jene ausgesetzt, die kein wirklich tiefes Wissen um die theoretischen Zusammenhänge besitzen), oder — man weiß nicht, was schlimmer ist —, daß sie die Identifizierung der Theorie mit irgendeiner beliebigen wirtschaftspolitischen Stellungnahme behaupteten. Die ökonomische Theorie hat immer nach mehreren Fronten gleichzeitig zu kämpfen, so daß dadurch mühsam gewonnenes Terrain bald da, bald dort leicht wieder verloren ging. Wenn heute die These verbreitet ist, daß die ökonomische Theorie und der wirtschaftliche — und damit letzten Endes gar politische — Liberalismus, bzw. Sozialismus irgend etwas gemein haben, so muß daraus der Theorie auf lange Zeit hinaus Schaden erwachsen, dessen Größe sich jetzt nicht ermessen läßt. Daher gibt es für den Nationalökonomien auch eine Forderung des Tages im Goetheschen Sinne, und diese lautet: die Unabhängigkeit der Theorie von wirtschaftspolitischen Systemen zu vertreten. Die Ansprüche, die damit an die methodologische Einsicht gestellt werden, sind nicht groß.

Nach diesem kleinen Exkurs wenden wir uns nun der

Frage zu, ob es nicht doch eine Lösung des noch immer bestehenden Dilemmas gibt. Dieses besteht in erster Linie darin, daß die Häufung der ungünstigen Wirkungen in der Gegenwart — beim Tun wie beim Unterlassen — und die Verteilung der Vorteile in der Zukunft, bzw. umgekehrt, zum Normalcharakter der Wirtschaftspolitik gehört, unabhängig von deren tatsächlichem Inhalt. Aus der bisherigen wirtschaftspolitischen Praxis lassen sich Lehren ziehen, die allerdings nicht den Rang von Prinzipien einnehmen, aber immerhin der größten Beachtung würdig sind. Sie stehen im Gegensatz zur populären Meinung über die Wirtschaftspolitik, die doch ohne allen Zweifel für ein Maximum von Intervention eintritt.

Der Unmöglichkeit, den wirtschaftlichen Liberalismus *logisch* aus der Wirtschaftstheorie heraus zu begründen, steht sein praktischer Vorteil gegenüber, während die Methode der individuell bestimmten Einzeleingriffe in die Wirtschaft die logisch überlegene Art der Wirtschaftspolitik ist, die allerdings mit unzähligen praktischen Schwierigkeiten und Nachteilen behaftet erscheint. Dieser große Gegensatz würde eigentlich einem richtig verstandenen Liberalismus die größeren Chancen geben. Er hat viele praktische Vorteile: Sein Prinzip, möglichst viel Freiheit in der Wirtschaft walten zu lassen, ist allgemein, auf lange Sicht abgestellt, es gibt kein Verzetteln in Einzelaktionen, und er hat von allen, jemals angewendeten wirtschaftspolitischen Methoden die größte räumliche und zeitliche Basis gehabt. Der Interventionismus dagegen sieht sich stets vor neuen Situationen, ist voller Widersprüche, gewährleistet niemals den vollen Überblick über die Zusammenhänge, findet niemals die Bestätigung in der Praxis, weil, was Beweislage sein sollte, immer nur wieder eine neue Situation darstellt. *Liberaler Wirtschaftspolitik ist daher ein Zeichen*

*der Stärke der Staatsmacht* und verträgt sich daher durchaus mit autoritärer Staatsform; Interventionismus ist dagegen Schwäche, nicht nur derer, die um Intervention flehen, sondern Schwäche auch des Staates, der sich durch Bitten und Betteln dazu erweichen läßt, Sondervorteile zu gewähren.

Da es nicht in den Bereich der Aufgaben dieser Studie gehört, zu Zielsetzungen beizutragen, möge diese Gegenüberstellung genügen und der Faden, der von hier aus in andere Bezirke des sozialen Lebens führt, sei fallen gelassen. Statt dessen wenden wir uns weiteren Problemen zu.

## SECHSTES KAPITEL

### DIE DURCH MACHT GESETZTEN GRENZEN

Das vielleicht am weitesten verbreitete Bedenken hinsichtlich der Tauglichkeit der ökonomischen Theorie für Zwecke einer rationellen Wirtschaftspolitik kommt in dem Hinweis darauf zum Ausdruck, daß alles wirtschaftliche Geschehen nur Teil eines viel umfassenderen Ablaufes sei und außerdem die Geltung der ökonomischen Gesetze durch das Phänomen der *Macht* beträchtlich eingeschränkt, wenn nicht überhaupt aufgehoben werde. Da es sich hier darum handelt, den Anwendungsbereich der Theorie abzustecken, muß dieser ernste Einwand einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

Das Problem „Macht und ökonomisches Gesetz“ ist alt in der Nationalökonomie, aber erst seit der letzten Schrift Böhm-Bawerks, die diesen Titel trägt, kann von einer streng wissenschaftlichen Formulierung dieses Gegensatzes gesprochen werden. Sein Inhalt ist der: daß die Theorie z. B. Gesetze der Verteilung des Sozialproduktes auf die mitwirkenden Faktoren aufstelle und nachweise, daß sie nach dem Maße ihrer Bedeutung für das Zustandekommen des Produktionserfolges (d. h., technisch gesprochen, nach ihrer Grenzproduktivität) entlohnt werden. Dagegen vermöge Macht verschiedener Art eine andere als diese Aufteilung zu erzwingen. Es ist wohl klar, daß hier zunächst diejenigen Fälle von „Macht“ auszuschneiden sind, die allgemein im normalen Wirtschaftsleben nicht zu verzeichnen sind, wie etwa Wegnahme des Produktionsanteiles mittels Waffengewalt, Bedrohung, Freiheitsberaubung usw. Es handelt sich

vielmehr ausschließlich um Fälle des wirtschaftlichen und sozialen Übergewichtes derart, daß z. B. die Arbeiterschaft infolge gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse höhere Löhne auf dem Markte zu erzielen vermöchte, als der Grenzproduktivität der Arbeit entspräche. Um diesen Vorteil wettzumachen, mögen die Unternehmer auch ihrerseits Verbände gründen und auf dem Arbeitsmarkt würden dadurch die Preisgesetze überhaupt aufgehoben und nur der Druck der Macht entscheide über die Höhe des Lohnes. Es ist offenbar, daß eine wissenschaftliche Behandlung des Problemes nur so lange möglich ist, als es sich um Preise und Preisbildung handelt. Gelten hier nun doch die Wirtschaftsgesetze? Oder ist der Wirtschaftspolitik eine unübersteigbare Grenze gesetzt, so daß die Vorgänge völlig irrational würden?

Zunächst ist daran festzuhalten, daß alles Wirtschaften auf die *Dauer*, und im allgemeinen auf die Wiederholbarkeit der einzelnen Wirtschaftsakte gerichtet ist (welch letzteres aber nicht unbedingt der Fall sein muß). Daher scheiden alle „Erfolge“ aus, die in sich den Keim zu späterer Schädigung dessen tragen, der den augenblicklichen Erfolg erzielt, und es verbleiben nur die Möglichkeiten, auf dem Markt dauernd geänderte Bedingungen zu setzen, dem Preise neue Grenzen vorzuzeichnen, innerhalb derer er sich bilden muß. Dies war auch die Antwort Böhm-Bawerks; er war der Ansicht, daß sich die ökonomische Macht nur darin geltend machen könne, daß es den Parteien gelänge, den Spielraum, innerhalb dessen sich der Preis festsetzen kann, zu vergrößern. Es werden also durch die Macht für die ökonomischen Gesetze neue *Grenzen* gezogen, aber immerhin Grenzen, und die ökonomische Theorie hat die Möglichkeit, sie zu bestimmen. Infolge dieser Grenzen muß sich alles so abspielen, wie die Theorie behauptet. Ist bei völlig eindeutigen Be-

dingungen, also z. B. bei freier Konkurrenz, dieser Spielraum so eng, daß er kaum ins Gewicht fällt, dann darf — *ceteris paribus* — von einer völligen Determiniertheit des betreffenden Prozesses gesprochen werden. Die Macht — die gar nicht näher definiert zu werden braucht — vermag diesen Spielraum zu vergrößern und schafft damit eine neue Zone der Indeterminiertheit, innerhalb welcher es dem Geschick der Tauschpartner, dem Zufall u. dgl. überlassen bleibt, den endgültigen Preis festzusetzen. Als fundamentaler Satz muß festgehalten werden: *Die ökonomische Macht kann an der Größe der Unbestimmtheit, die durch sie in das wirtschaftliche Geschehen getragen wird, gemessen werden.* Formal bleiben alle wirtschaftlichen Gesetze bestehen; alles was „Macht“ heißt, geht in die Daten ein, an denen die Gesetze sozusagen aufgehängt sind. Die reine Theorie kann über die so geschaffenen neuen Zustände um so weniger zusätzlich aussagen, als sie eben ihren Bedingungen in erweiterter Form entsprechen.

Die Lehre, die sich aus dem eben Gesagten für die Wirtschaftspolitik ziehen läßt, ist dahin zusammenzufassen, daß das Anwendungsproblem insofern eine Abwandlung gegenüber allen anderen einfacheren Fällen erfährt, als es notwendig wird, eine tiefgehende Kasuistik zu schaffen. Erst diese gestattet durch die dann vorzunehmende Reihung aller Machttypen nach dem Ausmaß der durch sie geschaffenen Unbestimmtheitsrelationen jeden einzelnen konkreten Fall in seiner wirtschaftspolitischen Bedeutung zu ermitteln. Zu einer solchen Kasuistik sind gegenwärtig wohl nur sehr bescheidene Ansätze vorhanden, keineswegs sind sie unter dem eben angeführten Prinzip vereinheitlicht, was um so bedauerlicher ist, als die langwierige Diskussion über diesen Gegenstand ihn kaum über den schon 1914 erkennbaren Stand hinausgebracht hat. Da aber die formale Lösung, die

wir gegeben haben, die einzig mögliche ist, und sich wissenschaftlich von nationalökonomischer Seite aus wenig mehr sagen läßt, muß möglichst bald nach dem Prinzipie verfahren werden. Nach diesen Ausführungen genügt der bloße Hinweis auf folgendes: obwohl gezeigt wurde, daß die „Macht“ ausübenden Parteien imstande sind, den Spielraum der Gesetze zu erweitern und es ihnen also möglich ist, einen größeren Teil des Sozialproduktes in ihre Hände zu bekommen als vorher, ist noch nicht gesagt, daß sie damit ihren eigentlichen Zweck völlig erreicht haben. Dieser muß überhaupt dahin verstanden werden, daß die Tauschparteien *mehr* erhalten wollen, nicht aber, daß sie die Geltung der Wirtschaftsgesetze aufzuheben beabsichtigen. Ob diese vorher und nachher gelten, ist ihnen völlig gleichgültig, sie interessiert nur der Erfolg ihrer Aktion.

Im allgemeinen würde man erwarten, daß Macht den Spielraum der Gesetze einengt, anstatt ihn zu erweitern. Dies ist in gewissem Sinne auch richtig; wenn hier von einer Erweiterung gesprochen wurde, so ist eben dadurch eine *Verminderung* des Wertes des betreffenden Gesetzes insofern aufgezeigt, als die Aussagen mehr Ausnahmen als bisher zulassen. Müßte ein beliebiger Preis, z. B. zwischen 6·50 und 6·75 liegen, so ist jetzt die Zone (z. B.): 6·50 bis 7·50, also breiter, also mehr Indeterminiertheit.

Bei dieser Gelegenheit ist auf den pikanten Umstand hinzuweisen, daß die Öffentlichkeit, die gemeinhin darin schwelgt, die Existenz irgendwelcher ökonomischen Gesetze überhaupt zu leugnen, sich gerade bei Machteingriffen auf deren Existenz beruft. Die Grenzen der Macht ihrerseits liegen aber namentlich im Bereiche der Zeit; auch die schärfsten Waffen werden schartig und die größten Worte schal. Es müßte den obigen Bemerkungen eine Theorie des Zeitmomentes nachgeschickt werden, die darzustellen hätte, wie

allen Machteingriffen die Zeit insofern entgegen arbeitet, als sie eben Anpassungen hervorruft, die die relative Position des Machtfaktors allmählich, oft sehr langsam, schwächen (z. B. Entstehung von Substituten für Monopolgüter; Einführung arbeitsparender Methoden und Maschinen gegen Überhöhung der Löhne usw.).

Der Machtträger — dies gilt alles auch für den Wirtschaftspolitiker — ist natürlich theoretisch imstande, auch die *Dauer* seines Erfolges abzuschätzen und wenn er überhaupt so weit vorausschaut, wird er trachten, seinen Ertrag über den größtmöglichen Zeitraum zu maximalisieren. Meist sind aber die veranschlagten Zeitabschnitte so klein, daß es eben gerechtfertigt scheint, augenblicklichen Erfolg und spätere Wirkung gesondert zu behandeln. Ein Schulbeispiel hierfür ist zweifellos die Lohnpolitik der Gewerkschaften, die nicht berücksichtigt hat, daß die Überhöhung der Löhne, gleichbedeutend mit Erhöhung des Anteiles der *in Beschäftigung bleibenden* Arbeiter, keineswegs den Anteil der Gesamtgruppe (also einschließlich der wegen Überhöhung arbeitslos gewordenen Arbeiter der betreffenden Industrie) steigern oder gleichhalten muß. In diesem Sinne ist der oben formulierte Satz zu verstehen, daß die fürs erste „erfolgreiche“ Geltendmachung der „Macht“ als solcher noch nicht die Gewähr dafür gibt, daß der Machtträger sein Ziel erreicht, so paradox dies vielleicht auch klingen mag.

Bei dieser Gelegenheit mag darauf verwiesen werden, daß es noch ein weiteres Maß gibt, mit dem der gegenüber der freien Wirkung der Grenzproduktivität bei allgemeiner Konkurrenz übersteigerte Anteil am Sozialprodukt, den einzelne Gruppen genießen, bezeichnet werden kann: Einer Aufhebung von Privilegien aller Art, von Subventionen angefangen bis zum Koalitionsrecht, wird ein sehr ungleicher Widerstand entgegengebracht. *Die Größe dieses Widerstandes ist*

*ein untrügliches Zeichen für das durch Macht und Privileg gesicherte Übermaß.* Eine lockende Aufgabe läge darin, diesen Gedanken auf Fragen der heutigen Zeit anzuwenden, doch würde dies im Augenblick vom gegenständlichen Rahmen abführen.

Die Tatsache, daß es ökonomische Macht gibt, wird durch die Erkenntnis abgeschwächt, daß ihr streng faßbare Grenzen gezogen sind. Daher ist aus dieser Erscheinung das Argument von der Nutzlosigkeit der ökonomischen Theorie für die Wirtschaftspolitik nicht haltbar. Es steht vielmehr im Gegenteil fest, daß gerade in solchen Fällen das Bedürfnis nach Feststellung des Spielraumes der ökonomischen Gesetze noch viel intensiver ist, als unter den Bedingungen, wo Macht nicht zur Geltung kommt. Daher bleiben die Untersuchungen, die unter Vernachlässigung des Machtmomentes geführt werden, auch unter Einrechnung der Einschränkungen für den Zustand seiner Herrschaft gültig. Nur mit einem Worte sei darauf hingewiesen, daß sich der Forderung nach Einbeziehung der Machtfaktoren in die Erklärung des Wirtschaftsablaufes lediglich in der eben ange deuteten Weise ein Sinn abgewinnen läßt. Wenn aber die Wirtschaftstheorie unter den neuen Bedingungen nicht imstande sein sollte, alle Abläufe bis in die Einzelheiten zu erklären und zu verfolgen, dann auch niemand anderer. Diese Erkenntnis ist von größter, namentlich praktischer Tragweite, wie noch im weiteren Verlaufe der Untersuchung erhellen wird.

Das Bewußtsein, ein Problem formal gelöst zu haben, darf nicht dazu verleiten, die verbleibenden sachlichen Schwierigkeiten allzugerings einzuschätzen. Es muß nämlich neuerdings hervorgehoben werden, daß es nicht nur einen Gesamtzusammenhang aller wirtschaftspolitischen Eingriffe untereinander gibt, wie im vorigen Kapitel dargelegt wurde, son-

dern daß außerdem jeder wirtschaftliche Eingriff zugleich einen solchen in den gesamten sozialen Körper und das soziale Machtgefüge darstellt. Als für unsere Zwecke gleichgültig, kann die Frage ausgeschieden werden, wie es um die Dependenz der wirtschaftlichen und der restlichen sozialen Eingriffe steht; sie hat in diesem Rahmen überhaupt keinen rechten Sinn. Diese Wirkensinterdependenz — denn um eine solche handelt es sich in erster Linie — gibt der Wirtschaftspolitik einen neuen Grad von Unsicherheit, da das bescheidene *ceteris paribus*, mit dem sie doch rechnen muß, von einer Seite her gestört werden kann, die von den eigenen Maßnahmen zwar insofern nicht unabhängig ist, als es sich um Rückwirkungen handeln mag, die aber lediglich für eine gewisse Zeit durch ein anderes — nicht der Kontrolle und kaum der Beobachtung unterliegendes — Medium passieren mußten. Als Beispiel diene die Verschlechterung des Bildungsstandes einer Bevölkerung infolge geänderter Finanzpolitik (z. B. Einschränkung des Lehrbetriebes aus Sparsamkeit), was zu einer Verminderung der Arbeitsleistung führen kann; letzteres ist einer der Schäden, die die Wirtschaft erleidet, weil sie im früheren Zeitpunkt nicht willens war, die höhere Steuer fortzuzahlen. Solche Fälle lassen sich unzählige finden; bei den wenigsten ist jedoch der Zusammenhang der beiden getrennten Gebiete so offensichtlich, wie hier.

Jeder Eingriff in das Wirtschaftsleben ist, wie gezeigt, auch ein solcher in das gesamte übrige soziale Geschehen und umgekehrt. Bei allen bisherigen Untersuchungen über den Interventionismus ist dieser Gesichtspunkt entweder ganz vernachlässigt worden, oder hat nur ungenügende Berücksichtigung gefunden. Im allgemeinen wird die Wirtschaftspolitik nur bei sehr wenigen Maßnahmen imstande sein, auf ihre Ausstrahlungen über den Wirtschaftsbereich

hinaus Rücksicht zu nehmen, da es sich bei diesen überwiegend um ganz langfristige Erscheinungen handelt. Außerdem kommt hinzu, daß die kleineren Zusammenhänge überhaupt nicht sofort feststellbar sind und sich schon darum der Einrechnung entziehen.

Die Untersuchung des in keiner Hinsicht überraschenden Zusammenhanges zwischen den Eingriffen rein wirtschaftlicher und allgemein sozialer Natur, soll an dieser Stelle nicht aufgenommen werden. Es genügt, Kenntnis von der Existenz dieses Zusammenhanges zu haben; ein bloßes Wissen um manche Dinge schafft oft schon die Vorsicht, die geboten ist, um nicht höhere Interessen zu verletzen. Im übrigen hieße es wohl allzu optimistisch sein, wollte man erwarten, daß die Wirtschaftspolitik in der nächsten Zeit schon mit solcher Vollkommenheit — was die Berücksichtigung der Lehren der Wissenschaft anbelangt — geführt werde, daß die Erörterung weiterer Feinheiten derzeit überhaupt eine praktische Bedeutung haben könnte.

Es ist nunmehr nötig, dazu überzugehen, die immanenten Schwierigkeiten zu untersuchen, die für die Wirtschaftspolitik, im Sinne der Anwendung der ökonomischen Theorie, durch die Wirtschaftsverfassung, die Wirtschaftsorganisation und die Art der Vertretung und Geltendmachung der wirtschaftlichen Interessen gegeben sind.

## SIEBENTES KAPITEL

### IMMANENTE SCHWIERIGKEITEN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Zu den wichtigsten Merkmalen der Wirtschaftspolitik gehört vor allem die Feststellung, daß die Entwicklung, die in der Wirtschaftspolitik, wo und wann immer sie eingeleitet wird, vom Inhalt ganz abgesehen, unverkennbar hervortritt, im wesentlichen zu einem Ausbau interventionistischer Pläne und Maßnahmen tendiert. Die Ursache hierfür kann man in der Wirtschaftsideologie, im Wirtschaftsgeist u. dgl. m. suchen. Es ist auch nicht zu bezweifeln, daß es solche Kräfte gibt und sie sich stark geltend machen können. Die Leute wollen gewisse Dinge zu Zeiten einfach nicht, oder sie wollen — noch weitergehend — nicht einmal die Tatsachen zur Kenntnis nehmen. Trotzdem ist es nicht zweckmäßig, hier diese Tatbestände heranzuziehen, nicht, weil ihre Bedeutung geleugnet werden soll, sondern weil sie wandelbar sind und es außerdem nötig wäre, in metaökonomische Gebiete überzugreifen, was im allgemeinen so lange nicht ratsam ist, als es im Bereiche des Ökonomischen selbst noch viel zu dem Gegenstand beizutragen gibt. So verhalten sich die Dinge im gegenwärtigen Falle. In der Wirtschaftsorganisation selbst liegen so zahlreiche Elemente, die die Wirtschaftspolitik immer wieder in die gleichen Bahnen drängen, daß es für die meisten Fälle genügen dürfte, wenn man diese Elemente erkannt hat.

Zu beginnen ist mit der Tatsache, daß ökonomische Erkenntnisse nur sehr engen Kreisen vertraut sind. Kaum eine zweite Wissenschaft — die mathematische Physik mit eingeschlossen! — ist so esoterisch, so ausschließend, wie die

ökonomische Theorie. Das hat seine guten Gründe, die es nun etwas näher zu beleuchten gilt.

Im Unterschied zu den Naturwissenschaften weist die Nationalökonomie keine Konstanten auf, keine „Materialzahlen“, keine festen Beziehungen usw., sondern beruht ausschließlich auf der Feststellung *verhältnismäßiger* Verschiebungen, die selbst wieder nur zu anderen Relationen begriffen und ausgedrückt werden können. Das Denken in relationslogischen Begriffen gehört zweifellos zu den schwierigsten Aufgaben, denen sich der menschliche Geist gegenüber sieht. Wenn nun eine Wissenschaft in erster Linie auf solcher Denkweise beruht, so ist es klar, daß eine Popularisierung nicht leicht gelingt. Mehr noch: auch die Weitergabe der wissenschaftlichen Lehren von Generation zu Generation innerhalb des engen Bereiches derer, die diese Wissenschaft ernstlich betreiben, ist schwieriger als anderswo. Es ist schier unvermeidlich, daß die heranwachsende junge Generation nicht alle die Fehler wiederdenken müßte, die auf ökonomischem Gebiete gemacht wurden; denn sonst wäre es unerklärlich, wieso immer wieder, oft in gar nicht großen Abständen, Arbeiten erscheinen könnten, die alte Irrtümer in irgendeiner neuen Verbrämung enthalten und doch einen neuen Beitrag zur Erkenntnis darstellen sollen. Jeder einzelne Nationalökonom muß für sich persönlich immer wieder von vorn anfangen, er kann sich auf keine „Ergebnisse“ in der angenehmen Art verlassen, wie etwa ein Naturwissenschaftler. Das ist zeitraubend, ist mühsam und erklärt, warum man gegen (namentlich: junge!) Nationalökonomien, die Patentlösungen anbieten, stärkstes Mißtrauen hegen muß. Was hier im kleinen das Schicksal des einzelnen ist, wiederholt sich im großen als Schicksal der Nationen, wenn auch nur im vielleicht bescheidenen Gebiete der Wirtschaftspolitik.

Noch schwieriger als die Weitergabe der ökonomischen Erkenntnisse von Generation zu Generation ist die Übermittlung wirtschaftspolitischer Erfahrung. Wenn es auch selbstverständlich ist, daß die Generationen nicht in scharfen Stufen aufeinanderfolgen, sondern eine Art „Synchronisierung“ von jung und alt gegeben ist, so gilt das in erster Linie doch nur physiologisch. Intellektuell pflegen die Cäsuren viel größer zu sein. Das ist die Erklärung dafür, daß immer wieder mit rührender Beharrlichkeit die gleichen wirtschaftspolitischen Dummheiten gemacht und mit Nachdruck vertreten werden. Die Mißerfolge einer Inflation bleiben nur kurze Zeit im Gedächtnis haften; einige Jahre später beginnt man im gleichen Lande eine neue und sieht in ihr der Weisheit letzten Schluß. Einmal bricht bereits ein System der Devisenbewirtschaftung zusammen; zehn Jahre nachher das gleiche Spiel; dabei haben vor vielen Jahren internationale Konferenzen klar und deutlich die völlige Zwecklosigkeit dieser Art von Geldpolitik nachgewiesen. Zölle halten Wirtschaftskrisen nicht fern, sondern vertiefen ihre Ausmaße: Übersteigerungen der Zölle in Form von Kontingenten und Einfuhrverboten sollen gegen die verstärkte Krise immer wieder das Heilmittel abgeben. Nervöses Hin- und Herspringen von sich meist widersprechenden Maßnahmen ist ein dauerndes Kennzeichen eines angeblich zur Potenz rationalen Verhaltens. Man sieht daraus, daß es sich nicht nur um die Weiterbildung der Theorie handelt, wobei die Voraussetzung die ist, daß sie in ihrer jeweiligen Form tatsächlich bekannt ist; sondern hier zeigt sich, daß diese Weiterbildung eine Aufgabe ist, der nur in seltenen Fällen nähergetreten werden kann. Diese immanenten Schwierigkeiten der Wirtschaftspolitik wird nur richtig einschätzen, wer sich einmal lange Zeit hindurch die Mühe genommen hat, die wirtschaftspolitische Ideologie führender Kreise der

verschiedensten Lager und Länder von der Nähe aus mit Hingebung zu studieren.

Die Wiederholung aller Fehler in mehr oder minder großen Abständen — wobei „Fehler“ die Untauglichkeit des Mittels für gegebene Ziele *unter Einschluß aller Nebenwirkungen* bedeutet — kann jedoch insofern einmal ihre guten Seiten haben, als man daraus lernen könnte. Es wäre nämlich denkbar, daß künftig ein „Katechismus der Faustregeln“ angelegt wird, deren ständige Anwendung, wie schon beschrieben, zu den hauptsächlichsten Kennzeichen des tatsächlichen Betriebes der Wirtschaftspolitik gehört. Der Grund für die Permanenz dieser Faustregeln liegt nicht nur darin, daß es eben schwierig ist, Wirtschaftspolitik zu treiben, sondern liegt auch in der Struktur der Interessenvertretungen in der Wirtschaft, die sogar in hohem Maße unabhängig ist von der Staatsform. Es handelt sich nicht nur darum, daß, wie schon einmal bemerkt, z. B. Konsumenteninteressen immer — unter welcher äußeren Form dies auch geschehen mag — mit viel weniger Nachdruck und Erfolg zur Geltung gebracht werden können, als etwa Produzenteninteressen. Die Organisierbarkeit der verschiedenen Interessen ist eben immer ungleich und wird immer, gleichgültig in welchen Rahmen sie gesetzt werden — Reichswirtschaftsrat, Ständehaus od. dgl. — verschieden bleiben. Nach Maßgabe dieser Unterschiede der Organisierbarkeit wird sich in dem tatsächlichen Gang der Wirtschaftspolitik in allen Ländern eine Art „Trend“ erkennen lassen, oder zumindest ein Übergewicht herausstellen, das der Wirtschaftspolitik einen ganz bestimmten Stempel aufdrückt und von der Staatsform weitgehend unabhängig ist.

So verhält es sich in der Tat. Der Umstand, daß sich gewisse Interessen stets mit Nachdruck vertreten lassen, schafft eine Überlieferung, bildet Routiniers heraus, die den

zufälligen Partnern, mit denen sie es zu tun haben (z. B. Parlamentariern) an Geschick, Kenntnissen, Überredungsgabe usw. meist weit überlegen sind. Politiker sind diesen Männern gegenüber oft völlig ausgeliefert, sicherlich dann, wenn sie Neulinge sind, wie man sie in der Nachkriegszeit in Massen beobachten konnte. Der Trend der Wirtschaftspolitik, der sich auf diese Weise bildet, liegt zweifellos in der Richtung zu stärkerer Bevorzugung aller jener Interessen, die in sich ein Organisationsprinzip tragen. An erster Stelle rangieren die Ur-Industrien und ganz allgemein die Industriezweige, die der Erzeugung von Produktionsmitteln dienen.

Es ist nicht schwer, sich hierauf den Reim zu machen; denn es ergibt sich ohne weiteres, daß wegen des bloßen Umstandes, daß Interessen überhaupt vertreten werden, die Wirtschaftspolitik eben stets einen hochgradig „interventionistischen“ Zug aufweisen wird. Welch näheren Inhaltes: das bestimmen Bauart des Staates und ferner so viele konkrete Umstände, daß hier nicht weiter darauf eingegangen sei. Alle Bestrebungen sind immer darauf gerichtet, der vertretenen Gruppe einen möglichst hohen Teil am Sozialprodukt zu sichern. Der bloße Umstand, daß sich Organisationen bilden, legt die Vermutung nahe, daß der normale Mechanismus, durch den die Verteilung besorgt wird, eben einen geringeren Anteil abfallen ließe, und der mittels der Vertretung erhaltene größer sein muß. Es ist gewiß nicht gleichgültig, ob die Organisationen von Staats wegen geschaffen wurden, oder ob sie ins Leben traten, weil vorher andere entstanden sind, die anderen Gruppen Übermacht gesichert haben. Von der Staatsverfassung und daher den Ideen, die den Staat beherrschen, hängt im wesentlichen alles ab. Es ist klar, daß in einem demokratischen Staat mit stark sozialistischem Einschlag die Rolle der Arbeiterschaft eine

andere ist, als in einem solchen, in dem z. B. auf Grund rein politischer Machtverteilung Agrarier tonangebend sind. Dies sind nur noch Gemeinplätze; aber trotzdem kann aus ihnen insgesamt eine wichtige Lehre abgeleitet werden, die im Kapitel X kurz entwickelt werden soll.

So viele immanente Hemmnisse der Anwendung der ökonomischen Theorie auf die Wirtschaftspolitik auch entgegenstehen mögen, es bleibt doch ein Spielraum für sie, der ganz beträchtlich größer ist, als derjenige, dessen sie sich jetzt erfreut und der durch Tatkraft ihrer Vertreter noch erheblich vergrößert werden kann. Das öffentliche Handeln kann nämlich viel stärker kontrolliert werden, als es heute tatsächlich geschieht. Dabei ist nicht etwa an die Kontrollen zu denken, die der Staat zur Zeit ausübt, indem er z. B. Kommissäre in die Notenbank oder sonstige Unternehmen entsendet, oder gar an Planwirtschaft, sondern an die ständige, nie erlahmende Überprüfung der wirtschaftlichen Lage und des Einflusses, den die Wirtschaftspolitik darauf ausübt. Da — wie wir gesehen haben — auch eine hochgebildete Wirtschaftspolitik selten über die Anwendung jener Maßnahmen hinauskommt, die wir als Faustregeln bezeichnet haben, ergibt sich, daß die Situationen, auf die sie passen sollen, als identisch oder zumindest analog angesprochen werden müssen. Hier liegt nun die erste Aufgabe vor: die Übereinstimmung oder Verschiedenheit dieser Ausgangssituation kann von der Wissenschaft mit viel größerer Genauigkeit ermittelt werden, als von irgendeiner anderen Stelle. Die modernen Methoden der Statistik, die sich namentlich im Bereiche der Konjunkturforschung herausgebildet haben, führen einen guten Teil des Weges. Es hat also früher schon Kreditausweitungen gegeben, es sind schon vor Jahren Einfuhrverbote erlassen und wieder aufgehoben, Zölle erhöht und wieder beseitigt worden usw., so daß es

ohne weiteres möglich ist, *ex post* festzustellen — auch wenn die Ergebnisse nicht mehr der lebendigen Erinnerung angehören oder mit anderen Dingen und Ereignissen vermischt werden — welcher Art die Wirkungen waren und ob sie mit der *ursprünglichen Absicht* in Einklang standen.

Es ist seltsam, daß das Gedächtnis der Wirtschaftler meist so schwach ist, daß selbst innerhalb kürzester Zeiträume, etwa für 1 bis 2 Jahre, vergessen wird, welche Versprechungen mit dem Erlaß gewisser Maßnahmen verknüpft wurden und welche Wirkungen tatsächlich eingetreten sind. Als typisch muß dafür die Devisenbewirtschaftung angesehen werden, die *expressis verbis* eingeführt wurde, um den Wert der Währung *al pari* zu halten; kaum zwei Jahre später verkünden die gleichen Stellen, daß es gelungen sei, sie abzuschütteln, während die ausländischen Wechselkurse z. B. um etliche Prozente gestiegen sind. Die Freude über die Beseitigung einer lästigen, selbst auferlegten Fessel, die den ganzen Verkehr in Bande geschlagen hat, läßt jede Erinnerung an die Ausgangssituation verschwinden, so daß die gesamte Periode, einem fernstehenden Beobachter, als eine Zeit völliger Willkür und Anarchie erscheinen muß. Dabei enthält sie keine außergewöhnlichen Merkmale, sondern es treten lediglich, wegen der größeren quantitativen Bedeutung der Vorgänge, alle die *typischen* Beziehungen stärker in Erscheinung, die immer feststellbar sind. Und niemand ist da, der diese verantwortlichen Stellen wirklich ins Bild setzte, niemand, der ihnen die Sachlage vorhielte und einen Spiegel errichtete, in dem sich die Gegenwart ausnahmsweise nicht fratzenhaft verzerrt.

Alfred Marshall hat bereits vor vielen Jahrzehnten mit großer Festigkeit auf die hier angeführte Erweiterungsmöglichkeit der Rolle der Nationalökonomie hingewiesen,

ohne diesen Gedanken aber fortzuspinnen. In den letzten zehn Jahren hätte dieser Hinweis verstärktes Echo finden müssen, aber anstatt aus der Freudigkeit der jetzigen Generation die Wirtschaftsstatistik auszubauen, dauernden Nutzen zu ziehen, haben sich die Nationalökonomien auf Übertreibungen eingelassen und sich auf das gefährliche Gebiet der Wirtschaftsprognosen begeben. Ich selbst war vielleicht einer der ersten, der zu den ganz wenigen gehörte, die sich mit aller Schärfe gegen diesen Mißbrauch der Wissenschaft gewendet haben, ich habe statt dessen mit Nachdruck die Forderung nach maximaler Publizität erhoben, in der Absicht, dadurch den Grad der Rationalität im Verhalten der einzelnen zu verbessern und mit dem Gedanken, das sich allmählich ansammelnde Material als Grundstock eines wissenschaftlichen Laboratoriums der Wirtschaftspolitik verwenden zu können. An dieser Situation hat sich nichts geändert und die Forderung bleibt mit allen damals gegebenen Begründungen aufrecht; nur gehört die Wirtschaftsprognose in das Gebiet der Pathologie der Wirtschaftspolitik, weswegen erst im nächsten Kapitel diesem Gegenstand einige Worte gewidmet sein mögen.

Es ist klar, daß eine in diesem Sinne ausgeübte stärkere Kontrolle der Wirtschaftspolitik für diese eine gewisse Verlangsamung und Behinderung bedeutet. Dies ist aber in gar keinem Falle ein Nachteil, weil es sich oben gezeigt hat, daß wegen der außerordentlichen Unübersichtlichkeit der Wirtschaftspolitik die größere Chance, das Richtige zu treffen, dann gegeben ist, wenn nichts getan wird, und weil sich ferner ergibt, daß der Zeitverlust, der durch etwas genaueres Nachdenken eintreten mag, sich nur in sehr seltenen Fällen ungünstig geltend machen wird. Die Wahrscheinlichkeit, bei raschem Handeln einen Fehler zu machen, ist viel größer

als die, bei einer sofortigen Wahl eine Maßnahme zu ergreifen, die man bei etwas längerer Überlegung als dem gesteckten Ziele wirklich angemessen, getroffen hätte. Dies beruht schon einmal darauf, daß es immer zuerst festzustellen heißt, wie denn die tatsächliche Lage, von der man ausgeht, beschaffen ist. So einfach dies auch zu sein scheint, so ist es in Wirklichkeit eine äußerst komplizierte Aufgabe, wovon die Arbeiten der Institute für Konjunkturforschung — die übrigens aus rein technischen Gründen nie bis auf den letzten Tag heraufgeführt werden können — unterrichten. Es sei nur noch hinzugefügt, daß die Erfassung der jeweiligen Lage mit den Mitteln der Statistik allein gar nicht gelingen kann, weil eben das gesamte ökonomische Geschehen statistisch nicht abbildbar ist, aber bei wirtschaftspolitischen Handlungen auf alle wirkenden Kräfte Rücksicht genommen werden muß, einschließlich jener, die nicht mehr als „wirtschaftliche“ bezeichnet werden können.

Von den immanenten Schwierigkeiten der Wirtschaftspolitik wurden in diesem Kapitel nur diejenigen herausgehoben, die in der menschlichen Natur wurzeln und demzufolge auch allen gesellschaftlichen Organisationen anhaften, sich in diesen widerspiegeln. Sie sind in Anbetracht mancher anderer erkenntnismäßiger Hindernisse theoretisch nicht sehr erheblich; desto mehr wirken sie sich praktisch aus, da die übrigen Hindernisse erst zur Geltung kommen können, bis man überhaupt in ihre Nähe gelangt ist. Hier aber hat sich eben gezeigt, daß noch *ehe* die wissenschaftliche Behandlung der Wirtschaftspolitik überhaupt einsetzen kann, bereits Kräfte am Werke sind — die sich stets mächtig erneuern, und immer wieder in die gleiche verhängnisvolle Richtung drängen —, deren Ergebnis es ist, daß die praktische Rolle der ökonomischen Wissenschaft immer wieder beeinträchtigt wird. Zur dauernden Änderung dieses Zustan-

des etwas beizutragen, liegt völlig außerhalb des Vermögens der Wissenschaft und ihrer Vertreter. Dagegen steht es in ihrem Bereiche, auch ohne Auftrag oder Beamtung die kalte Prüfung des Verhältnisses von Versprechungen, die mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen verbunden wurden, zu den tatsächlichen Erfolgen vorzunehmen. Kein größerer Dienst kann der Wirtschaft erwiesen werden, der so leicht zu vollbringen wäre und von dem die Praxis wie die Theorie gleichmäßig Nutzen hätten, als dieser. Es ist klar, daß dies der Angelpunkt ist, an dem eingesetzt werden muß, um der Demagogie in der Wirtschaftspolitik das Wasser abzugraben und allen jenen, die sich unter Vorspiegelung, es handle sich um das Gemeinwohl, vorübergehende oder dauernde Sondervorteile verschaffen wollen, langsam den Wind aus den Segeln zu nehmen und sie zu entlarven.

Aufgabe der Allgemeinheit ist es dagegen, die Wirtschaftspolitiker, die für bestimmte Projekte eintreten, zu *zwingen*, zumindest historische Beweise für die Richtigkeit ihrer Ideen in früheren Zeiten zu liefern. Solche historische Beweise zu geben, müssen sie imstande sein, denn woher wenn nicht aus der „Praxis“ oder dem logischen Denken darüber sollten sie sonst ihre Kenntnisse haben? Diese Beweise müßten sodann völlig unbeteiligten Wissenschaftlern, die großes Vertrauen genießen, zur Prüfung und Stellungnahme unterbreitet werden. Einer solchen Forderung seitens der Allgemeinheit müssen die Wirtschaftspolitiker und Interessenten eigentlich ohne Widerstreben Folge leisten, da das Begehren fair ist und außerdem an die Vorbildung der betreffenden Männer nur jene Ansprüche stellt, denen zu genügen sie selbst vorgeben müssen, denn sonst könnten sie wohl nicht den Versuch machen, wirtschaftspolitische Ideen durchsetzen zu wollen. So zumindest will es die gutwillige Interpretation. Die Aufgabe, die ihnen so gestellt würde, ist auch

deswegen nicht allzu schwierig, weil sie im allgemeinen, wie wir gesehen haben, doch immer nur wieder die gleichen alten Faustregeln anwenden und dann, wenn es sich um neuartige Maßnahmen handelt, diese immer leicht auf eine Formel gebracht werden können, die ein in bisherigen Methoden enthaltenes Prinzip verkörpern.

Zu den wichtigsten Aufgaben einer solchen Kontrolle gehört auch das Entlarven wirtschaftspolitischer Schlagworte, worauf hier nur kurz hingewiesen werden soll. Diese Auflösung der Schlagworte zeigt zugleich, wie außerordentlich verwickelt die wirtschaftspolitischen Probleme sind. Die zweckmäßigste Methode besteht in möglichst vollständiger Erfassung aller Vorbedingungen und Nebenvoraussetzungen, wobei besonderes Gewicht auf die wirkenden Kräfte, die ohnehin die betreffende Wirtschaft in Gang halten, zu legen ist. Wenn diese Bedingungen mit allem jenen Detail erfüllt sind, das der jeweiligen historisch-konkreten Situation, auf die das Schlagwort angewendet wird, entspricht, so wird sich die Mannigfaltigkeit der Möglichkeiten geltend machen. Erst wenn man imstande ist, in diese Tabelle der Annahmen und denkbaren Wirkungen quantitative Bestimmungsstücke einzuführen, erst dann ist eine Beurteilung zulässig. Dieses Verfahren beseitigt die Übereinfachung der Argumentation, die in der Wirtschaftspolitik meist eine Gefahr darstellt und bringt alle bloßen Schlagworte zur Strecke, da sich für diese niemals eine solche widerspruchsfreie Tabelle aufstellen läßt.

## ACHTES KAPITEL

### DIE BESONDERHEITEN DER KONJUNKTUR- POLITIK

So verwickelt die Dinge im Verlaufe der Untersuchung auch geworden sein mögen, so überwog bisher doch eine einfache Grundannahme, die nunmehr fallen gelassen werden muß: es ist nicht länger von einem „Gleichgewicht“ als Anfangszustand auszugehen und es darf nicht mehr vorausgesetzt werden, daß die Isolierbarkeit der betreffenden wirtschaftspolitischen Aufgaben so weit geht, daß von den Bewegungen des *gesamten* ökonomischen Systems, den „Lageveränderungen“ der Wirtschaft, abgesehen werden kann. Vielmehr sind es diese Bewegungen selbst, auf die sich das Interesse der Wirtschaftspolitik häufig in erster Linie richtet. Sie stellen sich als die Aufeinanderfolge der Konjunkturen und daher als der Aufgabenbereich der Konjunkturtheorie dar. Es ist auch in weiteren Kreisen bekannt, daß die Konjunkturforschung erst in den letzten Jahren einen mächtigen Auftrieb erfahren hat und daß auf diesem Gebiete zweifellos einige Fortschritte erzielt worden sind, obwohl es mit der Anwendung dieser neuen Einsichten noch nicht sehr gut steht. Daher ist es geboten, einige Worte über die Konjunkturtheorie vorzuschicken, die zugleich die am Anfang gemachten Aussagen über die Rolle und den Fortschritt der allgemeinen ökonomischen Theorie ergänzen sollen.

Die Konjunkturtheorie gehört ganz an das Ende der Nationalökonomie. Dies ist eine Erkenntnis, die Böhm-Bawerk knapp aber treffend formuliert hat. Sie besagt, daß die Konjunkturtheorie alle anderen Lehren in sich zu fassen hat,

deren Quintessenz sie im Hinblick auf die Bewegungserscheinungen darstellt. Je vollkommener diese Lehren sind, desto vollkommener kann auch sie sein. Ergeben sich bei den anderen erhebliche Änderungen, gewinnt man neue Einsichten, so wird sie davon berührt werden. Keinen Zweig der Nationalökonomie wird es geben, der so sehr ständiger Umwandlung unterworfen ist, wie die Konjunkturtheorie. Nirgends, allerdings, könnten sich so entscheidende Fortschritte erzielen lassen wie hier, da eben auf der Arbeit ungezählter Forscher als einer Vorarbeit aufgebaut werden muß. Daß alle im System vorangehenden Theorien für die Konjunkturtheorie relevant werden, ist ferner eine Illustration dafür, daß die Konjunkturerscheinung allgemeinsten Art ist, und daß daher auch der Verwendung der Methode des teilweisen Gleichgewichtes gewichtige Hindernisse im Wege stehen. Konjunkturtheorie wäre im Prinzip an die Methode des allgemeinen Gleichgewichtes gebunden (sofern nicht gegen den Gedanken des Gleichgewichtes Einspruch zu erheben ist). Aus den früheren Überlegungen ist bekannt, welche Erscheinungen für die Anwendung einer Theorie erwachsen, wenn die Daten weiter auseinanderrücken. Das Extremum liegt bei der Konjunkturtheorie vor. Darin also unterscheidet sich zunächst ihr Anwendungsproblem von dem allgemeinen; der Unterschied ist jedoch rein quantitativer Art. Es gibt allerdings — wie aus anderen Wissenschaften bekannt — Fälle, in denen Quantität in Qualität umschlägt. So ist es hier.

Die Konjunkturtheorie wird sich gegenüber den Bewegungserscheinungen jeweils in anderer Lage befinden, je nachdem ob ihr der Nachweis gelingt, daß der Konjunkturablauf einem strengen Rhythmus unterliegt, etwa derart, daß sich ein Zyklus aufzeigen läßt, der innerhalb einer bestimmten Anzahl von Jahren abläuft und für den die Ursache von Zyklus zu Zyklus immer die gleiche bleibt. Ein solcher Nach-

weis ist bisher noch nicht möglich gewesen; dies ist kein Grund, die Bedeutung der Konjunkturforschung verkleinern zu sollen, denn eine solche Feststellung wird sie überhaupt nicht machen können. Es bedeutet eine arge Verkennung der Möglichkeiten der Konjunkturtheorie, wenn Laien und Forscher derartige Erwartungen an sie knüpfen. Diese unrichtige Einschätzung wird dann um so deutlicher, wenn die betreffenden Autoren Ansichten haben, wonach die Ursache der Konjunkturschwankungen *lediglich* im monetären Mechanismus der Volkswirtschaft zu erblicken sei. Diese Idee kann richtig sein — darüber ist hier nicht zu handeln — sie schließt aber im Grunde die Möglichkeit eines strengen Rhythmus aus. Dieser wäre nur gegeben, wenn es gälte, eine *einzig*e Ursache aufzufinden, und wenn diese natürlicher Art wäre (d. h. durch Regenzzyklus, astronomische Konstellation usw. dargestellt würde). Von letzterem kann nicht die Rede sein, so daß die — oft bestrickenden — Theorien, die auf Grund solcher Annahmen auch in jüngster Zeit noch aufgestellt wurden, von vornherein außerhalb des Bereiches dieser Überlegungen bleiben müssen. Wirtschaftspolitisch wären sie einfach, denn sie beinhalten als wirtschaftspolitisches Ergebnis, daß es unmöglich wäre, gegen die Ursache dieser Konjunkturschwankungen irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, solange es nicht in der Macht der Menschen liegt, das Wetter zu ändern, in den Lauf der Gestirne einzugreifen oder Sonnenflecken zu verhindern. Alle denkbaren Korrekturen des Wirtschaftslaufes wären *lediglich* von der Art der antiken Kornspeicherungen. Ist dagegen die angeblich *einzig*e Ursache durch eine menschliche Einrichtung gegeben, z. B. durch die Notenbanken, so liegt die Situation völlig anders. Dies erhellt schon aus der betrüblichen Tatsache, daß es in den Zeiten von Krise und Depression, die Regierungen vieler Länder leider ver-

standen haben — man denke nur an den Verlauf der gegenwärtigen Krise z. B. in Amerika — erfolgreiche Maßnahmen gegen eine Konjunkturbesserung zu treffen.

Scheidet also die bequeme Hypothese eines *strengen* Konjunkturzyklus aus, so verbleibt nur die Möglichkeit, den Konjunkturverlauf in seiner Wiederkehr von Aufschwung und Abschwung von Fall zu Fall neu zu erklären und nur einem losen Rhythmus Raum zu geben. Dies muß nicht notwendig in der Weise geschehen, daß es nicht möglich sein sollte, ein *Theorie* aufzustellen und anzuwenden, sondern soll nur besagen, daß diese Theorie einen geringeren Grad innerer Festigkeit aufweisen muß, als die allgemeine ökonomische Theorie, auf die sie sich stützt, deren Fortsetzung und Ausläufer sie ist. Die Zahl der zu berücksichtigenden Variablen wird eben so groß, daß einfach aus diesem Grunde heraus historisch von Mal zu Mal eine verschiedene Akzentuierung eintritt, ein Determinantenwechsel Platz greift, weil sich die Emphase der Tatsachen verschoben hat. Diesen Umständen muß die Konjunkturpolitik Rechnung tragen. Mehr noch als in früheren Fällen, die weiter oben besprochen wurden, ist es daher bei der Konjunkturpolitik nötig, *ad hoc* die theoretische Erkenntnis weiterzubilden, was häufig nur die Form anzunehmen braucht, schon bekannte und vorhandene Elemente einer potentiellen allgemeinen Konjunkturtheorie neu zu kombinieren. Wie sehr dies mit der Wirklichkeit übereinstimmt, geht aus der hohen Korrelation der Fortschritte der Konjunkturtheorie mit dem tatsächlichen Krisenablauf hervor. Diese „Fortschritte“ sind zum Teil nur relativ, insofern als sie wohl den Ablauf besser erklären helfen, durch den sie angeregt wurden, aber doch nicht die Gewähr bieten, mehr als ein bloßes Steinchen im Mosaik der theoretisch möglichen Varianten der Konjunkturtheorie darzustellen. Es ist also mit der Aufstellung einer

solchen neuen Theorie-Variante nicht zugleich die Sicherheit erzielt, daß beim nächsten Krisenverlauf auf diese und nicht etwa auf eine weit ältere Variante zurückgegriffen werden muß.

Die Erkenntnis des Umstandes, daß die Konjunkturtheorie in diesem Sinne einer ständigen Wandlung unterworfen und das ihr entsprechende Verfahren im Grunde das einer Weiterbildung der Kasuistik ist, bedeutet den Todesstoß für alle — schon aus anderen, ganz allgemeineren Gründen abgelehnten — Schemata einer starren Konjunkturpolitik. Der Gedanke, man könne, sofern man die Konjunkturpolitik überhaupt irgendwie und sei es noch so versteckt, auf die Wirtschaftstheorie basieren (d. h. rational unterbauen) will, ein einziges Rezept aufstellen, das einen patentiert raschen Übergang von der Krise zum Aufschwung gewährleiste, muß als völlig absurd erscheinen. Wir wollen uns mit solchen unpassenden Gedankengängen überhaupt nicht weiter befassen, sondern die tatsächlichen Möglichkeiten, positiver und negativer Art, untersuchen.

Im Gegensatz zu den rein formalen Betrachtungen über die Wirtschaftspolitik, die wir bisher angestellt haben, ist es möglich, ohne größere Schwierigkeiten und ohne das oberste Prinzip der Wertfreiheit zu verletzen, zwei materiale Aussagen zu machen, die zugleich die positive wie die negative Seite vertreten. *Erstens* ist folgendes festzuhalten: Konjunkturen sind im heutigen Wirtschaftsleben Erscheinungen internationaler Art. Sie pflanzen sich von Land zu Land fort, da zwischen den Ländern Handelsbeziehungen aller erdenklichen Arten bestehen. Internationaler Handel bedeutet aber internationalen Wettbewerb selbst dann, wenn jeder Staat sich auf die Herstellung nur derjenigen Waren verlegt, die sich bei vollkommener Durchführung der internationalen Arbeitsteilung für ihn ergeben, und kein anderer mit eben

den gleichen Waren auf einem *gemeinsamen* dritten Markte konkurriert. Der Wettbewerb spielt sich dann im Innern ab und durch ihn wird bestimmt, ob sich das sogenannte „reale Austauschverhältnis“ für das Land günstig gestaltet oder nicht, ob es seine internationale Stellung behält; mit anderen Worten, ob es imstande ist, große Mengen ausländischer Waren gegen kleinere Mengen eigener einzutauschen. Da sich in allen Ländern — von den Konjunkturwellen ganz abgesehen — z. B. wegen Änderung der technischen Produktionsbedingungen bei diesen selbst fortwährend Verschiebungen einstellen, sind die anderen Länder im Wege über die Austauschverhältnisse davon ebenfalls betroffen. Es entsteht mit der Erweiterung der Märkte eine viel engere Verbindung zwischen den Wirtschaftlern als früher. Dem Vorteil, den der kanadische Farmer davon hat, daß er sein Getreide auch in irgendeinem europäischen Staat verkaufen kann, steht der Umstand entgegen, daß er nicht nur mit den Erträgen und Produktionskosten des europäischen Getreidebauers als unmittelbarem Konkurrenzfaktor zu rechnen hat, sondern auch noch alle anderen Risiken mittragen muß, die durch Umgestaltungen im industriellen Aufbau Europas liegen (z. B. andere Verteilung der Kaufkraft und Nachfrage, Ablenkung der Nachfrage von Getreide auf andere Agrarprodukte, europäische Zollpolitik usw.). Die Bewohner der älteren Länder Europas sind im allgemeinen noch weniger als etwa die amerikanischen Farmer geneigt, ihrerseits die Risiken, denen sie ebenso ausgesetzt sind, anzuerkennen, obwohl sie die Vorteile begehren.

Wenn nun in irgendeinem Lande, das einen ähnlichen Aufbau hat wie ein anderes, eine Konjunkturbelebung zu verzeichnen ist, weil es ihm bereits geglückt ist, die Kosten an die niedrigen Preise der Depression anzupassen und somit die Erwartung weiterer Preissenkungen als Depressions-

element auszuschalten, so kann ein Land nur dann diesem ersten folgen und die von ihm kommenden Impulse aufnehmen und verwerten, wenn es sich als in gleichem Maße *elastisch* erweist. Die Elastizität der Volkswirtschaften ist jedoch, wie sich empirisch bestimmen läßt, sehr verschiedenartig und hierin ist zweifellos eine der Ursachen dafür zu erblicken, daß manche Länder rascher an eine beginnende Weltkonjunktur Anschluß finden als andere, ganz unabhängig von den *bestimmten* Umständen, die in den verschiedenen Staaten vorwalten mögen. Sofern man annehmen darf, daß die Bevölkerung eines Staates an der Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage teilzuhaben wünscht, ergibt sich hiermit eine *Maxime*, deren Befolgung auf lange Sicht eine Mehrung des Wohlstandes in Aussicht stellt: *in Krisenzeiten ist alles daran zu setzen, was die Elastizität der Wirtschaft erhöht*. Hierher gehört zweifellos eine Befreiung von allen Bindungen, die sich in Zeiten eines Konjunkturaufschwunges leicht einstellen, eine Verringerung der Macht der Monopole und Kartelle aller Art, ein Umbau des Staatshaushaltes, mögliche Beseitigung aller starren Elemente in der Kostenrechnung oder zumindest deren Eindämmung auf ein technisch erreichbares Mindestmaß usw. Auf diese Weise wird den Wirtschaftlern und Unternehmern lediglich ihre Chance verbessert, ohne daß auf die materiellen Zielsetzungen Einfluß genommen wird. Dies geschieht nur insofern, als diese indirekt, durch die Veränderung der Einkommensverteilung, die mit diesen Maßnahmen der Erhöhung der Elastizität, meistens verbunden ist, berührt werden. Der einzelne kann jedoch auf gar keinen Fall mehr tun, als diese in der Art eines Datums seinen Entschlüssen zugrunde zu legen.

Die *zweite* allgemeine Feststellung der angegebenen Art, die in Hinblick auf die Konjunkturpolitik zu machen ist,

steht mit der ersten in engstem Zusammenhang, ist aber womöglich noch wichtiger, obwohl sie bei den praktischen Entschlüssen der Wirtschaftspolitik so gut wie gar nicht mitzuspielen scheint; dies beweist nur, wie nötig es ist, sie ins rechte Licht zu setzen. Es handelt sich um nichts geringeres, als um die Tatsache, daß derartige Anpassungen, auch grundlegendster Art, — die natürlich immer mit materiellen Opfern verbunden sind — am leichtesten in den Zeiten des *Tiefpunktes* einer Depression oder Krise erzwungen werden können. Der Grund hierfür ist sehr leicht einzusehen, wenngleich die Behauptung einigermaßen paradox zu sein scheint. Er liegt darin beschlossen, daß eine am konjunkturmäßigen Tiefpunkt angelangte Wirtschaft bereits so viele Kapitalabwertungen vorgenommen hat, daß darin allein schon ein Stimulans für Anpassungen liegt, die über diejenigen, die durch eine vorübergehende Krise erfordert werden, hinausgehen. Die aufgeblähten Ziffern der Zeit des Aufschwunges täuschen über den Wert von Industrien, die vielleicht überhaupt nur wegen eines außerordentlichen Zollschatzes bestehen können. Der geringe Wert, den sie in Depressionszeiten aufweisen, macht es eher möglich, über sie in einer Weise zu entscheiden, die zwar für sie eine dauernde Verringerung oder gar Einstellung ihrer Tätigkeit bedeutet, aber allen auf sie folgenden Industrien infolge der wegen Aufhebung des Zolles eintretenden Verbilligung des Produktes (um bei dem Beispiel zu bleiben), einen solchen Auftrieb gibt, daß der Verlust vielfach wettgemacht wird, wenn man die Bedeutung der Vorgänge z. B. an der Zahl der beschäftigten Arbeiter und an den Wertveränderungen des investierten Kapitals mißt, was natürlich keine „wissenschaftliche“ Begründung abgibt. Dies gilt in um so höherem Maße, je wichtigere Produktionsmittel allgemeinsten Verwendbarkeit in Betracht kommen, wie z. B. Kohle, Eisen,

Stahl, Bleche, Garne usw. *Grundsätzliche handels- und wirtschaftspolitische Neuorientierungen können also am zweckmäßigsten* — wenn nur der nötige Elan vorhanden ist, um die psychologischen und pseudo-„moralischen“ Widerstände aus dem Wege zu schaffen — *in den Zeiten der wirtschaftlichen Depression erfolgen*. In der Wirklichkeit jedoch sieht es meist so aus, daß in diesen Zeiten ein wüstes Durcheinander von sich widerstrebenden Maßnahmen vor allem auf dem Gebiete des Außenhandels herrscht, Maßnahmen, die überdies nur für kürzeste Zeit geplant sind und fortwährend durch solche abgelöst werden, die für noch kürzere Fristen Geltung haben. Die Gegenwart bietet dafür in den meisten Ländern wahrhaftig ein abschreckendes Beispiel.

Diese Art von Anpassungen liegt auf dem Gebiete der Neuorientierung der Produktionsverfassung in Industrie und Landwirtschaft. Sie erfolgen nicht aus dem Antrieb der individuellen Unternehmungen heraus, da diese ihre Aufgaben erfüllt haben, wenn sie alle ihre Dispositionen an den vorhandenen oder vielleicht voraussehbaren Daten orientiert haben, wogegen es sich hier um das Setzen von *Rahmendaten*, wenn man so sagen darf, handelt. Die Behauptung, daß derartige Änderungen der Wirtschaftsstruktur am leichtesten in Krisenzeiten erfolgen können, führt zu der weiteren Erkenntnis, daß ein beginnender Konjunkturaufschwung, je länger er dauert und je stärker er ist, von Tag zu Tag neue Elemente der Erstarrung in die Volkswirtschaft bringt. Dies gilt, obwohl diese Epoche durch Gründung neuer Fabriken und Ausbau alter gekennzeichnet ist. Diese Verschiebungen erfolgen jedoch ausschließlich auf der Basis, die sich aus der Liquidation der vorhergehenden Depression herausgebildet hat. Es handelt sich aber bei dieser Erwägung um Neugestaltung dieser Basis selbst. Mit anderen Worten, je stärker und schneller der Aufschwung, desto weniger Mög-

lichkeiten die Einsichten in die Neueinordnung der betreffenden Volkswirtschaft in grundlegend geänderte weltwirtschaftliche Beziehungen in die Tat umzusetzen. Daher erweist sich oft gerade der Wirtschaftsaufschwung als Hemmnis, wenn dauernden Bedingungen der Wirtschaft Rechnung getragen werden soll. Würde man diese hier angedeuteten Zusammenhänge weiter in die Theorie verfolgen, so würde man zu einigen Problemen geführt, die für die Methodologie der Konjunkturforschung äußerst unangenehm wären und daher heute in den Erörterungen leider noch keine große Rolle spielen.

Es gibt noch einen *dritten Fragenkomplex*, der für die Konjunkturpolitik in erheblicher Weise in Betracht kommt. Seine Bedeutung erhellt nur, wenn eine kurze konjunkturtheoretische Bemerkung vorausgeschickt wird. Es wurde bereits angedeutet, daß trotz der namhaften Schwierigkeiten, denen die Konzeption eines Konjunkturzyklus begegnet, diesem Begriff immerhin so viel Bedeutung zukommt, daß festgestellt werden kann, daß die Ursache der Krise und der nachfolgenden Depression nicht zeitunmittelbar dem tatsächlichen Krisenausbruch vorangeht, sondern sich über den *gesamten* Zeitraum des Aufschwunges verteilt. In dem Augenblick, da sich die Wirtschaft über das Depressionsniveau in etwas stärkerem Maße hebt, als den trendmäßigen Faktoren (Bevölkerungsvermehrung, Verminderung der Sterblichkeit usw.) entspricht, wird bereits der Keim für die Krise gezüchtet. Je stärker und namentlich je rascher der Aufschwung, desto mehr Nahrung erhalten die ersten Krisenkeime. Eine rationelle Konjunkturpolitik müßte nun offenbar darauf gerichtet sein, diesen Aufschwung nicht allzu heftig werden zu lassen, sondern eher vorsichtig einzudämmen. Läßt sich z. B. feststellen, daß eine Kreditausweitung zur Hausse auf dem Effektenmarkt führt, so bieten Kredit-

einschränkungen und Zinsfußerhöhungen ein geeignetes Mittel, um zu bremsen. Läßt sich erkennen, daß z. B. in Überschätzung zusätzlicher Auslandsnachfrage wegen unrichtiger Information gleichzeitig bei jedem einzelnen Produzenten eine nur dem Gesamtnachfragezuwachs entsprechende Erweiterung der Investitionen Platz greift, so wird Information über die wahren Verhältnisse, sowie Verhandlung, die Ausdehnung der Produktionskapazität zumindest verzögern helfen. Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren.

Die große Chance, die ein beginnender Aufstieg für die wirtschaftliche Vernunft bietet, liegt auf noch einem weiteren Gebiet. In der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise hat sich herausgestellt, daß einer der Hauptfaktoren für ihre Dauer in der außerordentlichen Höhe der Staatsbudgets und der sozialen Lasten (beides im weitesten Sinne gefaßt) liegt. Diese krisenverlängernde Wirkung üben die beiden Größen dadurch aus, daß sie absolut sehr hoch werden, relativ sogar immer mehr steigen, je stärker die Preise zurückgehen und daher die politischen Bedingungen für ihren Abbau um so ungünstiger werden, je geringer die Aussichten sind, daß die abgebauten Staatsangestellten von der Privatwirtschaft aufgesaugt werden können. Ferner stellt der Koeffizient, den diese beiden Faktoren in den Produktionskosten bilden, deren absolut starrstes Element dar, wodurch alle konjunkturmäßigen Anpassungen, deren Bedeutung vorhin besprochen wurde, außerordentliche Verzögerung erleiden, wenn nicht sogar überhaupt unmöglich werden und daher zu ständiger Kapitalaufzehrung führen. Je niedriger daher die staatliche Belastung der Produktion, desto leichter die Einordnung der Wirtschaft in die neue Konjunkturlage, desto geringer auch die Konjunkturschwankungen überhaupt. (Natürlich wäre es ganz verfehlt, wie aus der Finanz-

wissenschaft bekannt sein sollte, *jede* Steuer als produktionsverteuernd anzusehen!)

Die Kunst des Staatsmannes wird angesichts solcher Verkettung der Dinge darin zu bestehen haben, nicht nur aus der Not eine Tugend zu machen, sondern diese Tugend namentlich in den fetten Jahren zu üben. Wie leicht wird nicht immer wieder nachgegeben, werden die Budgets erhöht, Gehälter hinaufgesetzt, Arbeitsbedingungen geschaffen, die alle nur möglich wären, wenn dem Zustande des Aufschwunges unbegrenzte Dauer zukäme. Im allgemeinen kann man das Schauspiel erleben, daß alle Errungenschaften im Sinne von Sparsamkeit und Einfachheit, die im Tiefpunkt der Depression erzielt worden sind, in dem Augenblick preisgegeben werden, als die Konjunkturbesserung über den ersten Anfang hinaus ist. Hiermit also ist ein Prinzip der Konjunkturpolitik gewonnen, das sich durch besondere Einfachheit auszeichnet und sofort auf jedes beliebige praktische Objekt angewendet werden kann, da es von finanzwissenschaftlichen Erwägungen ausgeht, die von vornherein überwiegend konkreter Natur sind. Vor fast allen übrigen konjunkturpolitischen Vorschlägen hat dieses Prinzip — besonders im Zusammenhang mit den beiden anderen vorher erörterten — den großen Vorzug, daß es von jeder, nur halbwegs vernünftigen Konjunkturerklärung übernommen werden kann. Den „Expansionisten“, die zwecks „Ankurbelung“ große Defizite herbeisehnen, dürfte es allerdings ungelegen kommen. Auf diese Weise trägt das Prinzip dazu bei, das sonst so überaus ernste und daher über den Rahmen des bisher in dieser Schrift behandelten Anwendungsproblems hinausgehende *spezielle* Anwendungsproblem der Konjunkturtheorie einigermaßen zu überdecken. Es ist zu bemerken, daß diese Regel auch allgemeiner wirtschaftspolitischer Natur ist, da sie nicht nur auf Fälle von Gleich-

gewichtsschwankungen oder -störungen angewendet werden kann, sondern der Prozentsatz, den die öffentlichen Abgaben am Nationalprodukt ausmachen, ist unter jeder beliebigen Voraussetzung von gleichartiger Bedeutung.

Die Theorie des internationalen Handels lehrt, daß alle Produktionsvorteile und Produktionsnachteile, die in einer Volkswirtschaft bestehen, sich in den jeweiligen Ausfuhr-  
gütern summieren; d. h. es gelangen nur jene Güter auf dem Weltmarkt zum Absatz, die in sich alle Kosten- und sonstigen Vorteile, die in der Produktionsverfassung des betreffenden Landes bestehen, aufgenommen haben. Je stärker z. B. jede einzelne Produktionsstufe mit Abgaben und Monopolverlusten belastet ist, desto weniger Güter werden exportiert werden können, wenn in anderen Ländern diese Belastung geringer ist. Völlig analog in bezug auf die Summierung aller vorhandenen Vor- und Nachteile liegen im Bereiche der wissenschaftlichen Theorie die Dinge in der Konjunkturtheorie und Konjunkturpolitik: in beiden summieren sich alle Vor- und Nachteile der vorangegangenen Problemlagen. Bisher hat sich gezeigt, wie nun schon mehrfach betont, daß die allgemeine Wirtschaftstheorie auf jeder einzelnen Stufe ihrer Ausbildung jeweils verschiedene wirtschaftspolitische Schwierigkeiten zu überwinden hat, und einige der besonderen Erschwernisse der Konjunkturpolitik haben sich bereits herausgestellt. Es verbleibt noch, einige Gedankengänge zu entwickeln, die auch ganz allgemeine Bedeutung haben und zugleich auf neueste Strömungen in der „reinen Theorie“ hinweisen.

Die Konjunkturtheorie ist bisher so gut wie ausschließlich auf der gleichen Abstraktionsstufe wie die allgemeine ökonomische Theorie geführt worden. Dies gilt unter Absehung der mehr quantitativ-statistisch-deskriptiven Konjunkturbeschreibungen, die wegen ihrer engen Bindung an

die einmaligen historischen Vorlagen nicht zu allgemeinen Sätzen gelangen konnten. Die Stufen zwischen diesen beiden Enden sind in der Konjunkturforschung spärlicher besetzt, als es nach dem Stande der allgemeinen Theorie nötig wäre. Es ist ohne Belang, ob der Ausbau der Konjunkturtheorie im Hinblick auf die Tatsache, daß in den empirisch anzutreffenden Volkswirtschaften kein strenger Wettbewerb (z. B. im Sinne Paretos) besteht, als ein Ausbau auf dem gleichen Abstraktionsgrade oder als die Verminderung desselben betrachtet wird. Wichtig ist lediglich, daß in der reinen Theorie gegenwärtig an dem Ausbau in dieser Richtung gearbeitet wird, wodurch sich ganz überraschende Ergebnisse z. B. insofern zeigen, als überhaupt die Verwendbarkeit des bisher üblichen Angebot-Nachfrageschemas (wie es durch den ausgebildeten Kurvenapparat der Kostentheorie am besten vermittelt wird) in Frage gestellt ist. Daraus allein geht hervor, daß es sich um keine trivialen Dinge handelt, wenn von dem Ausbau der reinen Theorie gesprochen wird.

In den Gedankenrichtungen dieser Art liegt zugleich das jüngste scharfe Kennzeichen für das Ausmaß der Entfernung der modernen Theorie von der klassischen. Das muß den Anhängern des sogenannten „wissenschaftlichen Liberalismus“ immer wieder vor Augen gehalten werden, um ihnen klar zu machen, in welche unhaltbaren Widersprüche sie sich verwickelt haben. Dabei handelt es sich, wie nachdrücklichst zu betonen ist, zunächst nicht darum, dem Umstande Rechnung zu tragen, daß in den letzten Jahrzehnten die großen Volkswirtschaften monopolistischer geworden sind, sondern lediglich um die Schaffung eines Instrumentes zur Erklärung jener Fälle der nicht völlig freien Konkurrenz, also derjenigen konkurrenzwirtschaftlichen Modelle, die auch einem Ricardo oder J. St. Mill als Modelle

vorschwebten. Selbst diese Autoren, die wahllos herausgegriffen sind, müßten mit ihren Lehren imstande sein (sind es jedoch nicht), die Bedingungen der Preisbildung der Produkte eines kleinen Bäckerladens und nicht nur die des Angebotes von Getreide schlechthin (für das man paretianische Konkurrenz annehmen kann) gesetzmäßig zu erfassen. Um solche einfachen und daher grundlegenden Beziehungen handelt es sich. Die „monopolistischen Entwicklungstendenzen“ in den modernen Volkswirtschaften stellen nun nichts anderes dar, als daß mehr und mehr Märkte, die bisher dem Idealtypus der freien Konkurrenz nahe kamen, dem Typus einer Angebots-Nachfragefiguration zu entsprechen beginnen, die der Wettbewerbslage des kleinen Bäckerladens gleicht, der mit dem Bäcker an der nächsten Straßenecke um eine lokal gebundene Nachfrage kämpft. Gerade die scheinbare Trivialität des Beispiels zeigt die Bedeutung des Schrittes, den die ökonomische Theorie gerade im Begriffe steht zu machen und von dem in der Konjunkturtheorie noch gar nichts zu spüren ist.

Man hat zwar, angeregt durch das im Vergleiche zu anderen zögernde Sinken der sogenannten Indizes der „gebundenen Preise“ (die Preise von Monopolgütern, kartellierten und Markenartikeln umfassen) seit 1929, der reinen Monopolerscheinung, angewendet auf die gegenwärtige Krise und Depression, einige Betrachtungen gewidmet, aber von einer systematischen Verarbeitung solcher Gedankengänge in eine *allgemeine* Konjunkturerklärung ist keine Rede. Man denke z. B. an die schematische Konstruktion der monetären Konjunkturtheorie, die für diese Elemente keinen Platz läßt, was ein bisher unbeachtet gebliebener Grund ist, sie in ihrer Bedeutung beträchtlich zu entwerten. Allerdings kann die auf mangelndem Wissen beruhende und oft nur für politische Zwecke ausgeschrotete Ansicht einiger Kreise, es gäbe heute

keine nennenswerte Konkurrenz mehr, nicht entschieden genug zurückgewiesen werden. Diese Leute erleben die Konkurrenz an sich selbst nicht und verstehen daher nicht, daß die Konkurrenz, wenn sie auch ihre Form und ihr Auftreten geändert hat, doch nicht verschwunden ist, sondern vielfach sogar mit noch größerer Gewalt hervorbricht und an Berechenbarkeit eingebüßt hat.

Ein zweites, mindestens ebenso wichtiges Element im Neubildungsprozeß der allgemeinen ökonomischen Theorie ist das wachsende Interesse für das sogenannte „Zeitmoment“. Von diesem war bereits oben (Kapitel IV) die Rede, wo auf die Erschwernisse hingewiesen werden mußte, die es in die wirtschaftspolitische Problematik trägt. In der Theorie liegen die Dinge so, daß es durch das Zeitelement möglich gemacht wird, neue Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Vorgängen zu erkennen, die sich bisher dem Auge verschlossen hatten, außerdem jedoch festzustellen, daß das wirtschaftliche Geschehen *trotzdem* durch einen viel höheren Grad von *Unbestimmtheit* gekennzeichnet ist, als vorher jemals angenommen werden konnte. Über das Zeitelement wäre namentlich in der Konjunkturtheorie viel zu sagen. Auch hier fehlt es noch an einer Verarbeitung der einzelnen Brocken zu einem System von Sätzen. So wie die Zeitaussagen systematisch vereinheitlicht werden müssen, ehe sie konjunkturpolitisch voll relevant werden können, so muß es auch auf den anderen, noch neuen Gebieten geschehen. Der eigentliche Sprung nach vorwärts, den die ökonomische Theorie in der nächsten Zeit machen dürfte, wird dann erfolgen, wenn alle diese vorläufig noch getrennten Felder nach einheitlichem Gesichtspunkt geordnet und aufeinander abgestimmt werden; Zeit und monopolistischer Wettbewerb haben schließlich sehr viel miteinander gemein.

Die hauptsächliche Crux der Konjunkturpolitik liegt aber

nicht allein auf dem Gebiete der Unvollständigkeit der Theorie, sondern ist vielmehr in der Art begründet, inwiefern das konkrete, historische *Objekt*, auf das sich die Konjunkturpolitik wenden soll, also z. B. die Konjunkturlage in den Vereinigten Staaten im Jahre 1933, Gegenstand der Mitteilung und Erfahrung werden kann. Es wurde bereits im Kapitel II darauf hingewiesen, daß die sogenannte „gemeine Erfahrung“, d. h. die Erfahrung, die jedermann durch sein praktisches Leben allmählich erschlossen wird, — und die für gewisse Zweige der Theorie, so für die „Theorie der einfachen Wirtschaft“ (mit anderen Worten die Werttheorie) eine ausgezeichnete Grundlage abgibt und tatsächlich den Charakter der Erfahrung trägt — keineswegs hinreicht, um auf ihr wirtschaftspolitische Entschlüsse aufzubauen. Zwischen der Primitivität der Erfahrung und Kenntnisnahme und der Feinheit des Instrumentes (sofern dieses in der Form der entwickelten ökonomischen Theorie geliefert wird) bestünde dann ein eigenartiges Mißverhältnis. Diese gemeine Erfahrung muß ergänzt werden, was durch die Geschichte und die Statistik geschieht. Über die praktische Bedeutung der Statistik für unser tägliches Leben macht man sich nur selten eine zutreffende Vorstellung. Ja, es darf gesagt werden, daß unser gesellschaftliches Dasein in der Form der Zusammenballung von Millionen Menschen in dem Augenblicke unmöglich würde, da man die Statistik in allen ihren Formen daraus entfernte. Das einfachste Geschäft, das eine Buchhaltung führt — die nichts anderes denn eine Statistik ist —, würde unmöglich, geschweige die verwickelteren gesamtwirtschaftlichen Beziehungen. Dieser Statistik bedarf man in allen möglichen Formen für die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik. Nun ergibt sich aber folgende schwierige Lage:

Statistisch erfassbar ist nur, was sich als zählbar irgendwie

zahlenmäßig niederschlägt. Soviele Vorgänge der Wirtschaft dies auch sein mögen, *alle* sind es gewiß nicht. Es ist z. B. unmöglich — d. h. in diesem Zusammenhang *nicht denkbar* — die Stimmungen und die Erwartungen der Wirtschaftler und Unternehmer derartig zu erfassen. Sie spielen aber im Konjunkturverlauf eine große Rolle, die von einem so hervorragenden Nationalökonom, wie A. C. Pigou, für so wichtig gehalten wird — gewiß nicht ohne große Berechtigung —, daß er in ihnen die *tragende* Ursache der Konjunkturbewegung erblickt. Der Verlauf der Krise in den Vereinigten Staaten von Amerika liefert, besonders seit Amtsantritt Roosevelts, einen schlagenden Beweis für die ganz ungeheure Rolle des psychischen Faktors. Und gerade dieses Element läßt sich statistisch nicht greifen, sondern kann erst *ex post* mühsam aus den Niederschlägen, die es liefert, als *damals* existent erwiesen werden! Im Zeitpunkte, da man eine konjunkturpolitische Maßnahme ergreifen will, ist über ihre Art sicheres quantitativ nicht in Erfahrung zu bringen. Dies wäre die allereinfachste Art, zu beweisen, daß sich die Gesamtheit der wirtschaftlichen Ereignisse statistisch nicht abbilden läßt. Es gibt aber noch andere Gründe von größerer Wichtigkeit. Jedenfalls verhält es sich in der Wirtschaft nicht wie in der Physik, wo z. B. auf einer Kugel für jeden Körper außerhalb der Kugeloberfläche auf dieser selbst ein Punkt gefunden werden kann, der diesen Körper lociert. Eine solche Abbildung ist theoretisch ohne weiteres möglich; praktisch unternommen, würde das Beginnen dagegen unüberwindliche Schwierigkeiten zeitigen, da man nicht imstande wäre, die nötigen Apparate zu errichten. Wenn aber hier von den Schwierigkeiten der Statistik gesprochen wird, so ist nicht an die analogen Schwierigkeiten der Erhebung der Ziffern gedacht, der Mühen ihrer Sammlung und

namentlich ihrer zeitgemäßen Errechnung, sondern an die ihnen innewohnenden Eigenschaften, auch wenn alle anderen Hemmnisse überwunden sein sollten. Es gibt aber solche, die niemals überwunden werden können. Daher muß Wirtschaftspolitik immer unexakt bleiben.

Die Ursache für die großen Schwierigkeiten, denen man ins Auge sehen muß, liegt abermals im Zeitmoment, von dem Alfred Marshall mit Recht gesagt hat, daß es sich überall dort zeigt, wo es ungelöste, oft auch unlösbare Probleme gibt. Es hieße allzusehr in die theoretische Ökonomie eindringen und daher die Geschlossenheit der Ableitung schwächen, wollten wir die auf diesen Fragenkomplex bezüglichen Einflüsse des Zeitmomentes näher darlegen. Es mag genügen, darauf hinzuweisen daß es der Statistik nicht gelingen kann — oder in vielen Fällen zumindest nicht mit einem halbwegs genügenden Grade an Genauigkeit — die Unterschiede zu erfassen, die durch die Zeit in die ökonomischen Daten getragen werden, gegenüber den Zuständen der Wirtschaft, die zu herrschen scheinen nach dem Bilde, das die Zahlen als solche vermitteln. In der Theorie werden die Eigenschaften der wichtigsten Wirtschaftsgrößen in dieser Hinsicht als ihre „Zeitqualitäten“ bezeichnet und dem Nachweis, daß diese nicht greifbar, sondern nur aus anderen, natürlich empirisch gewonnenen, Prämissen ableitbar sind, ist nicht widersprochen worden.

Der ärgste Mißbrauch, der mit der Konjunkturforschung, und zwar namentlich auf der Basis einer theoriefeindlichen Haltung und demzufolge, in völlig abwegiger Einschätzung der Statistik und unter Berufung auf eine gänzlich mißverstandene „Empirie“ getrieben worden ist, stellen die Versuche einer wissenschaftlichen, detaillierten „Konjunkturprognose“ dar. Um von vornherein Mißverständnissen vorzubeugen, sei betont, daß unter solcherart

abzulehnende Prognosen nicht diejenigen gehören, die implicite gemacht werden, wenn ein einzelnes Theorem unter strenger Festlegung des *ceteris paribus* auf einen konkreten Fall angewendet wird. Diese Art von „Prognosen“ kommt in jeder Wissenschaft vor die irgendwie auf empirische Vorgänge Bezug hat; sie bieten so lange kein *praktisches* Problem, als eben eine Isolierung der Anfangsbedingungen gelingt und Gewähr dafür besteht, daß die letzteren für die vorausgesehene Dauer auch tatsächlich konstant bleiben. Die obenstehenden Darlegungen haben zur Genüge klar gemacht, welche Schwierigkeiten dafür in der Wirtschaft bestehen; doch sei hier darüber nicht mehr gehandelt, sondern nur ein Wort über die allgemeine Konjunkturprognose hinzugefügt.

Die Neugierde, wie sich denn „die Konjunktur“ entwickeln werde, ist sehr begreiflich; der tiefere Sinn hinter den Konjunkturprognosen war — von ihrer geschäftlichen Aufmachung und Auswertung in Amerika abgesehen — der, daß sie als Mittel zur allgemeinen „Stabilisierung“ der Wirtschaft, namentlich des Preisniveaus, dienen sollten. Da nun solche Stabilisierungsideen wegen des Krisenverlaufes der letzten Jahre überall, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, einigermaßen diskreditiert sind, ist auch die falsche Bewertung des Prognosenversuches etwas in den Hintergrund getreten, um jedoch sofort wieder in den Vordergrund zu rücken, als das Vordringen z. B. der Idee der Indexwährung das Aufkommen allerlei schlimmerer Dinge, als die Konjunkturprognose ist, vorzubereiten begann.

Jede Konjunkturprognose beruht auf Erfassung von Symptomen, die wiederum für tiefer liegende Ursachen stehen. Die Lehre von den Symptomen müßte sich daher in voller Übereinstimmung mit der ökonomischen Theorie befinden. Dies ist nicht der Fall, was sich schon daraus ergibt,

daß die Theorie einer der besprochenen hohen Abstraktionsstufen zugeordnet ist, wogegen die beobachteten Symptome einem überhaupt völlig anderen, nämlich historischen Bereiche angehören. Um wiederum bei dem Thema des Monopols zu bleiben, ist festzustellen, daß die Konjunkturtheorie die Bewegungen eines rein konkurrenzmäßig organisierten Gleichgewichtssystemes beschreibt, die Wirklichkeit jedoch mit allen denkbaren Arten und Abarten des Monopols von diesem ideellen Schema völlig abweicht. Selbst wenn die angewendete Symptomatik stimmen sollte, ist sie doch nicht geeignet, unmittelbar der Theorie zu dienen. Dies dürfte auch der wirkliche Grund sein, warum die Anhänger der statistischen Richtung der Konjunkturforschung mit der Theorie nichts anzufangen wußten und sich daher in betonten Gegensatz zu ihr begaben, um im übrigen praktische Anforderungen an die ihnen vorschwebende Nationalökonomie zu stellen, die die kühnsten Träume der bisherigen Theoretiker weit in den Schatten stellten.

Da die Prognose nach Symptomen gehen muß, so ergibt sich die Notwendigkeit, zwischen primären und sekundären Symptomen zu unterscheiden, je nachdem, ob sie den eigentlichen Ursachen näher oder ferner liegen. Gerade die sekundären Symptome sind es aber oft, die, obwohl auch zeitlich später, als erste in die Augen springen und daher die Aufmerksamkeit der Wirtschaftspolitiker erregen. Die Wirtschaftspolitik ist oft lange Zeit hindurch auf diese Symptome gerichtet, ohne daß diese immer die stärksten Kräfte veranschaulichten. So wird z. B. ein augenblickliches Defizit der Sozialversicherungsinstitute auf der Basis der sonstigen Wirtschaftsverhältnisse korrigiert, anstatt die Lage der Produktionskosten in dem betreffenden Lande ganz allgemein zu untersuchen und die Besserung des Status der Institute dadurch zu erzielen, daß die Gesamtheit der Einrichtung an

diese viel weiteren Bedingungen angepaßt würde. Ein solches Vorgehen ist durchaus begreiflich; es illustriert aber die Tatsache, daß in dem Betrieb der Wirtschaftspolitik allgemein die Tendenz walten wird, „an Symptomen zu kurieren“, wofür namentlich der Verlauf der gegenwärtigen Krise, zumindest in ihren früheren Stadien, in allen Ländern der Welt ein glänzendes Beispiel abgibt.

Über den ganzen Bereich der Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Konjunkturprognose erheben, habe ich mich vor einigen Jahren in einer eigenen Monographie (Wirtschaftsprognose, Wien 1928) ausführlich geäußert. Den Argumenten, die ich damals vorbrachte, habe ich auch heute nichts wesentliches hinzuzufügen, obwohl unter dem Eindruck der Ereignisse dieser Jahre wegen neuer Einsichten in die ökonomischen Zusammenhänge manches neu gestaltet werden könnte, ohne daß jedoch irgendeine der Grundthesen abzuändern wäre. Ich darf mir daher gestatten, es hier bei den obigen, spärlichen Bemerkungen bewenden zu lassen und im übrigen auf die Sonderuntersuchung zu verweisen, deren Ergebnisse ich aufrechterhalte.

Zusammenfassend ist über die Konjunkturpolitik zu sagen, daß sich die eingangs aufgestellten Sätze von der gegenüber der Problematik der allgemeinen Wirtschaftspolitik *besonderen* Problematik sowohl im Bereiche der Theorie wie der Praxis bestätigt haben; die Besonderheiten liegen jedoch alle entlang der gleichen Linie. Dieses Ergebnis ließ sich mit nur ganz geringen Exkursionen ins Gebiet der materiellen, nicht nur der hier beabsichtigten, formellen Aussagen erzielen. Es liefert jedoch keinen Anlaß, die Situation irgendwie als hoffnungslos zu betrachten. Das Ziel dieser Ausführungen liegt ja darin, die Grenzen der Anwendung der ökonomischen Theorie abzustecken, in erster Linie, um zu erreichen, daß innerhalb dieses so gewonnenen Gebietes

die Theorie zur Gänze eingesetzt werde. Sie kann durch nichts vertreten werden; sie besitzt ein ausschließliches Monopol. Sie kann daher auch nicht von allen jenen aus dem Sattel gehoben werden, die den Gefahren, die die Nationalökonomie bietet, erlegen sind. Worin diese Gefahren bestehen, soll das nächste Kapitel aufzeigen.

## NEUNTES KAPITEL

# DIE GEFAHREN DER NATIONALÖKONOMIE

„IHR NEHMT ALS WAHRHEIT NUR DIE  
TOLLSTEN WUNDER.“

Unter dem Eindrucke der nach außenhin sichtbaren Leistungen der Naturwissenschaft, der Medizin und der Technik ist allmählich der Glaube an eine gewisse Heilwirkung der Wissenschaft entstanden. Selten nur sind schüchterne Ansätze zu spüren, die auf eine Erkenntnis der Gefahren der Wissenschaft und der Gefährlichkeit ihrer Lehren hinauslaufen. Diese Erkenntnis pflegt sich gewöhnlich in einem engen Bereiche zu halten, den die Wissenschaft zu schützen weiß. Für die Medizin gibt es das Verbot der Quacksalberei, für die Astronomie ist ein scharfer Strich gegenüber der Astrologie gezogen und oft genug das auf ihr gegründete Wahrsagen verboten. Aus allen diesen mißbräuchlichen Anwendungen wissenschaftlicher Erkenntnisse, oder aus der Aufstellung von nichtwissenschaftlichen Sätzen, die der Laie jedoch als Wissenschaft hinnehmen soll, ist den so mißbrauchten und völlig verkannten Wissenschaften immer wieder schwerer Schaden entstanden. Noch niemals aber hat man gehört, daß zu diesen, sogar in einem gewissen Ausmaß von der Gesetzgebung privilegierten Wissenschaften auch die Nationalökonomie gehörte. Sie wird wahrscheinlich niemals eine solche Vorzugsstellung beziehen können, sondern stets in *besonders* exponierter Lage verharren müssen. Es sollen nun die Eigenheiten dieses Zustandes etwas näher geprüft werden, was um so dank-

barer ist, als solche Untersuchungen kaum angestellt wurden und sich in ihrem Verlaufe viele Schlaglichter ergeben, die tief in das innerste Wesen der Sozialwissenschaft hineinleuchten. Wir sprechen dabei in doppeltem Sinne sowohl von den Gefahren, denen die Wissenschaft selbst ausgesetzt ist, wie von denen, die durch sie — gröblich mißverstanden und umgedeutet — für die Benützer entstehen.

Eine der größten Gefahren, denen eine Wissenschaft begegnen kann, liegt in ihrer Unvollkommenheit und Unzulänglichkeit. Dieser Zustand wird immer bestehen, solange es noch einen wissenschaftlichen Fortschritt geben kann und alle empirischen Wissenschaften werden sich immer in ihm befinden, da die Aufgaben, die ihnen durch die Erfahrungswelt gestellt werden, unendlich sind. Nur eine rein apriorisch-deduktive Wissenschaft, die mit der Erfahrung nichts zu tun hat, könnte *theoretisch* aus diesem Zustande herauskommen, was dann geschähe, wenn ein überragender Geist käme, dem es gelänge, sie zu Ende zu denken. Viele Jahrhunderte sah es so aus, als ob dies bei der Logik geglückt sei, bis sich auf einmal vor einigen Jahrzehnten zeigte, daß auch hier nicht alle Möglichkeiten erschöpft waren, so daß wir heute Zeugen eines großen Umbildungsvorganges der Logik sind, den Kant noch für gänzlich unmöglich gehalten hatte. Die moderne Logik, deren Entwicklung während der letzten Jahrzehnte von weitesttragender Bedeutung für alle Wissenschaften werden wird, soweit dies nicht schon eingetreten ist, führt zu wesentlich anderen, unbequemeren Ergebnissen: „Eine universale Logik, welche aus einigen Prinzipien heraus für alle denkbaren Fragen eine Entscheidung bringt, wovon Leibniz geträumt hat, kann es nicht geben.“ (Karl Menger: Die neue Logik, in: Krise und Neuaufbau in den exakten Wissenschaften, S. 112, Wien 1933.) Daher sind die Chancen, daß ein solcher Zustand der Ruhe

in irgendeiner anderen Wissenschaft, selbst in der Mathematik, in Frage käme, gleich Null. Die Nationalökonomie ist als empirische Wissenschaft schon wegen ihrer verhältnismäßigen Jugend Veränderungen in besonders hohem Maße unterworfen. Nur die wenigen Autoren, die ihr die Eigenschaft einer Erfahrungswissenschaft abstreiten, um dem Bestreben zu fröhnen, ihr die „höhere“ Würde einer apriorischen zu verleihen, sind in der ärgsten Schwierigkeit, da sie einerseits den Fortschritt der Theorie nicht leugnen können und wollen, andererseits darin eine ernste Bedrohung des Sinnes ihrer wirtschaftspolitischen Folgerungen aus jenem angeblich apriorischen Charakter sehen. Es besteht aber keine Veranlassung, ihnen in dieser peinlichen, gänzlich hoffnungslosen Lage beizuspringen. Zumal noch hinzukommt, daß jeder dieser derart eingestellten Autoren *quasi ex definitione* ohnehin der Überzeugung sein muß, daß diejenigen Kapitel der Nationalökonomie über die er je etwas publiziert hat, damit abgeschlossen seien. Apriorische theoretische Ökonomie gibt es nicht und auch wenn es sie gäbe, hätte sie nichts mit Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitischen Programmen zu tun.

Unvollkommenheit wissenschaftlicher Erkenntnis schließt auch die Möglichkeit in sich, daß einzelne Aussagen und Sätze *widerspruchsvoll* sind. Für die theoretische Forschung ist die Entdeckung einer solchen Unverträglichkeit immer Ausgangspunkt für neue Erkenntnisse; für die praktische Anwendung ist allein der Verdacht, daß die bestehenden Lehren widerspruchsvoll sein könnten, dann ein um so ernsteres Hindernis, wenn verschiedene Ziele bestehen, die Interessengegensätzen entspringen und bei deren Aufstellung die Erwägung der praktischen Möglichkeit eines Weges eine entscheidende Rolle gespielt hat. Diese Unvollkommenheiten sind für die Theorie gewiß sehr beachtlich, aber sie be-

treffen, wenn man sie genau betrachtet, doch nur in den seltensten Fällen Themen, die für die Anwendungsprobleme ein *unmittelbares* Interesse haben. Hier hilft wiederum der Umstand aus der Klemme, daß man es in der Wirtschaftspolitik meist mit sehr groben Vorgängen zu tun hat (wenn man vielleicht — in ruhigen Zeiten — das Kapitel des Geldwesens ausnimmt); daher ergibt sich, daß die schon oft erprobten, weiter oben besprochenen „Faustregeln“ Gefahren von dieser Seite nicht sonderlich ausgesetzt sind, was einen neuerlichen Antrieb dazu bilden sollte, allen Neuerungsanschlägen in der Wirtschaftspolitik — über die sogleich noch ein kennzeichnendes Wort gesagt werden soll — nur mit größtem Mißtrauen zu begegnen. Es soll bei solchen Vorschlägen wie überhaupt immer das Bestreben herrschen, verwickelte Vorschläge und Ideen auf möglichst einfache Sätze zu reduzieren, um dadurch prüfen zu können, welche ökonomischen Axiome ihnen zugrunde liegen oder — weit häufiger — gegen welche sie verstoßen.

Es ist also nicht nötig, die inneren Schwierigkeiten der ökonomischen Theorie aufzubauschen. *Die Welt würde sich heute in einem wesentlich besseren Zustande befinden, wenn die Allzuzahlreichen, die, über die Nationalökonomie lächelnd, diese zum Opfer ihres dünnen Spottes wählen — und von denen viele für die Wirtschaftspolitik verantwortlich zeichnen — überhaupt imstande wären, ein ernsthaftes ökonomisches Werk verständnisvoll durchzuarbeiten.* Die wirklichen Schwierigkeiten und die großen Gefahren, die der Nationalökonomie erwachsen, hängen zwar mit dieser Einstellung aufs engste zusammen, haben aber ihre Wurzeln in einem Bereiche des Lebens, der völlig außerhalb dem der Wissenschaft und ihres Betriebes liegt. Dies schließt nicht aus, daß auch Wissenschaftler selbst, als Einzelpersonen, an der im folgenden zu skizzierenden Situation Mitschuld

haben; aber wenn dies der Fall ist, so liegt es daran, daß sie nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Politiker, Parteigänger u. dgl. m. sind und nicht über die erforderlichen sittlichen und intellektuellen Eigenschaften verfügen, diese Qualitäten von ihrem wissenschaftlichen Bereiche scharf zu trennen. Fehlt ihnen der Wille hierzu, so verstoßen sie gegen das Grundgesetz der Wissenschaft selbst.

Die erwähnte Gefahr liegt in den Ansichten und Meinungen beschlossen, die man treffend als „*Vulgärökonomie*“ kennzeichnet. Ehe aber von ihnen gehandelt werden soll, mögen, das Verständnis des folgenden vorbereitend, noch einige Bemerkungen über die besonderen Schwierigkeiten der Nationalökonomie gemacht werden, nachdem schon früher (Kapitel VII) über einige solche Besonderheiten, die den Betrieb dieser Wissenschaft hemmen, gesprochen wurde. Die größte Schwierigkeit der Nationalökonomie liegt für den Laien wahrscheinlich

a) in dem ungeheuren Zwang des Zu-Ende-Denken-Müssens, sowie

b) in der großen Zahl von Relationen und Daten, die zu berücksichtigen sind, mag es sich um eine noch so unscheinbare und harmlose ökonomische Aussage handeln.

Infolge der dadurch gegebenen großen Variationsmöglichkeiten ist es außerordentlich erschwert, einfache allgemeine Gesetze und Regeln aufzustellen, die inhaltlich nicht allzu leer sind. Der Laie und der Praktiker kann mit einer solchen Wissenschaft zweifellos weniger anfangen als mit den meisten anderen, da eben die Zahl der tatsächlich erlernbaren Dinge sehr gering ist. Hierin kommt aber eine der Haupteigenschaften der Nationalökonomie zum Durchbruch; ihr hoher Wert beruht darin, daß sie eine besondere *Denkmethode* vermittelt und eine eigentümliche *Schulung des Geistes* darstellt. Man lernt beim Studium der National-

ökonomie weniger konkrete Sätze, die man schwarz auf weiß nach Hause tragen kann, als vielmehr ein Problem anzugehen und das Werkzeug anzuwenden, das sich bei ähnlichen Aufgaben schon bewährt hat. Weshalb das Schwergewicht auf die Methode des Denkens und der Analyse zu legen ist. Es mag daher auch kein Zufall sein, daß Fragen der Methodologie in der Nationalökonomie wie in allen anderen Sozialwissenschaften — in denen die Dinge ähnlich liegen — eine große (freilich oft übertriebene) Rolle spielen. Die Handhabung dieses methodischen Vorgehens erfordert sehr viel Übung und Geschicklichkeit, die beide nicht binnen kurzem erworben werden können. Wer sich mit einer Wissenschaft nur als Liebhaberei beschäftigt, wird daher in der spröden ökonomischen Theorie ein besonders undankbares Objekt finden, da sie erst nach langer Zeit zu greifbaren Resultaten führt, wogegen auch schon ein kurzes Studium der Grundsätze der Mechanik oder der Tatsachen der Astronomie zu annehmbarem Verständnis der Lehren dieser Disziplinen überleitet, obwohl deren sachlichen Schwierigkeiten nicht zu unterschätzen sind.

Von den weiteren Hemmnissen, die der Nationalökonomie immer wieder aufs neue erwachsen, sind zwei Arten zu unterscheiden: solche, die ihr wissentlich oder unwissentlich von den fachlich geschulten Vertretern dieser Wissenschaft, und solche, die ihr von den Laien bereitet werden. Es sei zunächst nur die erste Art betrachtet, da alles andere schon in den Bereich der Vulgärökonomie fällt. An der Spitze aller möglichen Verfehlungen, die der Nationalökonom vom Fach in bezug auf seine Wissenschaft begehen kann, steht die Identifizierung der ökonomischen Theorie mit irgendeiner Art der Verwendung, steht die Anlehnung der wissenschaftlichen Sätze, die nichts als reine Erkenntnis enthalten sollen, an die Ideen, die in sozialen Gruppen, Klassen, in

Parteien oder sonst irgendwo vorherrschen mögen. Dem Nachweise, daß die Wirtschaftstheorie von irgendwelcher Bindung frei ist, sollen (zum x-ten Male!) die Ausführungen dieser ganzen Schrift dienen, so daß eine noch deutlichere Distanzierung von derartigen Mißbräuchen nicht nötig sein dürfte. In die gleiche Kategorie gehört die öfters vorgebrachte, jedoch *de facto* nie bewiesene These, daß eine bestimmte Wirtschaftspolitik auch noch mit einer bestimmten Weltauffassung zusammenhänge, also z. B. der wirtschaftliche Liberalismus den allgemeinsten politischen Liberalismus zur unbedingten Voraussetzung habe. Würden solche Ansichten nur von Politikern — die eben einen solchen Zustand als anstrebenswert oder verdammungswürdig betrachten — vorgetragen, so wäre der Schaden nicht sehr groß; so aber gibt es Nationalökonomien von hohem Rang, die derartige Gedankengänge überhaupt erst in die politischen Kreise tragen und damit ganz automatisch und selbstverständlich die Wissenschaft zum Spielball politischer Interessen machen.

In anderem Zusammenhang bereits besprochen und hier der Vollständigkeit halber nur noch einmal zu erwähnen, ist die gleichfalls von vielen Nationalökonomien von Fach geförderte, ja hervorgerufene übersteigerte Erwartung, die sich an den bloßen Tatbestand einer oft nur bescheidenen Gruppe ökonomischer Lehrsätze knüpft. Das breite Publikum wird nicht zuletzt durch unkluges, gelegentlich sogar unnütz anmaßendes Verhalten mancher Nationalökonomien, die für alles ohne weiteres Nachdenken, schon eine fertige Antwort bereit haben, dazu verleitet, von dieser Wissenschaft allzuviel zu erwarten. Wenn die Hoffnungen sich dann als trügerisch herausstellen, schlägt die Stimmung in das andere Extrem um. Kaum eine andere Wissenschaft dürfte solchen Schwankungen in der Beurteilung ausgesetzt

sein. Hier liegt jedoch eine Situation vor, die abgeändert werden kann und soll.

Wenn daher in dieser Schrift versucht wird, die Grenzen der Wirtschaftspolitik abzustecken, und es immer wieder nötig ist, vor allen Arten von Übertreibungen zu warnen, so könnte es sich nur für den oberflächlichen Betrachter um ein Vorgehen handeln, das den Anschein unberechtigter Zurückweisung der ökonomischen Theorie — oder besser: ihrer Vertreter — trägt, da gerade im Gegenteil erreicht werden soll, daß die Nationalökonomie auf dem ihr eigentümlichen Boden festen Fuß fassen könne. Dieses Ziel wäre dann errungen, wenn es gelänge, allen denen, die über ökonomische Dinge reden und schreiben und nichts davon verstehen, die Überzeugung einzupflanzen, daß sie davon eben nichts verstehen. Mit anderen Worten, die Menschen müßten, *in rebus economicis* auf den „sokratischen Punkt“ gebracht werden. Allerdings erübrigt es sich, auszuführen, wie unwahrscheinlich die dauernde Erreichung dieses Zieles ist. Daher ist das Bestehen der Vulgärökonomie von größter praktischer Bedeutung; sie stellt zugleich die bedrohlichste Gefahr für die Nationalökonomie und damit für die Wirtschaftspolitik dar. Für letztere ist die Gefahr sogar besonders groß, da die Kreise, in denen die vulgärökonomischen Gedankengänge verbreitet sind, dem praktischen Tun und dem politischen Handeln meist näher stehen, als von den berufsmäßigen Nationalökonomien gesagt werden kann.

Zur Abgrenzung dessen, was man als „Pseudo“- oder „Vulgär“-Ökonomie bezeichnen soll, ist zunächst die Kenntnis der Meinungen nötig, die im Publikum verbreitet sind und die die Bestimmung des „Nationalökonomien“ zum Gegenstande haben. Im allgemeinen muß die Feststellung gemacht werden, daß das Publikum in dieser Hinsicht leider sehr weitherzig ist, was besonders für die angelsächsischen

Länder gilt, wo jeder als „economist“ bezeichnet wird, wer sich nur von ungefähr mit Wirtschaft und Erklärung wirtschaftlicher Zusammenhänge befaßt. Ein Arzt ist leicht als solcher kenntlich gemacht, aber keines der üblichen Kriterien (Doktorat, Autorschaft usw.) genügt mit gleicher Sicherheit beim Nationalökonom. Wenn daher „die Nationalökonom“ oft als Gesamtheit sich eines schlechten Rufes erfreuen, so kommt dies meist daher, daß irgendwelche Quacksalber für die eigentlichen Hüter der wissenschaftlichen Tradition genommen werden. Der bekannte Ausspruch (den Macdonald getan und auf einen englischen Schriftsteller internationalen Namens gemünzt haben soll), daß vier Nationalökonom vier und in Anwesenheit des Betreffenden sogar fünf Meinungen gleichzeitig vertreten, wirft ein düsteres Licht auf einen beklagenswerten Zustand. Je länger man duldet, daß sich solche Ideen in der öffentlichen Meinung festsetzen, desto größere Verwirrung muß auch in der wirtschaftspolitischen Zielgebung Platz greifen. Die Differenzen in der Erklärung einer wirtschaftlichen Gegebenheit sind unter „wirklichen“ Nationalökonom meist geringer, als etwa die Verschiedenheiten der Heilmethoden der Ärzte, denen jedoch das gleiche Publikum sich mit voller Naivität und mit ganzem Vertrauen — sogar nacheinander! — überantwortet.

In dem esoterischen Kreis der „reinen Theorie“ ist die Scheidung von wirklicher Wissenschaft und Vulgärökonomie ganz eindeutig; das gelegentliche Auftreten namentlich mathematisch-ingenieurmäßig gebildeter Außenseiter, die krause Ideen vortragen, ändert hieran wenig und stellt für den Betrieb der Wissenschaft kein erhebliches Störungsmoment dar. Im öffentlichen Leben, wo diese Trennung nicht gelingt, ist das Bestehen der Vulgärökonomie deshalb von so großer Bedeutung, weil sie zur wirtschaftspolitischen

*Zielsetzung* beiträgt. Es ist nicht notwendig — und wird wohl nur in selteneren Fällen zutreffen — daß Anhänger ökonomisch unrichtiger Meinungen und Lehren in böswilliger und eigensüchtiger Absicht scheinbar richtige Erklärungen wirtschaftlicher Zusammenhänge dazu benützten, wirtschaftspolitische Maßnahmen, die auf diese Erklärungen gestützt sind, hervorzurufen, um sich Sondervorteile zu verschaffen. Im allgemeinen glauben Leute, die die Kaufkraft vermehren und dabei die Kosten nicht belasten wollen, die schrankenlos Kredit geben wollen, ohne die Währung zu gefährden, die Arbeit schaffen möchten, ohne anderswo Arbeit zu zerstören, die die Einfuhr einstellen, aber die Ausfuhr forcieren möchten, und was tausend derartige törichte Dinge mehr sind, wirklich daran, daß alle diese Ziele gesetzt und sich ein unschädlicher Weg finden läßt. Diese Leute sind nicht überwiegend bössartig, sondern lediglich unwissend, was für den Endeffekt allerdings gleichgültig ist.

Alle Vulgärökonomie gibt vor, zu sein, was die Nationalökonomie sein muß: Erklärung von Tatsachenzusammenhängen. Da also beider Absicht und Gegenstand identisch sind, aber das Ergebnis voneinander abweicht, entsteht der Eindruck, als ob „die Nationalökonomien“ untereinander in diesem Maße uneinig wären. Dem Publikum sind die Gedankengänge der Vulgärökonomie viel gefälliger, meist weil sie irgendwelche zauberhafte Dinge enthalten. (Typus: „Wenn nur X geschähe, dann könnten alle Menschen Arbeit und auskömmliches Leben haben.“ *Für X ist irgend etwas angenehmes einzusetzen.*) Da jeder Mensch irgendwie Wirtschaftler oder Unternehmer ist oder zumindest in wirtschaftliche Zusammenhänge eingeordnet ist, sind die Anlässe, sich mit wirtschaftlichen Dingen zu beschäftigen, zahlreich genug, um die Vulgärökonomie niemals aussterben zu lassen. Man darf annehmen, daß sich die Nationalökonomien in den näch-

sten Jahrzehnten einander noch stärker nähern werden, als es in den eben vergangenen bereits geschah; aber es wäre verfehlter Optimismus, zu glauben, daß die Vulgärökonomie mehr als nur zurückgedrängt werden könnte. Dieser Tatbestand ist von großer Tragweite, da die Wirtschaftspolitik, wie die Magnetnadel wegen des magnetischen Poles, dadurch eine ständige Richtung oder Ablenkung erhält, insofern als die Maßnahmen, die zur Erreichung eines Zieles nötig sind, von diesem Felde aus gestört werden und daher besondere Widerstände zu überwinden haben. Hier handelt es sich um einen Trend der Wirtschaftspolitik, der von allen Wertideen völlig unabhängig ist, da er nur auf der Untauglichkeit des Erkennens oder Erkennen-Wollens beruht und jedem beliebigen Wirtschaftssystem ebenso immanent ist, wie die schon an anderer Stelle angeführten Tendenzen, die sich allesamt in derselben Richtung bewegen und sich gegenseitig verstärken. Diese Tendenz geht — mag die Gebärde auch noch so sehr die der Vernunft und der Überlegung sein — unweigerlich ins Irrationale. Weswegen sie heute so starken Auftrieb hat.

Von Bedeutung ist auch, daß, ganz abgesehen von der Wirkung auf die Wirtschaftspolitik, vulgärökonomische Meinungen und Schlagworte (welch letztere das Hauptkontingent darstellen) den gleichen Einfluß auf die Daten ausüben, wie die wahren Sätze über die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Heute dürfte nicht länger bestritten werden können, daß im Bereiche des sozialen Lebens Erkenntnis, die ausgesprochen wird, leicht die Grundlagen dieser Erkenntnis verschiebt, so wie sich sogar gelegentlich in der Physik durch das Experiment die Grundlage dieses Experimentes selbst verändert. Wenn daher die Vulgärökonomie durch die Erscheinungen einer bloßen Wirtschaftskrise irregeleitet, behauptet, es handle sich um den Zusammen-

bruch des betreffenden Wirtschaftssystems, z. B. um „das Ende des Kapitalismus“, wogegen in Wirklichkeit vielleicht nur die üblichen Merkmale der absinkenden Phase eines Konjunkturzyklus vorliegen, so wird, falls diese Ansicht Glauben findet, zweifellos dem beschuldigten Wirtschaftssystem ein Stein aus seinem Fundament geschlagen. Wenn die Wirkung nicht so weit reicht, so führt sie doch zumindest zu einer Verschärfung der Krise oder zu einer Verlängerung der Depression. Ob wahr oder unwahr, ob richtig oder falsch: die soziale Welt wird von *allem* Dafürhalten der Menschen gestaltet, da sie eben aus menschlichem Verhalten besteht und die Menschen so handeln, wie sie *meinen* handeln zu müssen. Die Untersuchung dieser Zusammenhänge ist heute noch keineswegs weit gediehen und stellt einen wichtigen Aufgabenbereich dar, für den sich vor allem bedeutsame Verbindungen zur Psychologie ergeben. Erwähnt sei noch, daß nicht nur der Bestand, sondern vor allem die Geltung, die aktive, werbende Kraft der Vulgärökonomie ein erhebliches Hindernis darstellt, das der Vermittlung nationalökonomischen Wissens und dessen Weitergabe an die junge Generation entgegensteht. Es fügt sich, mit der Kraft eines Mythos ausgestattet, jenen hinzu, die schon weiter oben angeführt wurden und die im inneren Wesen der Wirtschaftspolitik begründet liegen.

Nach dieser allgemeinen Kennzeichnung der Vulgärökonomie müssen nun ihre *eigentlichen Merkmale* bloßgelegt werden. Dieser gibt es vornehmlich zwei: ihr methodischer Charakter und die Art ihrer Manifestierung. Wir sprechen zunächst von dem ersten Merkmal. Noch weniger als bei der ökonomischen Theorie wäre es bei der Vulgärökonomie im Rahmen dieser Schrift möglich, mehr als unbedingt nötig, auf den sachlichen Gehalt dieser Pseudowissenschaft einzugehen. Dies würde schon durch die sinn-

verwirrende Fülle vulgärökonomischer Sätze, Behauptungen, Forderungen verhindert. Immerhin ist zu sagen, daß ein Buch, in dem das Gros der vulgärökonomischen „Lehren“ niedergelegt würde, vielleicht den größten Bucherfolg aller jener Verlagswerke erzielen würde, die auch nur irgendwie mit wirtschaftlichen Dingen zu tun haben. Leider würde die Mehrzahl der Leser einer solchen Zusammenstellung Beifall zollen und nicht merken, daß es sich um Afterswissenschaft handelt, ähnlich wie man sich täuschte, als man vor etlichen Jahren in einem Museum allen erdenklichen Kitsch sammelte, um abschreckend zu wirken; die Besucher waren in der Mehrzahl ganz darauf erpicht, die einzelnen „Kunst“-Gegenstände zu erwerben! Ein Museum dieser Art ist rasch errichtet, wenn man nur mit einigem Geschick an die Arbeit geht; aber eine ernst gemeinte Zusammenstellung der Vulgärökonomie würde sofort auf eine große, bezeichnende Schwierigkeit stoßen, die das ganze Kartenhaus zum Einsturz bringt: die einzelnen Aussagen müßten untereinander in Zusammenhang stehen, aufeinander abgestimmt und demnach widerspruchsfrei sein. Dies ist nun — wenn sie auf den Tatsachen aufzubauen versuchen — *ex definitione* unmöglich; denn das Ergebnis könnte nichts anderes sein, als die ökonomische Theorie. Daher ist Widerspruchsfreiheit in diesem Bereiche nicht zu erzielen, woraus weiterhin folgt, daß eine Anwendung dieser Lehren auf die Wirtschaftspolitik niemals Widerspruchsfreiheit in der Praxis ergeben kann. Damit ist der Stab über die Vulgärökonomie gebrochen und die Folgerung kann nur sein, daß ihr und ihren Vertretern der schärfste, unerbittlichste Kampf, der überhaupt erdacht werden kann, angesagt werden muß. Hängt doch von der Eindämmung der Pseudonationalökonomie vielleicht die ganze materielle und damit schließlich auch ein guter Teil der kulturell-seelischen Wohl-

fahrt der Völker ab. Dieser Anlaß wäre bedeutsam genug, um auch ein ernstes Wort zu erlauben, doch am besten ist der Sache durch Nüchternheit gedient.

Ist die methodische Situation völlig geklärt, so zeigt eine Betrachtung der Praxis, daß auch hier der Angelpunkt in der Frage der Systemgerechtigkeit liegt, sobald nur irgendeine Anwendung der Vulgärökonomie versucht wird und eine immanente Kritik, die natürlich als solche völlig entscheidend ist, geboten werden soll. Vulgärökonomie muß sich von vornherein wesentlich als systemgerecht geben, was sich darin äußert, daß alle ihre Aussagen von der vermeintlichen Sicherheit getragen sein müssen, daß immer *alles*, was ökonomisch relevant oder wirtschaftspolitisch bedeutsam ist, beantwortet werden kann. *Der Vulgärökonom traut sich an jede Aufgabe.* Wer aber wissenschaftlich ehrlich denkt, wird sehr im Unterschiede dazu oft in die Gelegenheit kommen, sagen zu müssen: „Für diese oder jene Situation kennen wir noch keine Lösung oder eine gegebene trägt ein gewisses Maß von Unsicherheit an sich.“ Der Wissenschaftler büßt damit nicht ein Jota seiner Stellung ein, da eben jedermann eingeladen ist, seinen ganzen Gedankengang nachzuprüfen und die Folgen einer solchen Äußerung bis in die feinsten Verästelungen des Systems der ökonomischen Theorie — selbst wenn dieses ein offenes System ist, als welches es sich dem kritischen Auge erweist — zu verfolgen. Ein Vulgärökonom jedoch, der sich ein einziges Mal dazu verleiten ließe, zuzugeben, daß er irgend etwas nicht wisse, fordert sofort Zweifel heraus, die seine gesamten Lehren und Ansichten Satz für Satz anfressen. Daher also der immanente Zwang, die Vollständigkeit zu *behaupten*. Diese Systematik müßte im Bereiche der Erklärungen, also des *Erkennens* bestehen, in einer Sphäre, die mit derjenigen der ökonomischen Theorie zusammenfällt, wobei nur zu

berücksichtigen wäre, daß der jeweilige Abstraktionsgrad der gleiche sein müßte.

Hier ist nun der Ort, auf eine interessante Übereinstimmung mit der weiter oben dargestellten und widerlegten Behauptung von der angeblichen Identität der ökonomischen Theorie mit einem bestimmten wirtschaftspolitischen System hinzuweisen. Wir bezeichneten diese Auffassung als die „Politik des starren Systems“, unter welche der auf diese Art gefaßte (nicht jeder!) wirtschaftliche Liberalismus und der „wissenschaftliche Sozialismus“ fällt. In diesem einen Punkte besteht völlige Verwandtschaft. Abgesehen von dem historisch-dogmengeschichtlich geübten Zwange *müssen diese beiden wirtschaftspolitischen Systeme auch aus rein methodischen Gründen die lückenlose Vollständigkeit ihrer Thesen postulieren*. Dies ist schließlich nur eine andere Fassung des Begriffes der starren Systeme. Erheben sich gegen die Vollständigkeit Zweifel, wäre es also denkbar, daß sich der so gegründete liberale oder sozialistische Wirtschaftspolitiker entweder für A oder B oder C, oder nacheinander für die Eventualitäten abwechselnd entscheidet, so ist auch die Möglichkeit gegeben, das Grundaxiom anzugreifen. Es ist wichtig, hervorzuheben, daß dieser Zwang zum System von allen Ideen und Vorstellungen eines sozialen Wertes oder dessen Ableitungen völlig unabhängig ist. Dagegen muß hier darauf hingewiesen werden, daß — wie nicht weiter verwunderlich — eine große formale Ähnlichkeit mit werthaft begründeten *Programmen* vorliegt. Diese, in der Tat, müssen auf alle Fälle „vollständig“ sein. Ein Parteiprogramm oder eine Staatsidee, die den Anspruch erheben, einen gewissen Bereich des sozialen Lebens zu bedecken, müssen für *alle* Möglichkeiten, die sich in diesem Bereiche ergeben, gerüstet sein. Bei Wertgebilden ist dies auch durchaus möglich, da

ihr normativer Aufbau lediglich zur Voraussetzung hat, daß die Normen aufeinander zurückführbar seien, derart, daß jede Norm als eine Spezifizierung einer allgemeineren angesehen werden kann. So wenig der Sozialismus oder der Liberalismus als Folge einer Anwendung „der“ Wissenschaft — notabene beide offenbar der *gleichen* Wissenschaft! — angesehen werden können, so gut sind sie als *Wertsysteme* zugänglich und als solche auch nicht länger den früher gekennzeichneten Paradoxa ausgesetzt. Dann nämlich ist es sinnvoll, wenn sie vorgeben oder sich zuschreiben lassen, auf alles eine Antwort zu haben und — seit sie bestehen — immer gehabt zu haben. Diese Antworten sind Werturteile und daher politischer Natur. Sie können angenommen oder abgelehnt werden, niemals aber einer Erklärung von Tatsachen und Problemzusammenhängen entspringen.

Die methodische Lage der Vulgärökonomie ist damit geklärt; ihre Unhaltbarkeit ist erwiesen, auch ohne daß auf ihren Inhalt näher eingegangen werden brauchte. Sie besteht aus nichts anderem als aus nationalökonomischen Unsinn, aus Halbheiten und bestenfalls aus Platitüden. Sie ist Tumfeld und Mekka aller Halbgebildeten, ist die nationalökonomische Halbwelt. Dieses Faktum wäre von keiner erheblichen Bedeutung, wenn nicht die Vulgärökonomie einen guten Teil der Presse, der Politik und damit des gesamten öffentlichen Lebens beherrschte. Angesehene Menschen, voll ehrlicher Absichten und heißer Bemühungen wirken unentwegt und ohne Bewußtsein ihres Tuns dahin, ihr neuen Boden zu gewinnen und sie nicht aussterben zu lassen. Es ist jedoch notwendig, auch auf die Gefahr hin Gefühle zu verletzen und Eitelkeiten zu bedrohen, die Repräsentanten dieser Pseudolehre mit aller Rücksichtslosigkeit zu enthüllen. Denn die Art, *wie* die Vulgärökonomie vertreten wird, bildet eben

die zweite der vorhin erwähnten Eigentümlichkeiten, die nunmehr zu behandeln ist.

Die Vulgärökonomien als Einzelwesen finden sich in allen Lagern des öffentlichen Lebens, aber es überwiegt nach außen hin doch eine Gruppe, die nicht schwer charakterisiert werden könnte. Nicht der Umstand verdrießt, daß die Vulgärökonomien auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik Einfluß haben — jedes Volk hat die Wirtschaftspolitik, die es verdient —, sondern unbillig ist die Haltung, die diese Leute einer leidenschaftslosen, unparteiischen, wissenschaftlichen Behandlung aller Fragen entgegenbringen. Mit welcher Leichtigkeit Erklärungen von Tatbeständen, die ihnen zu kompliziert oder praktisch unangenehm sind, beiseite geschoben werden: „*Theorie*“. Das ärgste und zugleich dümmste Schimpfwort des Wirtschaftslebens! Und was sind sie wirklich? Quacksalber, die mit Patentmedizinen hausieren, „pseudo-scientific bravados“, die ihre eigenen Interessen im Namen der Gesamtheit vertreten, die die ältesten Ladenhüter der Vulgärökonomie (nicht einmal der Nationalökonomie!) vorbringen und — wenn es hoch kommt — ihnen einen neuen Zettel umhängen, in der Hoffnung, dadurch ein besseres Geschäft zu machen.

Die Gegenwart erlebt eine seltene Blüte dieser Erscheinungen und der erfreuliche Zustand, in dem sich die Welt befindet, entspricht durchaus dem sachlichen und moralischen Gehalt der vorgebrachten Ideen und der Tauglichkeit der ergriffenen Maßnahmen. Deutlicher (als durch die Geschehnisse kann wohl nicht gezeigt werden, wie völlig in dem letzten Jahrzehnt abgewirtschaftet wurde. Alle Autorität dieser Männer ist dahin; sie stehen auf morschem Boden. Besonders peinlich wirken unter diesen „Wirtschaftspolitikern“ jene Praktiker, die ihre Betriebe so schlecht geleitet haben, daß sie offenbar aus ihren

Mißerfolgen die Legitimation herleiten, in Dingen der Wirtschaftspolitik immer noch und erst recht mitzureden. Und was für Chancen hatten sie nicht nach Herkunft, Milieu, gegenseitiger Stützung und Förderung! Denn es muß doch betont werden, daß die Stimmen, die sich gegen diese Wirtschaft erhoben haben, an Zahl gering waren, und an Gewicht dadurch einbüßten, daß außer der Vernunft keine Machtgruppen hinter ihnen standen. Am ärgsten aber war der Umstand, daß viele Jahre hindurch, in Wirklichkeit seit Ende des Krieges, die Staatsgewalt so schwach gewesen ist, daß die natürliche Schranke, die ihnen sonst gesetzt worden wäre, glatt durchbrochen werden konnte. Die Überordnung des Staatszieles war nicht zu spüren, weil der Staat mißbraucht wurde, um Einzelnen Vorteile für den Augenblick zu verschaffen.

Es ist gewiß nicht überflüssig, an dieser Stelle nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß Wirtschaftspolitik in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle *Politik* im eigentlichen Sinne ist, d. h. daß sie sich in Ziele und Methoden einordnet, die von ganz anderen Bestimmungsstücken abhängen. Diese Tatsache wird in wirtschaftspolitischen Betrachtungen meist ungebührlich vernachlässigt, woraus sich dann der unleidliche Zustand ergibt, daß rein politische Handlungen — z. B. Bewahrung einer für die Regierung günstigen Stimmung im Lande mittels eines Bonus für bestimmte Gruppen — wirtschaftspolitisch „erläutert“ werden. Es ist völlig verfehlt, an solche Vorgänge wirtschaftliche Kategorien in einem anderen Sinn zu legen, als zu schildern, daß sich aus solchen Maßnahmen diese und jene Wirkungen ergeben. Ein ganz besonderer Irrtum liegt aber darin, die wirtschaftspolitischen *Begründungen* solcher — politisch vielleicht durchaus zu rechtfertigender — Akte irgendwie in Rechnung zu setzen. Diese Begründungen und Rechtfertigungen dienen vielmehr meistens

dazu, die inneren *politischen* Absichten zu verbergen. Um diese eigentliche Politik nicht weiter in Erscheinung treten zu lassen, werden eben Verbrämungen aller Art hierzu gesucht und die angeführten Scheinargumente ergeben oft ein seltsames Sammelsurium von Ideen, die nur Pedanten irrliten können. Diese Umstände sind hier lediglich als soziologisch interessant zu verzeichnen. Die Wahrscheinlichkeit, daß sich an diesen Dingen jemals etwas entscheidend ändern wird, ist sehr gering. Daher soll jeder, der Wirtschaftspolitik beschreibt und analysiert, hierauf Rücksicht nehmen und nicht Dinge ernster auffassen, als sie selbst genommen werden wollen; dadurch würde nämlich dem Wirtschaftsablauf fälschlich ein höherer Grad an Bestimmtheit und dem wirtschaftlichen Verhalten ein größeres Maß an Rationalität beigelegt, als ihnen zukommen. Wirtschaftsgeschichte ist daher von politischer Geschichte nicht zu trennen. Es gibt jedenfalls keinen „wissenschaftlich“ zu belegenden Grund, an der Herrschaft der Politik über die Wirtschaft Tadel zu üben, da es den Menschen eben freisteht, sich das Leben einzurichten, wie sie meinen dies tun zu sollen und tun zu können. Alle anderen Aussagen würden auf einer inhaltlichen Definition des „sozialen Wertes“ beruhen, die nichts mehr mit reiner Wissenschaft zu tun hat.

Nun sind wir in der Lage, abschließend noch zwei weitere Feststellungen grundsätzlicher Natur zu machen: die erste bezieht sich auf den Grad der Bestimmtheit der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftspolitischen Aussagen, die zweite auf das Problem der Ersetzbarkeit der theoretischen Ökonomie durch andere Gebilde, entweder Denkschemata, Erfahrungskomplexe oder Willensakte.

Der erste Satz ist von ganz erheblicher Bedeutung, aber wir brauchen ihm, obwohl er mit Worten noch nicht ausgesprochen worden ist, trotzdem keinen großen Raum zu

widmen, da er sich ganz natürlich aus allen vorhergehenden ableiten läßt. Der Erkenntnis, daß die Determiniertheit des Wirtschaftssystems *viel* geringer ist, als die Systeme der Größen, mit denen es andere Wissenschaften zu tun haben (z. B. Mechanik, Chemie, selbst Medizin), wird sich in den nächsten Jahren immer mehr Bahn brechen. Der genaue Beobachter der reinen Theorie wird nicht verfehlen, die Ansätze hierzu bereits — wenn auch noch verschleiert — in einer Anzahl von neueren wissenschaftlichen Theoremen vorzufinden. Die Gesamtheit der Darlegungen, die diesem Abschnitte vorangegangen sind, gibt eine Reihe schlagender Beweise ab. Jedoch, auch wenn die Situation günstiger läge, bliebe folgende Konsequenz zu ziehen:

*Kein Satz der Wirtschaftspolitik kann mit einer Bestimmtheit seiner Aussageimplikation auftreten, die größer wäre oder auch nur gleich groß sein könnte, wie diejenige der strengsten Sätze der Theorie.*

Dieser Satz ist theoretisch wie praktisch von entscheidender Bedeutung; in ihm kulminiert das gesamte Anwendungsproblem und in ihm bekräftigt sich die Erkenntnis, daß Wirtschaftspolitik „Kunst“ ist, und zwar nicht nur in der engeren Bedeutung, daß die Anwendung der Theorie meist mit einem Auffüllen von Leerstellen einhergeht. Die Geltung der strengsten ökonomischen Theoreme hängt aber immer ab von der exakten Erfassung der Daten, von dem rigorosen Festhalten an ihnen und von der weitestgehenden Isolierbarkeit des beobachteten Vorganges von allen jenen, von denen er in Wirklichkeit mitabhängig ist. Dergleichen Bedingungen sind für die Wirtschaftspolitik, auf welchem Gebiete immer es sein möge, niemals zu erfüllen. Daher müssen wirtschaftspolitische Aussagen um mindestens jenes Ausmaß von dem Grade der Bestimmtheit der theoretischen Sätze abweichen, als sie sich

von diesen unerläßlichen Vorbedingungen entfernen. Dies ist fast ausschließlich in sehr hohem Maße der Fall.

Der Anschein spricht dafür, als wäre diese Situation nur für die Anwendung der ökonomischen Theorie unvorteilhaft und als müßte eben ein Ersatz an ihre Stelle treten. Allein bereits kurze Überlegung ergibt, daß sich für irgendeinen anderen, nicht an der Nationalökonomie — sondern z. B. an der Vulgärökonomie — orientierten Aufbau der Wirtschaftspolitik nichts bessern würde. Dies steht unter der Voraussetzung, daß die nationalökonomischen Sätze auf der Erfahrung aufgebaut sind und daß andere Erfahrung, als sie dem Nationalökonom zur Verfügung steht, nicht erhalten werden kann. So liegen die Dinge der Wirklichkeit. Der „Praktiker“ kann also — theoretisch! — dem Theoretiker nichts voraus haben, so sehr er sich auch meist derartig gebärden wird; die gesamte Welt des tatsächlich, praktisch Tätigen steht auch dem Theoretiker zur Einsicht und Kenntnisnahme und zum Studium offen, wogegen die Umkehrung nicht ohne weiteres stichhält. Ob natürlich die Theoretiker sich die nötige Erfahrung immer verschafft haben, ist eine andere Frage und es besteht kein Zweifel, daß viele von ihnen in dieser Beziehung arg gesündigt haben und stets fort sündigen, weil es sich hier um einen nie zu Ende kommenden Prozeß handelt, mit dem man sich deshalb auch ohne Ende beschäftigen muß. Die Loyalität gebietet aber, immer nur die besten Repräsentanten verschiedener Lager und Ansichten einander gegenüber zu stellen.

Es ist angebracht, an dieser Stelle auf einen Vorwurf hinzuweisen, den die Praktiker und die politische Welt immer wieder gegen die theoretische Ökonomie zu erheben pflegen. Es handelt sich um den Vorwurf des „Doktrinarismus“ der Nationalökonomien. Damit ist zweifellos nichts anderes gemeint, als ein starres Festhalten an wirtschaftstheoretischen

Sätzen, deren ständige Wiederkehr, wann immer Theoretiker sich zu praktisch-politischen Dingen der Wirtschaft zu äußern die Gelegenheit haben. Es mag scheinen, als ob darin der Umstand zum Ausdruck käme, daß sie mit der Zeit nicht Schritt zu halten vermöchten. Der praktische Unternehmer, der mitten im Geschehen steht, sieht dessen gewaltigen Fluß und hat sich an stets neue Gegebenheiten anzupassen. Der Wirtschaftspolitiker wiederum steht vor immer neuen Aufgaben und sein ganzes Tun und Lassen ist von der Bewegung der großen und kleinen Politik überschattet. Es ist psychologisch durchaus begreiflich, daß es beiden wenig angenehm ist, von Seite des Wirtschaftswissenschaftlers immer wieder die gleichen Dinge hören zu müssen, die nun allerdings nicht Mangel an Anpassungsfähigkeit verraten, wie es die landläufige Meinung haben will, sondern eben unwandelbare Grunderkenntnisse zum Ausdruck bringen. Und was für den Praktiker ungeheures Geschehen ist, stellt sich für die Wissenschaft doch oft genug nur als Schulbeispiel für einen Ablauf in größerem Zusammenhang dar. So bedeutet eine Inflation z. B. für jeden Beteiligten eine gewaltige Erschütterung seiner gesamten Existenz, aber für den Theoretiker mag sie dabei gar nichts irgendwie Interessantes an neuer Erkenntnis beinhalten. Deshalb kann er auch nichts anderes tun, als die bisher über Inflation formulierten Aussagen zu wiederholen, auch wenn dies denen, die sie hören, auf die Nerven gehen sollte — falls sie ihn überhaupt verstehen!

Wenn eine Zeit auf Protektionismus und Autarkie eingestellt ist, mag es überaus peinlich sein, immer wieder hören zu müssen, daß dies zu Verarmung und Elend führt. Man möchte so gern endlich einmal „neue“ Dinge hören, weswegen die Vulgärökonomien überall ein so williges Ohr finden. Zeigt sich dann im Laufe der Zeit, daß die Wirtschaftspolitik eine andere Linie suchen muß, so vollzieht

sich im Bereiche der Praxis in aller Öffentlichkeit ein Gesinnungswechsel, ein Umtausch der veralteten „Theorien“ gegen neue, der den Anschein des „Umlernens“ trägt, jedoch nur in den seltensten Fällen ein Dazulernen ist. Währenddessen bleibt die theoretische Ökonomie unverändert. Also ist *dieser* Vorwurf des Dogmatismus unberechtigt. Er zeugt nur von Unbehagen gegenüber Erkenntnissen, die im gegebenen Zeitpunkte unbequem sind oder er enthüllt Minderwertigkeitsgefühle, die man auf diese Weise zu beseitigen hofft.

So verbleibt nunmehr die Frage der *Ersetzbarkeit der Nationalökonomie*. Es läge nahe, zu behaupten, die ökonomische Theorie habe sich für die ihr zgedachten großen Aufgaben als zu klein, zu schwach, zu ärmlich erwiesen und es müsse daher etwas anderes an ihren Platz in der Wirtschaftspolitik treten. Was anderes könnte dies sein? Gibt es überhaupt ein solches anderes? Hierauf muß eine Antwort gegeben werden, wobei die Vulgärökonomie als möglicher Ersatz für die Wirtschaftswissenschaft bereits ausgeschieden ist. Sie allein wäre denkbar, gelänge sie als *zusammenhängendes Gebilde* von Aussagen über die Wirtschaft und ihr Wegfall — gerade aus dem Grunde, daß sie keinerlei Zusammenhang zwischen ihren einzelnen „Sätzen“ herstellen kann, sondern beim bloßen Versuch dazu kläglich scheitert — bedeutet, daß alles übrige, was den Platz der Nationalökonomie nehmen müßte, aus unverbundenem Stückwerk bestünde. Dies wäre gleichbedeutend mit völliger Anarchie in unserem Denken, Wissen, Leben. Daher scheiden auch diese Möglichkeiten als unpraktikabel aus. *Ein Wissen neben der Wissenschaft gibt es nicht*; die Sätze der Praktiker, in denen sehr oft viel Einsicht enthalten ist, sind lediglich nicht immer in die Formen gekleidet, die ihnen eigentlich entsprechen würden, womit natürlich nicht der gelehrte Mantel gemeint ist, der ihnen umgehängt werden

müßte, sondern ihre logische Instruierung. Dies bezieht sich jedoch auf technische Einzelheiten des Denkapparates der Wissenschaft und braucht hier nicht weiter berücksichtigt zu werden. Neben der Wissenschaft kann es ein Glauben und ein Meinen geben, für das die Wurzeln nicht in Gründen, Argumenten, Ableitungen, Schlußfolgerungen liegen können und auch nicht liegen dürfen, sondern wiederum nur in anderen, früheren Glaubenssätzen. Die Herleitung wirtschaftspolitischer Sätze aus solchem Ursprung ist aber ein Unding.

Immerhin scheint die Intuition auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik eine verblüffend große Rolle zu spielen. Das geht daraus hervor, daß eine Unzahl wirtschaftspolitischer Pläne großen und kleinen Stils oft von den seltsamsten Leuten aus dem Ärmel geschüttelt wird; da sie keine rationale Legitimation haben, kann es nur die der Intuition sein. Heute, im Zeitalter der Verachtung der Vernunft, mag es möglich sein, damit Eindruck zu erzielen, aber auch intellektuelle Lügen haben kurze Beine. Ferner wäre es wertvoll, eingehender zu beobachten, *wen* sich denn angeblich die Vorsehung als Träger solch massenhaften Auftretens intuitiver Einsicht in Zusammenhänge aussucht, die sich der ernststen wissenschaftlichen Arbeit und Forschung nur mühsam erschließen . . .

Die Intuition in der Wirtschaftspolitik — wir wollen diesen Vorgang, absurd wie er ist, einmal unterstellen — könnte sich aber wie jede Intuition nur auf die *Gewinnung* der Erkenntnis beziehen. Eine intuitive Einsicht wird eben nicht, wie Erkenntnis sonst, durch logische Schlüsse erzielt, sondern durch einen spontanen Akt, der sich der Logik, dem rationalen Denken entzieht. Dieser irrationale Vorgang muß aber in entsprechender Weise derjenigen Welt vermittelt werden, die dem Irrationalen fremd gegenübersteht: der Wissenschaft und der Praxis, wie sie sich als

Wirtschaftspolitik darbietet. Es müssen die Intuitionen daher zu *Aussagen* werden, die sich der Ausdrücke der gewöhnlichen Sprache des Kennens und Erkennens bedienen und die Hilfsmittel der Logik, das Schema von Voraussetzen und Schließen gebrauchen. Damit wird die Intuition sozusagen „denaturiert“ und ihr Inhalt der Kritik ausgesetzt. Man braucht gar nicht weit zu gehen, um zu erkennen, daß es auch hier keine Lücke gibt, durch die die Vulgärökonomie oder irgendeine ähnliche Afterwissenschaft hereinschlüpfen könnte. Neben der nationalökonomischen Theorie gibt es nichts, aber schon überhaupt nichts, was mit Denken über Wirtschaft zu tun hat. Nicht einmal „intuitive Wirtschaftspolitik“ ist möglich.

*Die Erkenntnis der Ausschließlichkeit der Nationalökonomie, ihrer unveränderlichen Monopolstellung und ihre Anwendung in dem hier gekennzeichneten Sinne leiten die wissenschaftliche Epoche der Wirtschaftspolitik ein.* Niemand ist ein Besser-Wisser; es gibt neben dem, was man wissen kann, nur ein chaotisches Meinen und Dafürhalten, das beides wegen der erwiesenen Unzulänglichkeit aus der Erörterung ausscheidet. Und wenn eben jemand etwas zu *wissen* behauptet, so muß dies in der nationalökonomischen Wissenschaft bereits enthalten sein, oder sich in diese einbauen lassen, aber neben ihr, getrennt von ihr kann es kein Wissen geben. Es ist, wie auch schon ausgeführt, lediglich denkbar — und der Fall tritt leider häufiger ein, als vorteilhaft ist —, daß die Wissenschaft viele Dinge eben noch nicht weiß oder nie wird ergründen können, aber wenn sie nicht dazu imstande ist, so auch niemand anderer. Was die Wissenschaft nicht wissen *kann*, das kann auch niemand anderer wissen. Diese Einsicht ist unbequem, aber unabänderlich.

Er gibt sich nun rückschauend, daß die Wahrscheinlichkeit

der Verwirklichung einer planvoll geführten Wirtschaftspolitik — d. h. nicht einer „Planwirtschaft“, sondern einer Wirtschaftspolitik, bei der Motiv, Weg, Ziel der Einzelmaßnahmen ebenso in Einklang gebracht sind, wie alle Maßnahmen untereinander — äußerst gering ist, so bleibt als einzige Folgerung, die daraus gezogen werden kann und die sich sofort aufdrängt, daß alles daran gesetzt werden muß, das Studium der ökonomischen Theorie — mit Bewußtsein: *Theorie!* — zu fördern. Der Weg ist steil und steinig, aber es gibt keinen anderen.

Wie es gebührt, ist die *wirkliche* Situation einer rationalen Wirtschaftspolitik hier geschildert worden. Ein Vorgehen, das sich auf die Wirklichkeit stützt, anstatt sich ein Wunschgebilde vorzuhalten, wird heute gerne als Pessimismus ausgelegt, weil die Zeiten die Wirklichkeit schwer ertragen. Darum sei zum Schluß bemerkt, daß die Hilfe, die die nationalökonomische Wissenschaft der Praxis bereits jetzt bietet, bisher nur in seltenen Fällen in Anspruch genommen wurde. Es wird also in erster Linie darauf ankommen, den gegenwärtigen Möglichkeiten Genüge zu tun und sie zu voller Entfaltung zu bringen. Natürlich darf der Vorgang nicht der sein, daß man von den Wissenschaftlern erwartet, sie sollten Programme aufstellen — denn das ist Aufgabe der Praktiker — sondern man möge diese Programme den Wissenschaftlern zur Prüfung und Äußerung vorlegen, damit sie sagen können, was sich zu ihnen jeweils mittels der Wissenschaft sagen läßt.

Die Warnung vor solcherlei Programme-Machen kann nicht eindringlich genug erhoben werden; niemals dürfen sie im Namen der Wissenschaft vorgelegt werden. Das soll jedoch nicht die sonstige — auch persönliche — Mitwirkung der Wissenschaftler ausschließen. Von nicht unbeträchtlicher Gefahr sind auch jene Programme, die ganz allgemein,

ohne unmittelbaren Bezug auf einen historisch-konkreten Anlaß entworfen werden. Hier ist in erster Linie an die verschiedenen „Normen der Geldpolitik“ — um ein Beispiel herauszugreifen — gedacht. Solcher Pseudoprogramme gibt es eine Menge, angefangen von dem Plan der Stabilisierung der Preise im allgemeinen, über die Stabilisierung von einzelnen Preisen oder Preisgruppen bis zum „neutralen Geld“. Der Betrieb der Geldtheorie ist, von anderen Gründen ganz abgesehen, deswegen so unsympathisch, weil Erklärung und Pseudoanwendung meist ineinanderfließend vorgebracht werden. Je mehr sich der Nationalökonom von solchen Dingen freihält, desto größer wird die Wirkung seiner Analysen sein und desto größer auch die Beachtung, die er finden wird, wenn er einmal als Staatsmann und Patriot mit bestimmten Vorschlägen in die Öffentlichkeit tritt, die an die allgemeinen Wertideen anknüpfen.

Damit kehren wir zu dem Problem der *Kontrolle der Politik durch die Wissenschaft* zurück, das schon — soweit es die ökonomische Theorie betrifft — von Alfred Marshall angeschnitten wurde, und dem nun noch einige weitere, abschließende Bemerkungen zu widmen sind, wobei auf den Einfluß von Staatsform und Staatsführung auf die sachliche Richtung der Wirtschaftspolitik kurz eingegangen werden muß.

## ZEHNTES KAPITEL

### SCHLUSS:

### STAAT UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Mit der Feststellung, daß Wirtschaftspolitik in erster Linie *Politik im eigentlichen Sinne* ist, wurde bereits der grundlegende Satz für dieses Schlußkapitel ausgesprochen und gleichzeitig implicite ausgedrückt, daß die Beziehungen von Staat und Wirtschaft zu vielfältig sind, als daß sie im bescheidenen Rahmen dieser Schrift behandelt werden könnten. Indem sich dieses Schlußkapitel nur auf einige grundsätzliche Bemerkungen beschränkt, wird gerade der große Umfang dieses Bereiches anerkannt.

Als erste Beobachtung, die namentlich während des Verlaufes der gegenwärtigen Krise in unerwartetem Ausmaße Bestätigung gefunden hat, drängt sich auf, daß Demokratien einer ernsten Wirtschaftskrise insofern hilflos gegenüberstehen, als sie von der staatsfinanziellen Mißwirtschaft — die sich in hohen Budgetziffern äußert, nicht notwendig nur in Defizits! —, die sie unter dem Druck von tausend Parteiwünschen in der Zeit der Hochkonjunktur einreißen lassen, nicht leicht loskommen und durch stets steigende relative Belastung der Produktion zu der Hochhaltung der Kosten, im Vergleich zu anderen Staaten, immer mehr beitragen. Die scharfen Schnitte, die in der Krise in Budgets gewöhnlich früher oder später vorgenommen werden müssen, können *theoretisch* in weniger demokratisch orientierten Ländern leichter erfolgen, weil dann wenigstens die Annahme aufrechterhalten werden kann, daß irgendeine legitimierte Zentralgewalt im Staate das Volkswohl und das

Staatsinteresse besser erkenne, als die breiten Massen, die sonst durch ihre Vertretung mittels gegenseitiger Zusagen ihre Wünsche zu erfüllen vermögen. Zumindest in der Krise wirken diese Staatsformen krisenverlängernd; diese einfache Feststellung ergibt sich ohneweiters bei Betrachtung der gegenwärtigen Zustände Europas.

Im Widerspruch zu heute allgemein verbreiteten Ansichten folgt ferner, daß eine absolutistisch-autokratische Regierungsform einer liberalen Wirtschaftspolitik keineswegs widerspricht, sondern dieser — wenn sie überhaupt einmal beschlossen ist — viel größere Möglichkeiten einräumt, als sonst der Fall ist. Der Grund hierfür liegt darin, daß es bei freierer Wirtschaftsgestaltung weniger darauf ankommt, positive Maßnahmen zu setzen, als vielmehr solche zu unterlassen. Wirtschaftspolitische Handlungen sind fast immer darauf gerichtet, irgend jemandem in der Nation einen größeren Happen am Nationalprodukt zu sichern, als er jetzt hat, oft auch um den Preis, daß der ganze Kuchen kleiner wird, wenn nur sein Anteil absolut steigt. Der autoritäre Staat kann gegenüber solchen Bestrebungen wirklich „*Nein*“ sagen und damit erreichen, daß die Verteilung des Sozialproduktes nach den tatsächlichen Anteilen, die sich durch die Marktlage ermitteln lassen, bestimmt wird. Er kann auch, was ganz besonders wichtig ist, *Wirtschaftspolitik*, wie alle Politik, *auf lange Sicht* betreiben, wogegen eine parlamentarische Regierung die Früchte ihres Tuns während ihrer Funktionsdauer reifen sehen möchte. In diesem Sinne ist die Staatsform von ganz entscheidendem Einfluß auf den allgemeinen Trend der Wirtschaftspolitik. Den Gefahren der Demokratie stehen solche der absolutistischen Regierungsformen gegenüber; es bleibe offen, welches die größeren sind. Letztere bestehen vor allem darin, daß sich eine Gruppe, die auch wirtschaftlich einheitliche Interessen haben kann,

des Staates bemächtigt und ihn nun schrankenlos ausnützt, oder einfach darin, daß Unfähige, Nichtwisser, Quacksalber am Ruder sind und durch Unverständnis namenloses Unheil stiften. Allgemeine Aussagen über Staat und Wirtschaft sind daher wegen der Vielfalt von Möglichkeiten ziemlich bedeutungslos. Die einzige Art, auf diesem Gebiete zu Ergebnissen zu kommen, ist die, konkrete, historische Zustände fortlaufend kritisch zu prüfen. Hier ist jede andere Methode ein „Theoretisieren“ im unangenehmen Sinne. Bemerkenswert, daß die Vulgärökonomien sich auf diesem Felde gern austoben. Kein Wunder: die Kontrolle fehlt, oder ist schwieriger.

Regierungen brauchen in wirtschaftlichen Dingen Ratgeber. Auch deren Funktion ist von Regierungsform zu Regierungsform verschieden. In Staaten mit freier Meinungsäußerung kann sich jeder Gehör verschaffen; wie weit er es findet, wird auch davon abhängen, ob eine Machtgruppe hinter ihm steht. In Staaten autokratischer Regierung und bei diesen nicht nur dort, wo die öffentliche Meinung gedrosselt wird, steigt die Bedeutung aller jener, die das Ohr der Regierenden haben. Ein Schulbeispiel geben die gegenwärtigen Zustände in den Vereinigten Staaten von Amerika ab. Der Kreis von Leuten, der sich als „Brain Trust“ um den Präsidenten Roosevelt geschart hat, trägt die sachliche Verantwortung für die Wirtschaftspolitik, da seine Ratschläge ausgeführt werden. Sie erscheinen mir zum größten Teil als so unsinnig und widerspruchsvoll, daß das amerikanische Experiment unheilvoll ausgehen dürfte. Die Schuld wird dann dem „Brain-Trust“ zugeschoben werden. Mit Recht. Aber zu Unrecht den „Nationalökonomien“, da in dieser Gruppe keine Nationalökonomien irgendeines anerkannten Rufes vertreten sind. (Es ist daran zu erinnern, was oben über die Schwierigkeit der Kennzeichnung von Nationalökonomien gesagt

wurde!) Natürlich liegt es jeweils in der Hand der Staatsführung, die richtigen kundigen Männer zu bestellen, so daß letzten Endes die Schuld nicht denen zukommt, die geraten haben, sondern denen, die dem Rat gefolgt sind. Verantwortung liegt immer nur bei den *Handelnden*, worüber nach Max Webers glänzenden Ausführungen kaum noch viel zu sagen verbleibt.

*Die Schwierigkeiten der Kontrolle der Wirtschaftspolitik sind keine anderen, als die der Wirtschaftspolitik überhaupt.* Es ist daher möglich, eine solche Prüfung laufend vorzunehmen und sie bedarf außer dem Können nicht einmal erheblicher (Geld-) Mittel. Wie bereits weiter oben angeführt, ist es nötig, die Absichten der Regierungen den später tatsächlich erzielten Ergebnissen gegenüberzustellen. Die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, sind nur diese: der Kontrollstelle muß das gleiche Erfahrungsmaterial zur Verfügung stehen, die den Regierungen selbst (oder den sonst in Frage kommenden Organen) und es müssen tunlichst auch die *Motive* der Handlungen zugänglich sein. Tritt der Fall ein, daß die Regierung in Wahrheit etwas ganz anderes anstrebt, als sie vorgibt oder im Augenblick enthüllen kann, so erschwert sich die Aufgabe. Im allgemeinen bleiben aber die wahren Absichten der Regierungen nur sehr kurze Zeit hindurch ein Geheimnis. Es ist selbstverständlich, daß solche Prüfung, da sie zugleich eine Prüfung der Regierungen wäre, nicht immer gern gesehen würde und, wenn überhaupt, dann nur von unabhängigen Sachverständigen vorgenommen werden könnte. Es sind Einrichtungen denkbar (etwa analog den „obersten Rechnungshöfen“), die für diese Zwecke brauchbar wären und daher vielleicht dem Wohle der Völker zu dienen vermöchten. Das gehört aber nicht mehr in den Rahmen dieser Abhandlung; es genügt auf alle sich hier erhebenden Fragen und sich offenbarenden Weiterungen

hingewiesen zu haben. Eine solche „Kontrolle“ muß aber nicht immer nur eine *Kritik* der Regierungen darstellen, sondern es ist ebenso denkbar, daß eine erleuchtete Regierung selbst Wert darauf legt, zwecks Erhöhung ihrer Wirksamkeit den Schritten ihrer Wirtschaftspolitik bis in die letzten noch aufzuspürenden Verzweigungen fortdauernd nachforschen zu lassen.

Der Staat gibt für die Wirtschaftspolitik den Rahmen ab, nicht nur soweit er selbst ihr Träger ist. Da aber auch Einzelne, Verbände, Unternehmungen u. a. m., Wirtschaftspolitik betreiben, muß sie samt und sonders auf diesen Rahmen verwiesen bleiben. Hier wird jede Untersuchung über die Wirtschaftspolitik, ganz besonders aber die unsrige, auf eine Grenze stoßen, über die hinaus mit den Mitteln der Wirtschaftswissenschaft allein nicht vorgedrungen werden kann.

Es gehörte auf ein anderes Blatt, zu zeigen, daß dem Staat, mit seinem Grenze-Ziehen auch wieder Grenzen gesetzt sind, die in der Natur des gesamten Lebens, im wirtschaftlichen Bereiche erfaßt durch die Wirtschaftsgesetze, beschlossen liegen. Hierher gehört namentlich die sogenannte Theorie der Wirtschaftsrechnung in den verschiedenen Staatsformen. Alle Schranken sind gegenseitig gesetzt und ihr Zusammenhalt gleicht einem Gewölbe. Die höchste Weisheit, deren sich die Wirtschaftspolitik und ihre sämtlichen Vertreter rühmen können, liegt in der Erkenntnis der Möglichkeiten, der inneren und äußeren Beschränkungen, wie sie durch die Wirtschaftsgesetze — soweit solche bisher aufgestellt werden konnten — geschaffen sind.

Diese Möglichkeiten auszunützen, kann nur durch restlosen Einsatz und ständigen Fortbau der ökonomischen Theorie gelingen. Das ist eine der Aufgaben, die der Gegenwart und Zukunft hier erwächst.

## ANHANG

Die vorangegangenen Ausführungen, die sich, wie schon im Vorwort erwähnt, auch an einen über den fachlichen hinausgehenden Leserkreis wenden, werden dem nationalökonomisch Gebildeten gezeigt haben, daß der Verfasser seine Untersuchungen auf den Ergebnissen des sogenannten Methodenstreites und der Diskussion über die „Wertfreiheit“ aufbaut. Es wäre untunlich, die diesbezügliche Literatur anführen zu wollen; immerhin ist der Hinweis am Platze, daß die Schriften von *Carl Menger*, *J. E. Cairnes*, *John N. Keynes*, *Max Weber*, *Ludwig Pohle* usw. noch immer im Vordergrunde stehen, obwohl seither besonders die Logik Fortschritte gemacht hat, die sich in diesen Arbeiten — wie auch sonst in der Theorie — noch nicht niedergeschlagen haben.

Bemerkungen über das Verhältnis der theoretischen Ökonomie zur Volkswirtschaftspolitik finden sich in fast jedem national-ökonomischen Buche, vor allem aber in den Einleitungskapiteln aller zusammenfassenden Darstellungen, wie z. B. bei *Philippovich*, *Conrad-Hesse*, *Adolf Weber* usw. Das gilt für das ganze internationale Schrifttum. Daher ist gewiß jeder in den vorhergehenden Blättern ausgesprochene Gedanke schon von der einen oder anderen Seite aufgeworfen und beleuchtet worden. Die Anteilnahme an methodologischen Fragen ist auch gegenwärtig nicht geringer geworden, doch scheint die Flut der Schriften, in denen die theoretische Ökonomie von allen erdenklichen philosophischen Modetheorien her unterbaut — in Wahrheit: zerstört — werden sollte, einigermaßen nachgelassen zu haben; gewiß eine günstige Wirkung der Wirtschaftskrise.

Der Fragenkreis des Interventionismus wird behandelt von *W. Röpke* in dem Artikel „Staatsinterventionismus“, Handwörterbuch der Staatswissenschaft, 4. Auflage, Ergänzungsband. Dasselbst finden sich Angaben über die reiche Literatur. Aus dieser kommen namentlich die Schriften von *L. Mises* in Betracht: „Liberalismus.“ (Liberale Politik, liberale Wirtschaftspolitik, liberale Außenpolitik usw.) Jena 1927. Sowie: „Kritik des Interventionismus, Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideoogie der Gegenwart.“ (5 Abhandlungen) Jena 1929. Ferner ist auf *Mises'* letztes Werk: „Grundprobleme der Nationalökonomie, Untersuchungen über Verfahren, Aufgaben und Inhalt der Wirtschafts- und Gesellschaftslehre,“ Jena 1933, zu verweisen, in dessen erstem Teil: „Aufgabe und Umfang der allgemeinen Wissenschaft vom menschlichen Handeln“, eine aprioristische Be-

gründung der Nationalökonomie versucht wird. Auch in diesem Punkte bestehen gegenüber den in der vorliegenden Schrift vertretenen Ansichten erhebliche Abweichungen. Solche ergeben sich ferner gegenüber dem Buch von *L. Robbins*: „An Essay on the Nature and Significance of Economic Science“, London 1932. *Robbins* Schrift, die zweifellos *fortiter in modo* geschrieben ist, vermittelt der englischen Leserwelt viele Literaturangaben aus der Wiener Nationalökonomie, wobei allerdings die Wiener Autoren in einigen wesentlichen Fragen allzusehr als eine geschlossene Gruppe dargestellt sind. Meine obigen Ausführungen enthalten so viele implicite-Stellungen zu *Robbins*, daß eine weitere Auseinandersetzung mit dem interessanten Buch sich an dieser Stelle erübrigt.

Das Anwendungsproblem ist in verschiedenen Schriften von *R. Strigl* kurz behandelt worden, von denen zu nennen wären: „Die Änderungen der Daten in der Wirtschaft“, *Jahrb. f. Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 73, 1928, und: „Wirtschaftstheorie im Dienste der Wirtschaftspolitik“, *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 60, 1928. Seine: „Angewandte Lohntheorie“, Wien 1926, stellt den, wohl im wesentlichen gelungenen Versuch dar, das Abstraktionsniveau der Lohntheorie durch Einbau konkreterer Angaben herabzuschrauben. Zu den hier ferner zu erwähnenden Autoren gehört *Sven Helander* mit seiner Untersuchung über: „Rationale Grundlagen der Wirtschaftspolitik“, Nürnberg 1933, in der sich eine Reihe übereinstimmender Gedanken finden. *Helander* diskutiert außerdem mit viel Verständnis eine schöne Auslese der reichen Literatur. Hierher gehört ferner der Hinweis auf die treffliche Schrift von *M. St. Braun*: „Theorie der staatlichen Wirtschaftspolitik“, Wien 1929. Auch zu diesem Buche führen viele Verbindungsfäden, schon daher erklärlich, weil die Arbeit eben wirklich auf der modernen Theorie beruht.

Zum Thema gehört ferner das umfangreiche Werk von *R. Wilbrandt*: „Der Volkswirt als Berater der Volkswirtschaft, Erkenntnis-kritische und methodologische Grundlegung“, Stuttgart 1928. In ungewöhnlicher Breite trägt *Wilbrandt* die Gestaltung der Diskussion über die Wertfreiheit vor, wobei er viele Ausblicke auf die Wirtschaftsgeschichte gewährt. Von seinen positiven Ausführungen — berechtigt wie ihr Grundgedanke ist — trennen uns allerdings eine Reihe prinzipieller Fragen. *W. Sombarts*: „Die drei Nationalökonomien“, München 1930, hat eine lebhafte Diskussion hervorgerufen; das Werk krankt nicht zuletzt daran, daß *Sombart* der reinen Theorie sehr fernsteht und außerdem von den Naturwissenschaften, über die er sich ein-

gehend äußert, noch weiter entfernt ist, so daß durchaus schiefe Bilder entstehen.

Es sei weiterhin erwähnt, daß es eine Reihe von Büchern gibt, die dem Titel nach sich mit den oben behandelten Fragen beschäftigen; allein näheres Zusehen zeigt, daß die Autoren sich vielfach ausschließlich mit allgemein methodologischen Problemen befassen oder auch sonst von unserem Thema wesentlich abweichen.

Ein besonderes Wort gebührt noch der schwedischen Literatur über diesen Gegenstand. Zunächst ist auf einen auch von *Helander* zitierten Aufsatz *K. Wicksells* hinzuweisen: „Mål od medel i nationalekonomien“, *Ekonomisk Tidskrift* 1904, in dem noch unverhüllt utilitaristischer Standpunkt eingenommen wird, um den Abstand zu ermessen, der einige jüngere Autoren davon trennt. In erster Linie ist *Gunnar Myrdal* mit seinem geistreichen, auf umfassender Literaturkenntnis beruhenden Buche: „*Vetenskap och Politik i Nationalekonomien*“, Stockholm 1930 (inzwischen deutsch unter dem Titel: „*Das politische Element in der ökonomischen Doktrinbildung*“, Berlin 1932) zu nennen. Diese Schrift veranlaßte lebhaftere Auseinandersetzungen, geführt von *C. Hellström*, *F. Brock*, *H. Larsson* u. a. Sie beschäftigen sich zum Teil mit Spezialfragen, die wir nicht angeschnitten haben. Aus der Diskussion sind hervorzuheben: *Joh. Åkerman*: „*Ekonomisk Vetenskap och Politisk Ekonomi*“, *Statsvetenskaplig Tidskrift* 1931, sowie *G. Myrdal*: „*Kring den praktiska nationalekonomiens Problematik*“, *Ekonomisk Tidkrift* 1931. Es ist bedauerlich, daß diese — wie auch viele andere — Arbeiten aus dem Gebiete der theoretischen Ökonomie nur wenigen zugänglich sind; wer aber der nordischen Sprachen mächtig ist, wird mit Vorteil die skandinavische Literatur verfolgen.

Diese kursorischen Bemerkungen sollen keineswegs eine Bibliographie darstellen oder ersetzen. Sie mögen nur demjenigen, der mit der Literatur nicht vertraut ist, der sich jedoch seine Meinung zu festigen wünscht, als Fingerzeig dienen. Von jedem der angeführten Werke wird er viele Wege zu neuen interessanten Fragen finden. Die Angaben enthalten ferner — wie nicht anders möglich — durchaus nicht die Namen aller jener Autoren, denen ich Dank schulde. Dank gebührt jedoch diesmal auch jenen vielen Unternehmern und Wirtschaftlern verschiedenster Länder, die in zahlreichen Unterredungen und Auseinandersetzungen in mir das Bedürfnis haben entstehen lassen, alle die Probleme zu behandeln, die ich in den vorhergehenden Seiten darzustellen versucht habe.